Tribut an Sozialisten S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 6 – 11. Februar 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Kämpfer der syrischen Befreiungsarmee: Bisher ist nur bekannt, gegen wen sie kämpfen, und nicht, was ihre Ziele sind Bild: laif

Islamisten lauern

Syrien droht zweites Libyen zu werden – USA reagieren auf Machtverschiebung

So manchen mag es verwundern, dass die Arabische Liga, die bisher eher nicht zu den Vorkämpfern für Menschenrechte zählte, das Gemetzel in Syrien nicht mehr ertragen kann. Skepsis ist angebracht.

In Syrien scheint sich fast aufs Haar zu wiederholen, was Libyen im vergangenen Jahr erlebte: Rebellen erheben sich gegen einen Diktator, der lässt brutal zurückschießen, bis er sich nicht mehr halten kann. China und Russland haben sich in den Augen der westlichen Regierungen und Medien diesmal indes gänzlich auf die Seite des „Schurken“ geschlagen, weil sie im UN-Sicherheitsrat eine Verurteilung des syrischen Regimes von Baschar al-Assad blockieren.

Dies wirft Fragen nach den strategischen Interessen der verschiedenen Mächte auf, die in der öffentlichen Wahrnehmung, wie so oft, hinter der Empörung über die Gewalt verschwinden.

Für Russland ist Assad ein wichtiger Verbündeter, weil er Moskau dessen einzigen Marinestützpunkt am Mittelmeer im syrischen Tartus gewährt hat. Genau dieser Stützpunkt ist Washington ein Dorn im Auge. Auch als Verbündeter des Iran und Chinas gilt Damaskus dem Westen als Störenfried in der Region.

> Ankara stößt sich an Assads Religion: Er ist Alevit

Der Türkei stößt bereits die Religion des syrischen Diktators auf: Assad ist Alevit, eine muslimische Glaubensrichtung, der auch Millionen Türken und vor allem Kurden angehören und die in der sunnitisch dominierten Türkei seit Jahrzehnten diskriminiert wird. Die sunnitische, „gemäßigt islamistische“ Regierungspartei AKP sieht in den Aleviten eine Bedrohung der Türkei, da in ihren Augen Sunnit und treuer Türke zu sein untrennbar sind.

In der Arabischen Liga dominieren mittlerweile zunehmend radikalislamische Kräfte, die jüngst mit Hilfe der Umstürze in Tunesien, Ägypten und Libyen ihre Machtbasis mit westlicher Unterstützung massiv ausbauen konnten und auch im Jemen vor dem Durchbruch stehen. Die syrische Stadt Homs, das Zentrum der Rebellion, gilt nicht von ungefähr als Hochburg der sunnitischen Islamisten Syriens.

Die Speerspitze der Islamisten bildet die international vernetzte Organisation der Muslimbrüder. Finanzier der globalen Radikalisierung ist das mit den USA eng verbündete Saudi-Arabien. Saudisches Geld floss in die Kassen islamistischer, auch terrorverdächtiger Gruppen von Bosnien bis Bali.

Aber warum unterstützen die USA eine Entwicklung, welche die radikalen Islamisten an die Macht bringt, aus deren Reihen doch ihre Feinde im „Krieg gegen den Terror“ hervorgingen? Womöglich, so ein Experte, will Washington vor allem auf der Seite jener Bewegung stehen, die aus ihrer Sicht ohnehin gewinnen werde. Kurzfristig mag dieses Kalkül für Washington aufgehen. Mittelfristig könnte es sich jedoch als hochgefährlich erweisen. Vor allem Europa und Israel dürften zu den Leidtragenden einer solchen islamistischen Machterweiterung zählen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ohne Ziel

Schaut auf diese Stadt. Nein, hier ist nicht von Berlin die Rede, sondern von Hamburg. Und der, um den es hier geht, ist nicht der große Ernst Reuter, sondern der dicke Sigmar Gabriel, der den Blick seiner Parteigenossen auf die Elbe lenken will. Denn von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz lernen, heißt angeblich siegen lernen. Davon ist zumindest der SPD-Vorsitzende Gabriel überzeugt. Also sollen es die alles andere als erfolgsverwöhnten Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr einfach genauso machen wie ihre Genossen in Hamburg. Die haben bekanntlich bei der letzten Bürgerschaftswahl die absolute Mehrheit eingefahren, weil sie, so ist Gabriel überzeugt, kaum Wahlversprechen gegeben haben.

Dabei ignoriert er geflissentlich, dass sich die Ausgangslage überhaupt nicht vergleichen lässt. Scholz hat vor einem Jahr nicht so fulminant gesiegt, weil die Wähler von ihm und seiner Partei etwa so begeistert gewesen wären. Auch seine unspektakulären Wahlversprechen dürften kaum zum Erfolg beigetragen haben. Es war die Schwäche der desolaten CDU, die ihm vor einem Jahr zum Sieg verholfen hat. Zugegeben, seine wenigen Wahlversprechen hat Scholz eingelöst. Aber ansonsten bewegt er nichts in der Hansestadt.

Nun will Gabriel also genauso vorgehen und nur einige wenige Minimalversprechen machen. Er mag sich wohl denken, dass, wenn man kein Ziel hat, wenigstens jede Richtung stimmt. Wenn die SPD aber in der Bundespolitik nichts Grundlegendes verändern will, stellt sich die Frage, warum man sie überhaupt wählen soll. Und so schwach wie die damalige Elb-CDU ist der Gegner noch nicht.

Bloße Beruhigungspille

»Sonderkonto« für die Griechen sollte Steuerzahler milde stimmen

Ratlosigkeit allerorten: Mit ihrem Dogma, kein Land aus der Europäischen Währungsunion herausfallen zu lassen, hat sich die Bundeskanzlerin offenkundig in eine Sackgasse manövriert. Der neueste Vorschlag, den Angela Merkel zusammen mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy in Paris vorgebracht hat, wurde von der Fachwelt umgehend in Fetzen gerissen: Alle Staatseinnahmen Griechenlands sollten auf einem „Sonderkonto“ gesammelt werden, um die Rückzahlung von Verbindlichkeiten sicherzustellen.

Was dort jedoch „angesammelt“ werden solle in einem Land, das nur Defizite produziert, blieb nebulös. Der Vorschlag ist, wie die zurückgenommene Forderung nach einem EU-Sparkommissar für Athen, allein zur Beruhigung der heimischen Wählerschaft gedacht. Faktisch glauben weder

> Merkel glaubt selbst nicht an diese Pläne

Merkel noch Sarkozy an ihren eigenen Plan.

Derweil kostet jeder weitere Tag, der mit derlei taktischen Manövern vertan wird, die deutschen Steuerzahler Unsummen. Die Europäische Zentralbank (EZB) geht immer höhere Verpflichtungen zugunsten der Pleitekandidaten ein, für die am Ende die Steuerzahler der stärkeren Geberländer geradestehen müssen. Selbst die griechische Notenbank nimmt den klinisch toten Banken des Landes Anleihen ab, für welche ebenfalls hauptsächlich die Deutschen bürgen müssen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel wirft im Gespräch mit der *PAZ* der Bundesregierung „Konkursverschleppung“ vor, für die Geschäftsleute bestraft würden (siehe Interview Seite 5): Je früher das gescheiterte Währungsexperiment beendet werde, desto billiger werde es. Merkels Behauptung, der Euro rette Europa, sei eine Lüge. Vielmehr zerstöre die Einheitswährung Europa. *H.H.*

Netzfreiheit ad acta gelegt

Handelsabkommen »Acta« greift weitreichend in Grundrechte ein

Die Regierungschefs Polens, Sloweniens und Tschechiens ziehen die Notbremse gegen die Totalüberwachung aller Internetaktivitäten. Sie haben angekündigt, das umstrittene Anti-Fälschungs-Handelsabkommen („Acta“) im Gegensatz zu den großen Industrienationen vorerst nicht zu ratifizieren. Mit diesem internationalen völkerrechtlichen Vertrag wollen die teilnehmenden Staaten Standards zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen sowie Produkt- und Markenpiraterie festlegen. Doch was auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, greift weitreichend in die moderne Kommunikation und die Grundrechte ein. „Acta“ sieht nicht nur eine Bestrafung der Rechteverletzer vor, sondern ermöglicht es, auch die Internetdienstanbieter in die Pflicht zu nehmen. Sie sollen den Datenverkehr ihrer Kunden überwachen, Verstöße den Behör-

> Politischer Missbrauch nicht ausgeschlossen

den melden und nach drei Verstößen den Internetzugang sperren.

Kritiker befürchten einen Eingriff in die Privatsphäre, die gravierende Einschränkung der Informations- und Meinungsfreiheit sowie einen politischen Missbrauch der Regeln zur Internetzensur. Am Ende könnte gar die weltweite Durchsetzung von Internetsperren stehen. Kritisiert wird auch die mangelnde Transparenz beim Zustandekommen des Gesetzes und fehlende Information über dessen Inhalt und Auswirkungen. Juristen bemängeln zudem ungenügende Rechtssicherheit durch unklare Formulierungen, deren Auslegung durch Heranziehung der Verhandlungsprotokolle erfolgen soll. Da diese noch nicht veröffentlicht sind, müssten die Parlamente über etwas abstimmen, was sie noch gar nicht kennen. Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts haben daher geraten, „Acta“ nicht zu ratifizieren. Der EU-Ministerrat hat dennoch zugestimmt – in einer nichtöffentlichen Sitzung des Agrar- und Fischereirates. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Angst vor US-iranischem Krieg

Bischkek – Vor der US-amerikanischen Botschaft demonstrierten aufgebrachte Kirgisen und forderten den Rückzug des Militärs. Die USA nutzen den Stützpunkt Manas als Transitzentrum zur Versorgung ihrer Truppen in Afghanistan. Die Demonstranten fürchten, auf eine schwarze Liste Teherans zu geraten, wenn der Konflikt zwischen den USA und dem Iran in einen Krieg münden sollte. Auch die anderen Länder Mittelasiens fühlen sich von wirtschaftlichen, terroristischen und ökologischen Risiken bedroht. Im Falle eines Krieges würden die USA zuerst iranische Ölpipelines zerstören, was verheerende Folgen für alle Kaspi-Anrainer hätte. Auf einer eiligst einberufenen Konferenz versuchte der US-Botschafter in Usbekistan die Anwesenden zu beruhigen. *MRK*

Starke Zunahme linker Gewalt

Berlin – Die linksextrem motivierte Gewaltkriminalität hat in Deutschland im vergangenen Jahr stark zugenommen. Mehrere Medien berichteten unter Verweis auf vorab veröffentlichte Daten zur Kriminalität mit politischem Hintergrund einen Anstieg linksgetriebener Gewalttaten um 26,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Anstieg bei den Delikten mit Körperverletzung fällt noch gravierender aus: 547 verletzten Personen im Jahr 2010 standen 783 Verletzte 2011 gegenüber (plus 43,1 Prozent). Gewalttaten mit rechtsextremer Motivik gingen im Jahresvergleich um drei Prozent zurück. Für den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, ist die aktuelle Statistik „Anlass zu größter Sorge“. Eine stärkere strafrechtliche Verfolgung von Hintermännern und Organisatoren von Anschlägen forderte der innenpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Stephan Mayer, ein. Ein Ende „dieser schrecklichen Entwicklung“ von links sei „immer noch nicht abzusehen“. *CR*

Kalter Krieg auf Russlands Straßen

Vorwürfe gegen Demokratie-Bewegung erhärten sich – Washington schickt »Experten« nach Moskau

Am vergangenen Wochenende gingen wieder Hunderttausende bei klirrender Kälte in Moskau und St. Petersburg auf die Straße. Diesmal standen der, wie von Putin behauptet, „vom Westen gesteuerten Opposition“ Putin-Befürworter sogar in größerer Zahl gegenüber.



Wortspiele mit Putins Namen: Demonstranten in Moskau

Bild: laif

Allen Unkenrufen zum Trotz kamen am 4. Februar wieder 120 000 Menschen zur Kundgebung im Moskauer Zentrum. Über vier Stunden lang harrten sie bei minus 20 Grad aus, skandierten „Putin hau ab“ und „Wir sind für ehrliche Wahlen.“ Die Opposition ist also nicht, wie viele glaubten, nach den Weihnachtsfeiertagen und dem Beginn des eisigen Winters verstummt. Solange ihre Forderungen nicht erfüllt sind, wollen sie wiederkommen. Laut Andrej Piontkowskij, Politologe und Mitglied des politischen Rats der Bewegung „Solidarnost“, gibt es zwei Gründe für den Vertrauensverlust der Regierung: Zum einen ist es das Bestreben Putins, Diktator auf Lebenszeit zu werden. Zweitens habe das beispiellose Ausmaß der Wahlfälschungen, die der Regierungspartei schätzungsweise einen Vorteil von bis zu 20 Prozentpunkten gebracht haben sollen, Putins Prestige einen tödlichen Stoß verpasst. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann Putin stürze und mit ihm Herrscher des post-sowjetischen Raums wie Alexander Lukaschenko in Weißrussland und Nursultan Nasarbajew in Kasachstan.

Insgesamt wurden neun Parteien daran gehindert, an der Dumawahl teilzunehmen. Die Regierungspartei heißt deswegen seit Dezember bei Oppositionellen nur noch „Partei der Gauner und Diebe“. Dies findet auch in den selbstgebastelten Plakaten Ausdruck. Mit phantasievollen Wortspielen mit Putins Namen, in welchen das Wort put' (Weg) steckt, wird der Premier lächerlich gemacht. (Im Wortspiel im Bild oben heißt es „Nam ne po puti“ – „Wir passen nicht zusammen“, wörtlich „Wir haben nicht den gleichen Weg“.).

Zur gleichen Zeit kam es zur Massenkundgebung auf dem Poklonnaja Gora (Hügel der Verbeugung). Dass busseweise Beschäftigte russischer Staatsbetriebe wie zu einer Mai-Parade hergefahren wurden, lässt Putins Vorwurf an die Opposition, für Geld auf die Straße zu gehen, als doppelzüngig erscheinen. Insgesamt sollen 190 000 Menschen an der Pro-Putin-Kundgebung teilgenommen haben. Aber neben den Gezwungenen kamen auch viele Freiwillige. Ihre Argumente sind gut nachvollziehbar. Das Chaos der 90er Jahre, ausgelöst durch eine Reformwelle, die mit wilden Privatisierungen der Staatsbetriebe und verheerenden Verlusten einherging, ist vielen noch allzu gut im Gedächtnis. Dass sie es zu ihrem heutigen Lebensstandard gebracht haben, verdanken sie nicht zuletzt Wladimir Putin, der den Staat festigte, ihr Motto „Wir haben etwas zu verlieren“ ist ernst gemeint. Sie befürchten eine orangene Revolution wie in der Ukraine und eine Fremdbestimmung durch den Westen.

Putin selbst lieferte das Feindbild, indem er behauptete, die Masse auf dem Bolotnaja-Platz sei von Hillary Clinton finanziert und vom „Washingtoner Exekutivkomitee“ angeführt. Gemeint ist der erst vor wenigen Tagen eingetroffene neue US-amerikanische Botschafter Michael McFaul. Der 49-Jährige

Proteste von US-Diplomatie gesteuert?

war Berater von Präsident Barack Obama. Er entwarf das Konzept des Neustarts der amerikanisch-russischen Beziehungen und gilt als exzellenter Kenner des post-sowjetischen Raums. McFaul hat persönliche Kontakte zu den wichtigsten Politikern und Denkfabriken. In der Vergangenheit arbeitete McFaul mit zahlreichen Organisationen für Demokratieexport zusammen, unter anderem mit National Endowment for Democracy, dem „Komintern Washingtons“, Human Rights Watch, Freedom House und Eurasia Foundation. McFaul war auch in Organisationen aktiv, die an den Umstürzen in Belgrad, Tiflis und Kiew beteiligt waren. Schon 2006 soll McFaul an einer vom US-Philantrophen und Spekulanten George Soros geförderten Anti-Putin-Konferenz von „Anderes Russland“ teilgenommen haben. Damals soll McFaul von Hillary Clinton beauftragt worden sein, in Russland nach Leuten wie Timoschenko zu suchen. Er fand sie in dem Blogger Andrej Nawalnyj und Maria Gajdar, der Tochter des Reformers Jegor Gajdar. Nawalnyj ist der populärste Aktivist der aktuellen Protestkundgebungen. Schon kurz nach seiner Ankunft traf der US-Botschafter sich mit Oppositionellen. Die Entsendung McFauls als US-amerikanischer Diplomat nach Moskau traf vor diesem Hintergrund bei der russischen Regierung verständlicherweise auf wenig Gegenliebe. McFaul selbst bestreitet jedes politische Engagement. Er sei nicht gekommen, um eine Revolution anzuzetteln, sondern um zu einer Verbesserung der amerikanisch-russischen Beziehungen beizutragen.

Verärgerung löste das Auftreten von Ex-Finanzminister Alexej Kudrin auf der Anti-Putin-Kundgebung bei Präsident Dmitrij Medwedjew aus, der die liberale Gesinnung Kudrins bezweifelt. Schließlich habe dieser zwölf Jahre lang in der Regierung mitgewirkt.

Was ist an den Vorwürfen, dass die Opposition gekauft sei, dran? Tatsächlich sollen sich unter den Aktivisten „Für ehrliche Wahlen“ bis zu 10 000 bezahlte Leute befunden haben. Es gibt Agenturen, die gegen eine Provision Massenaufläufe veranstalten. Medienberichten zufolge sollen einige davon jedoch von der Regierung selbst geordert worden sein, um die Protestler zu bespitzeln. Insgesamt ist es eher unwahrscheinlich, Menschen in einer Größenordnung von über 100 000 zu bezahlen. Dafür, dass die Oppositionsbewegung instrumentalisiert wird, um Putins Wiederwahl zu behindern, spricht das Fehlen jeglicher Inhalte, die über den Vorwurf des Wahlbetrugs hinausgehen.

Der russischen Regierung ist mit ihrer Gegenveranstaltung ein Coup gegen die Opposition gelungen. Während in Moskau und anderen Städten demonstriert wurde, ließ Putin sich im sibirischen Tscheljabinsk für gute Taten feiern.

Sergej Iwanow, Chef der Präsidialverwaltung, wertet die Kundgebungen zufrieden als Zeichen für Pluralismus in der russischen Gesellschaft.

Sollte Putin wie erwartet am 4. März im ersten Durchgang gewählt werden, drohen seine Gegner mit Streiks. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Die Schulden-Uhr: Verbraucher im Visier

Bei der Suche nach einer neuen deutschen Geldquelle für Griechenland, die den Bundeshaushalt nicht belastet, sind die Eurokraten auf einen neuen möglichen Zahlmeister gestoßen, den deutschen Stromkunden. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass der Geltungsbereich des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes insoweit auf Griechenland ausgeweitet wird, dass nicht nur Unternehmen, die in das deutsche, sondern auch solche, die in das griechische Stromnetz Ökostrom einspeisen, vom deutschen Stromzahler subventioniert werden. Außerdem sollen Investitionen in die griechische Ökostromgewinnung durch die deutsche öffentlich-rechtliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) finanziell gefördert werden.

2.033.790.367.415 €

Vorwoche: 2.032.977.605.915 €
Verschuldung pro Kopf: 24.863 €
Vorwoche: 24.853 €

(Dienstag, 7. Februar 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Nur scheinbare Ruhe

Saudi-Arabien: Wachsende Unrast der schiitischen Minderheit

Der „arabische Frühling“, der eigentlich im Winter ausbrach, schien im erzkonservativen Saudi-Arabien bald wieder eingeschlafen zu sein – teils wegen des Polizei- und Spitzelapparats, teils weil man mit Geldgeschenken den Untertanen manche Bitternis versüßen kann. Unter den Schiiten kam es allerdings ab Februar 2011 zu Demonstrationen mit Forderungen nach Freilassung von Gefangenen und einem Ende von Diskriminierungen. Die Schiiten machen zwar nur zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung von etwa 29 Millionen aus (davon acht Millionen weitgehend rechtlose Gastarbeiter), sie leben aber vor allem in der Erdölregion – in der Nähe des Iran und als Nachbarn von Bahrein, wo die Schiiten – dort mit 70 Prozent sogar die Mehrheit – ebenfalls von einem sunnitischen Königshaus unterdrückt werden.

Der 88-jährige König Abdullah ibn Abd el-Asis ist wie sein Bruder und Thronfolger Naif noch ein Sohn des legendären Abd el-Asis ibn Saud. Abdullah, der de facto seit 1995 regiert – nach dem Schlaganfall von König Fahd zunächst als Thronfolger und seit 2005 als König – zeigt zwar gewisse Neigungen zu „Reformen“, aber die dürften wenn überhaupt erst von der nächsten Generation kommen.

Im Oktober gab es in der Ostprovinz einen Überfall auf eine Polizeistation, was von den Behörden als Werk ausländischer

Der Iran bietet vergleichsweise viele Freiheiten

„Agenten“ dargestellt wird, von den Schiiten aber als lokaler Konflikt. Es gab Verletzte auf beiden Seiten, und in der ganzen Region gilt seither eine Art Ausnahmezustand. Im November wurde ein Schiit an einer Straßensperre erschossen, und als bei dessen Begräbnis ein weiterer getötet wurde, kam es in der Stadt Katif zu einem Protestmarsch mit 100 000 Teilnehmern. Versprochene Untersuchungen über die Todesfälle verliefen im Sande, Schiiten wurden zur Fahndung ausgeschrieben und einige davon verhaftet. Junge Schiiten haben längst das Vertrauen zu den Geistlichen verloren, die bisher vergeblich suchten, Diskriminierungen durch Verhandlungen mit der Regierung zu mildern. Die schon 2009 erhobene Forderung nach Sezession der Ostprovinz hängt im Raum.

Schiiten werden von vielen Saudis nicht einmal als Muslime angesehen. Umgekehrt sehen sich Schiiten allgemein bei Verfolgung erst recht in ihrem Glauben bestärkt, denn der Märtyrertod des Prophetenenkels Hussein in der Schlacht von Kerbala 680 ist ein Kernelement ihrer Riten und Lehren. Doch westliche Heuchelei bezüglich Demokratie und Menschenrechten ist am Golf besonders deutlich: Im Iran gibt es Parteien und – wenn auch nicht einwandfreie – Wahlen, und für Christen, Juden und Zoroastrier sind religiöse Zeremonien privat und in ihren Kultstätten erlaubt. In Saudi-Arabien gibt es nichts davon. Und dass saudische Truppen 2009 im Jemen und 2011 in Bahrein gewaltsam gegen dortige Schiiten eingriffen, bleibt ebenso unterbelichtet wie die massive Unterstützung für militante Islamisten weltweit. *R. G. Kerschhofer*

Feministenkrieg

Schwarzer gegen rot-grüne Ministerinnen

Nachdem mehrere Briefe an die entsprechenden Ministerien und an die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) erfolglos waren, lud Alice Schwarzer dieser Tage zu einer Pressekonferenz und machte ihre Probleme mit der Landesregierung öffentlich. 2008 hatte ihr der Vorgänger von Frau Kraft, der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers, für die nächsten zehn Jahre eine Förderung in Höhe von 210 000 Euro jährlich für ihr feministisches Archiv, auch Frauenmediaturm genannt, zugesagt. Doch als die bürgerliche Regierung von Rot-Grün abgelöst wurde, reduzierte diese Stück für Stück die staatliche Unterstützung.



Alice Schwarzer

Jeweils 70 000 Euro überwiesen das Kultur-, Wissenschafts- und Frauenministerium unter Rüttgers. Doch die Frauen, die nun das Kultur- und Wissenschaftministerium führen, halbierten ihre Beiträge. Emanzipationsministerin Barbara Steffens (Grüne) strich ihren Beitrag für den Frauenmediaturm offiziell wegen Haushaltskonsolidierung gleich ganz. Grund hierfür sei auch der Umstand, dass das Archiv, welches sich wie die Redaktion der Zeitschrift „Emma“ im Bayenturm in Köln befindet, nicht öffentlich zugänglich sei. Nur mit vorherigem Antrag, dessen Genehmigung Wochen dauern könne, und Angabe des Anliegens würde man eingelassen. Zudem habe Schwarzer trotz Anmeldepflicht nicht sagen können, wie viele Besucher genau das Archiv, das 15 000 Bücher und 60 000 Dokumente wie Flugblätter, Plakate und Zeitschriften zum Thema Feminismus umfasst, pro Jahr hat. Weiter heißt es: „Wir wollen keinen Elite-Feminismus, sondern Feminismus mit Breitenwirkung“, Frau Schwarzer solle sich doch reiche Spender suchen, so die NRW-Grünen. Diese fördern lieber Frauenhäuser und entsprechende Seminare, die sozialdemokratische Kultusministerin gibt traditionsbewusst vier Millionen für den Geburtsort der Dichterin Annette von Droste-Hülshof. *Bel*

Linker Terror gegen Nachbarn

Von THEO MAASS

Vor einigen Tagen wurde ruchbar, dass Linksextreme genau das planen oder bereits umsetzen, was „Rechten“ hierzulande gern unterstellt wird. Die Bedrohung von unpolitischen Nachbarn, weil sie sich nicht so verhalten, wie die Extremisten es erwarten. Ein Jahr ist es jetzt her, dass die Polizei das „alternative Wohnprojekt Liebigstraße 14“ – von Anwohnern wenig schmeichelhaft als Chaotenzentrale bezeichnet – von ihren Besetzern geräumt hat. Mittlerweile hat sich eine „Anti Yuppie Front“ formiert, die anscheinend auch von staatlichen Stellen mehr Nachsicht zu erwarten hat als irgendwelche angeblich rechten und teilweise vom Verfassungsschutz selbst gegründeten Vereine.

Autos von Baufirmen wurden in der Liebigstraße angezündet, Baustelleneinrichtungen demoliert, neue Fenster eingeworfen und neue Mieter des Hauses bedroht, sodass sie wieder auszogen. In einem linken Pamphlet wird all jenen, die die Polizei rufen, geraten, „schnell den Wohnort zu wechseln“. Im Internet berichten die Aktivisten von ihren Heldentaten. Da ist von „Geschenken“ an die unbotmäßigen Nachbarn die Rede wie Müll, Kot, Metall- und Glas-Projektilen, Ziegelsteinen, Pflastersteinen, Feuerwerkskörper, von vorsätzlich angerichteten Wasserschäden sowie (durch falschen Alarm provozierten) Einsätzen der Feuerwehr, ebenso ausgelösten „Bullen“-Besuchen, Hausdurchsuchungen, Jugendamtsbesuchen, Auftritten der Drogenfahndung und von Inkassobüros. Die sadistische Phantasie des linken Nachbarschaftsterrors scheint uferlos.

Dann wird der Angriff auf „Schweineställe“ (Polizeiwachen) thematisiert und ein Überblick über die „Aufklärungsarbeit“ bei Bauarbeitern und Baufirmen gegeben (Rechtschreibfehler übernommen): „Baufirmen wurde klargemacht das sich die Sache nicht auszahlt bei diesem Projekt mitzumachen.“ Schließlich heißt es: „Bei der Eigentumsfrage sind wir ... rigoros in unserer Einstellung. Eigentum ist Diebstahl, deshalb keine Träne für alle Geschädigten die hier Wohnraum gekauft haben.“

Nicht auszudenken, wenn Rechtsextreme auch nur eine der zahllosen Übergriffe gegen ihre Nachbarn vom Zaun brächen. Die veröffentlichte Meinung in Deutschland stünde Kopf. Doch in diesem Falle: Schweigen. Es wird vor allem Zeit, dass der neue Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) durchgreift. Er muss dabei in Kauf nehmen, dass Linke, Piraten und Grüne über ihn herfallen – sollen sie doch, denn in dieser Frage dürfte Henkel eine deutliche Meinung des Wahlvolkes auf seiner Seite haben. Es würde zudem der Bevölkerung auch wieder glasklar vor Augen führen, wer in dieser Stadt für welche Position steht.

Alt-Stasi als Staatsschützer

Brandenburg: Ehemalige Agenten des DDR-Dienstes verfolgen heute politische Straftäter



Und über allem schwebt noch die DDR-Vergangenheit: Ausstellungsbesucher im ehemaligen Stasi-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße

Bild: pa

Brandenburgs Staatsdiener müssen sich demnächst auf eine neue Stasi-Überprüfung gefasst machen. Aus dem von Dietmar Woidke (SPD) geführten Innenressort kommt die Ankündigung, neue gesetzliche Regeln zur umfassenden Prüfung von Beamten zu nutzen. Eine parlamentarische Anfrage ergab zeitgleich: Jeder dritte Mitarbeiter von Brandenburgs Landeskriminalamt (LKA) diente einst auf irgendeine Weise dem DDR-Geheimdienst. Folgen für LKA-Mitarbeiter mit bekannter Stasi-Vergangenheit schließt Woidke indes aus.

Ganze 17 von insgesamt 56 Beamten bei Brandenburgs polizeilichem Staatsschutz waren in der DDR offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Das ergab eine kleine parlamentarische Anfrage durch den CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Dieser hohe Anteil „untergräbt das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden“, fürchtet Eichelbaum.

Seit einiger Zeit ist bekannt, dass auch in Justiz und Polizei weiter viele ehemalige Spitzel tätig sind. In der gesamten Polizei der Mark blicken Hunderte auf eine Stasi-Vergangenheit zurück – fast jeder zehnte Beamte. Dass aber beim Staatsschutz derart viele Zuträger des DDR-Unterdrückungsapparats arbeiten, ist neu und sorgt für einen politischen Schlagabtausch.

Immerhin ist der Staatsschutz mit hochsensiblen Ermittlungen befasst. Die Terrorbekämpfung und den Kampf gegen politische Vergehen steuern also noch heute mitunter Leute, die eine politische Schulung in der DDR-Diktatur durchliefen und zum Spitzeln nutzten. „Eine gruselige Vorstellung, dass gewählte Volksvertreter möglicherweise von früheren Stasi-Spitzeln belauscht worden sind“, so Eichelbaum.

Für den Rechtsstaat ist das ein Problem, das nur Brandenburgs Politik in diesem Ausmaß verantworten muss. Schon 2009 berichtete der WDR in einem Beitrag „Von der Stasi zum Staatsschutz“, einstige Stasi-Aktive „arbeiten in großer Zahl im Landeskriminalamt Brandenburg“. Der Beitrag sorgte kurz vor der damaligen Landtagswahl für politische Debatten.

> Zwei Ex-Agenten stehen heute in gehobener Position

Inzwischen ist dank neuer Anfragen klar, wie groß das Ausmaß der Übernahmen in diesen Polizeibereich wirklich ist. Frühere Auskünfte der Politik hatten Angehörige des Stasi-Wachregiments „Feliks Dzierzynski“ nämlich nicht mitgezählt. Entsprechend geringer fiel die Zahl aus. Der Skandal ist somit nicht ganz neu, die Auskunft legt aber wieder den Finger in die Wunde, die der in Brandenburg besonders unkritische Eingliederungsprozess von Vorbelasteten in den Staatsdienst hervorrief. Nun steht fest: Zwei der 17 LKA-Leute mit Stasi-Vergangenheit sind in leitender Position, die anderen 15 Sachbearbeiter.

Der Sender RBB stellte im Magazin „Klartext“ die Akten der beiden in gehobener Position arbeitenden Beamten Maik W. und Ulf L. vor. Demnach verpflichtete sich W. mit 19 Jahren auf der Offiziersschule, beim DDR-Geheimdienst mitzumachen. Er kam zur Spionageabwehr, die westliche Journalisten und Botschaftsangehörige beschattete. In der Praxis bewachte er aber Gebäude der Sowjetunion in der DDR. Immerhin lobten ihn seine Vorgesetzten und beförderten ihn zum Studium der Kriminalistik. Jetzt steht er laut „Klartext“ an der Spitze einer Ermittlungskommission des LKA, verdient demnach rund 3300 Euro im Monat.

Dass W. Opfern des DDR-Regimes in leitender Rolle wiederbegegnet, ist kaum auszuschließen. Allerdings hat er aus seiner Stasi-Tätigkeit kein Geheimnis gemacht, wurde daher gemäß der laxen Handhabung in der Ära von Ex-Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) in Brandenburgs Staatsdienst übernommen und stieg in den Folgejahren ungehindert auf.

Ulf L. kam 1984 zur Stasi. Seine Ausbilder stuften ihn dem RBB-Bericht zufolge als sehr lernwillig ein und schickten ihn zum Studieren. Noch im August 1989 kam er zur Stasi zurück, erhielt eine weitere Ausbildung in Telefonüberwachung und verdeckten Operationen, die ihm noch heute im höheren Dienst mit 4000 Euro Gehalt im Monat helfen, Sonderaufgaben zu erfüllen.

Brandenburgs Innenministerium weigert sich, diese und andere Stasi-Mitarbeiter zu versetzen. Auch personalrechtliche Folgen schließt Woidke aus. Die Beamten hätten bei der Übernahme in den Polizeidienst die Stasi-Tätigkeit zugegeben und damit in einem rechtsstaatlichen Verfahren ihre jetzige Position erworben. Wenn aber künftig Polizisten durch Umstrukturierung neue oder gar Führungsaufgaben übernähmen, seien dank Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes leichter Überprüfungen begründbar, so Woidkes Sprecher.

Die Versäumnisse der Vergangenheit lassen Brandenburgs rot-rote Koalition somit nicht los. Beteiligt an der heute heftig kritisierten Übernahmepraxis nach lauen Stasi-Prüfungen war in den 90er Jahren Andreas Schuster, heute Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er steht selbst im Verdacht, für die Stasi tätig gewesen zu sein. Kernproblem bleiben somit nicht die laut Innenministerium fünf LKA-Staatsschützer, die beim Wachregiment womöglich nur formal der Stasi angehörten, sondern die noch heute wirkmächtigen Seilschaften zwischen Politik und alten Kadern.

Sverre Gutschmidt

Entmündigung

Bayern: Berlin unter Bundesverwaltung stellen

Die Schmerzgrenze ist erreicht“ – diese drastischen Worte des bayerischen Finanzministers Markus Söder (CSU) gelten vor allem einem Adressaten: dem Land Berlin, das im Jahr 2011 mit gut drei Milliarden Euro Hauptempfänger des Länderfinanzausgleichs war. Zusammen mit seinem hessischen Ministerkollegen Thomas Schäfer (CDU) hat Söder die Umverteilung unter den Bundesländern erneut auf die politische Tagesordnung gesetzt.

> Söder ärgert der »Finanzausgleich«

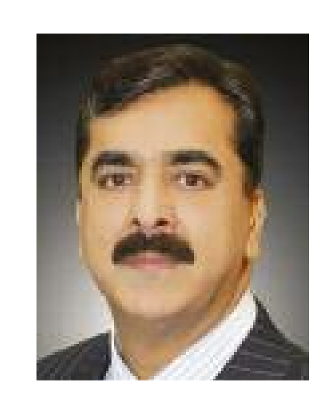
Bayern hat 2011 mit 3,66 Milliarden Euro allein gut die Hälfte der umverteilten Mittel gezahlt. Die andere Hälfte teilten sich Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Söder kritisiert, dass das System Länder belohne, die sich nicht anstrengten. Laut „Münchner Merkur“ will Bayern im März einen Reformplan vorlegen. Teil des Vorschlags: Belohnung für solides Wirtschaften und eine Deckelung der Belastungen für Zahlerstaaten.

Bei den zwölf Empfängerländern dürften die Pläne auf wenig Gegenliebe stoßen. Anders könnte das bei einem weiteren Vorschlag aussehen: Nach dem Modell der US-Hauptstadt Washington will Söder einen neuen Status für Berlin, bei dem die Hauptstadtfinanzierung durch den Bund erfolgt.

Der Bund möchte die 64 Milliarden Berliner Landesschulden nur ungern übernehmen. Nachteile würden sich auch für die Berliner ergeben: Die Finanzierung der Stadt Washington geht mit einer weitgehenden politischen Entmündigung einher. Wesentliche Entscheidungen über Mittelverwendung in der Stadt werden im US-Kongress getroffen.

N.H.

Zeitzeugen



Yousuf Raza Gilani: Der 1952 geborene gegenwärtige Premier Pakistans führt eine muslimisch orientierte Koalition aus Pakistan Muslim League, Pakistanischer Volkspartei (PPP) und weiteren Splitterparteien an und ist mit mehr als 45 Monaten im Amt der am längsten regierende Premier des Landes. Er leitete die Entfremdung vom Bündnispartner USA ein, da er rechtsstaatliche Prinzipien verletzt sah und zivile Opfer der Drohnenangriffe gegen die Taliban verzeichnen musste.



Pervez Musharraf – Der General kam 1999 durch einen unblutigen Putsch an die Macht und öffnete Pakistan für die Amerikaner und ihre Anti-Terrorpolitik. Dreimal entkam er bis zu seinem 2008 erzwungenen Rücktritt einem Attentat. Auch eine erste Annäherung an Indien geht auf ihn zurück. Musharraf plant, bei der nächsten Wahl in Pakistan erneut zu kandidieren.

Shakil Afridi – Der etwa 50-jährige Arzt, der den USA den entscheidenden Tipp über den Aufenthalt des Terroristen Osama bin Laden in der Militärstadt Abbottabad gab, sitzt wegen Landesverrats in Islamabad in Haft. Seine Familie versteckt sich aus Angst vor Attentaten. Er behauptete, im Namen der pakistanischen Regierung ein Schutzimpfungsprogramm durchzuführen, um Zutritt zu dem Wohnkomplex bin Ladens zu bekommen und so an DNA-Proben zu gelangen.

Benazir Bhutto – Von 1993 bis 1996 Premierministerin von Pakistan, westlich orientiert und mehrfach der Korruption bezichtigt, wurde sie nach einer versuchten Rückkehr in die Politik 2007 von einem islamistischen Fanatiker ermordet.



Asif Ali Zardari – Der Witwer von Benazir Bhutto übernahm nach ihrer Ermordung die Führung der Pakistanischen Volkspartei und ist seit 2008 Staatspräsident des Landes. Doch weder hat er das Charisma seiner ermordeten Frau noch ist er Premier Gilani durch Fachwissen eine Stütze. Stattdessen zog sich Gilani den Unmut der Justiz zu, da er ein erneutes Korruptionsverfahren gegen Zardari unterband. Desweiteren versteht dieser sich absolut nicht mit der in Pakistan dominanten Militärführung.

Lieber Taliban als die USA

Pakistan nimmt zwar gern Dollar von Washington, unterstützt aber auch deren Gegner

„3000 Tote beim New Yorker Attentat, eine Million dagegen im Irak und 35 000 in Pakistan", die jüngste Umfrage der pakistanischen Zeitung „Dawn" bringt es an den Tag: Viele Bürger Pakistans würden lieber eine Herrschaft der Taliban im Nachbarland Afghanistan sehen als die korrupte Regierung in Kabul. Pakistan wird somit immer mehr zum Risikofaktor für den Westen

In dem bevölkerungsreichen südasiatischen Staat brodelt es unter der Oberfläche. Das Militär muckt gegen die Regierung auf. Die einzige islamische Atommacht der weltweit ersten Islamischen Republik wird allen Beteuerungen Islamabads zum Trotz mehr und mehr zum Risikofaktor für die westliche Welt. Und hinter den Kulissen mischen die Chinesen bereits mit und decken Pakistan gewissermaßen als Schutzmacht gegen einen Eingriff Amerikas.

Was vielen einfachen Muslimen als Kampf der westlichen Mächte gegen den Islam verkauft worden ist, weicht bei den gehobenen Ständen der Erkenntnis, dass der Hunderte von Milliarden Dollar schwere Feldzug gegen den Terrorismus vor allem auch eine Schlacht um ökonomische Interessen ist: Ölfelder im Irak, Bodenschätze in Afghanistan, eine ins Auge gefasste Pipeline durch Pakistan. Niemand traut niemandem und einige Pakistanis fordern in Blogs bereits: „Yankee wach auf und geh nach Hause!"

Doppelspiel der pakistanischen Regierung

In den USA und in Europa sorgte derweil ein bekannt gewordenes Papier für Empörung und schürte die Emotionen gegen das mehrheitlich muslimische Land. Demnach sollen Verhöre von 27 000 gefangenen Taliban ergeben haben, dass die Regierung in Islamabad, speziell der Geheimdienst ISI, die Sicherheitskräfte und das Militär insgeheim und entgegen der Waffenbrüderschaft mit den USA die radikalen Gotteskämpfer selbst bei Attentaten unterstützt haben sollen und die ungeschlagenen Taliban sich längst auf eine erneute Regierungsübernahme in Kabul vorbereiten. Durch Enthaltsamkeit bei den Attacken hätten sie derzeit den trügerischen Eindruck erschaffen, die fremden Truppen hätten in Afghanistan Erfolge erzielt und könnten abgezogen werden. Und eine solche Entscheidung verkündeten denn auch sowohl US-Amerikaner als auch Franzosen einvernehmlich für das Jahr 2013. Deutschland will seine Truppenstärke schrittweise zurückfahren.

Die eventuell richtige Erkenntnis einer Partnerschaft zwischen Taliban und ISI-Geheimdienst lässt zudem das jahrelang unentdeckte Versteck des Al-Kaida-Führers Osama bin Laden ausgerechnet in einer militärischen Hochburg in einem anderen Licht erscheinen. Und auch Al-Kaidas zweiter Mann, Ayman al-Zawahiri, soll sich in Pakistan aufhalten. Schließlich wurde der Arzt Shakil Afrisi, der das Versteck bin Ladens auskundschaftete, festgenommen und sieht einem Prozess wegen Landesverrats entgegen, anstatt dafür gefeiert zu werden, die Menschheit von einem Übel befreit zu haben.

Sicher ist, dass Pakistan durch Hunderte von Drohnenangriffen auf vermutete Rebellennester im Norden seines Staatsgebietes, die heimliche Tötung bin Ladens und Grenzübergriffe von Nato-Truppen, jeweils mit dem hohen Blutzoll ziviler Bürger, in seiner Ehre als souveräner Staat tief getroffen ist. Selbstherrlich haben sich die USA, wie so oft an anderen Schauplätzen in der Welt, auch hier über die nationale Würde hinweggesetzt.

Die janusköpfige Politik der Pakistanis wird für westliche Sicherheitskräfte immer offensichtlicher und es zeigt sich, dass die einst geschlossene Allianz brüchig ist: einerseits als Verbündete im Terrorkampf Milliarden an Dollar einzustreichen, anderseits aber unter der Decke über den Geheimdienst ISI Kontakte zu den Extremisten zu pflegen und ihnen sogar logistische Unterstützung zu gewähren. *Joachim Feyerabend*

Präsident mit einer Bürde von Problemen

Neue Töne aus Kabul: Afghanistans Präsident Hamid Karsai will, so verkündete er im Fernsehen des Nachbarlandes, Pakistan bei einem „möglichen Krieg" gegen die USA unterstützen. Der Äußerung kommt insofern Bedeutung zu, als sich damit eine Verschiebung politischer Gewichte in Südasien zu Lasten des Einflusses der USA und der Nato-Verbündeten ankündigt und Pakistan sich vermutlich noch enger an China bindet.

Längst muss sich Präsident Yousuf Raza Gilani unter dem Druck der Straße gegen den ehemaligen Kampfgenossen Washington profilieren. Allein in Karachi demonstrierten im Januar mehr als 100 000 aufgebrachte Bürger gegen die Drohnenangriffe der US-Streitkräfte auf die nördlichen, den Taliban verbundenen Stammesgebiete. 73 Prozent des Volkes glauben nach Umfragen, dass die miserable wirtschaftliche Lage zu weiteren sozialen Unruhen führt. Das Vertrauen in die Demokratie schwindet auf breiter Basis.

Nato soll Nachschub verweigert werden

Schon hat die Partei „Jamaat-i-Islami", die für islamische Werte kämpft und die elitäre Vertretung der Oberschicht darstellt, heftigen Widerstand gegen eine Wiedereröffnung der Nachschublinie für die in Afghanistan kämpfenden westlichen Truppen angekündigt: eine Zwickmühle für Gilani und eine Gefährdung weiterer finanzieller Zuwendungen der USA von jährlich vier Milliarden Dollar.

Dem Präsidenten machen zudem viele andere Probleme zu schaffen: ungelöster Grenzkonflikt mit Indien in Kaschmir, zunehmende politische Instabilität, Hungersnöte als Folge der letzten Überflutung, ein Energiedefizit, wachsender Anti-Amerikanismus und eine katastrophale Inflation von fast 30 Prozent: Reformen scheinen dringender denn je. *J.F.*



Anti-amerikanische Demonstration 2011 in Lahore: Immer mehr Pakistaner wenden sich von den USA ab Bild: pa

Putsche, Morde und Moscheen

Wie die Islamische Republik Pakistan Opfer von Islamisten wird

Nach 200 Jahren Kolonisierung gleitet der im Jahr 1947 geschaffene Patchwork-Staat Pakistan – seit dem Attentat vom 11. September noch außen enger Verbündeter der USA im Kampf gegen den Terror – immer mehr ins Fahrwasser militanter Islamisten ab. Eingeengte Frauenrechte, Gewalt gegen Andersgläubige, Landraub, Vertreibung etwa aus dem Punjab, strenge Schariagesetze, Verleumdungen nach dem Blasphemiegesetz, Verfolgung anderer Religionsgemeinschaften, vor allem von Christen und Apostaten (Open-Door-Index: Nach dem Irak Platz 10 auf der Weltrangliste), sowie Attentate bestimmen mehr und mehr den Alltag in Karachi, Lahore, der Hauptstadt Islamabad oder anderen Zentren des Landes.

Besonders in Nord-Wasiristan, dem Zentrum des militanten Haqqani-Netzwerkes, grassiert der Hass gegen den Westen. Das pakistanische Militär weigert sich beharrlich, dort einzugreifen. In den Koranschulen des ganzen Landes wird ohnehin offen der Hass gepredigt. Der Islam ist die einzige Klammer, die die rund 50 Ethnien zusammenhält. Der Geheimdienst ISI und korrupte, islamistisch orientierte Militärs sind zudem eng mit Al-Kaida und den Taliban verflochten, wie selbst „Dawn", eine führende Zeitung des Landes, konstatiert.

In der Hafenstadt Karachi stranden derzeit 3700 Nato-Lastwagen und 1700 Container, die für den Nachschub der Truppen in Afghanistan bestimmt sind. Ihnen war nach Nato-Attacken und Drohnenangriffen der USA mit zivilen Opfern auf Rebellennester (allein letztes Jahr 57) die Weiterfahrt verweigert worden. Auf ihrer Route durch das Land zur afghanischen Grenze und zum Kyberpass waren sie ohnehin immer wieder den Bombenattacken der Taliban ausgesetzt. Ganze Kolonnen mit bis zu 30 Fahrzeugen wurden in Brand gesetzt. Der englischsprachige Sender „Express 24/7" schloss jetzt, weil ihm die Werbeeinnahmen wegbrachen – nach Ansicht von Beobachtern ein politisches Signal. Denn die intellektuelle und Englisch sprechende Bürgerschicht mit ihrer einst moderaten Einstellung wird von der gewöhnlichen Bevölkerung immer mehr mit Misstrauen betrachtet und offen der Korruption bezichtigt. Ihr Einfluss weicht zunehmend einer neuen muslimischen Kultur des religiösen Extremismus.

Intellektuelle Elite verliert an Einfluss

Westliche Bildung als Motor für Wohlstand und wissenschaftlichen Fortschritt ist zwar gefragt, nicht aber westliche Kultur. Lediglich weniger als 20 Prozent der zu 96 Prozent muslimischen Bevölkerung von zwischen 180 und 200 Millionen können sich eine solche, europäischen Standards unterliegende Erziehung leisten. Denn die Mehrheit lebt in Armut, wird von Erdbeben und Überschwemmungen heimgesucht und hat genug mit dem täglichen Überleben zu tun. Wer sozialen Aufstieg verspricht, erntet die Sympathie. Und den versprechen die radikalen Kräfte, unterstützt von eifernden Imamen. Und ihr Bazillus grassiert auch unter den Militärs, die über die (noch) einzige Atombombe der islamischen Welt verfügen und sich Afghanistan und den Zielen der Taliban näher fühlen als den Amerikanern, von deren Milliardenzuwendungen sie bislang ganz gut lebten. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8965**

Konkursverschleppung ist Betrug

Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel drängt Politik zum geordneten Rückzug aus Gemeinschaftswährung

Der in Danzig geborene Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel gehört zu den Euro-Kritikern der ersten Stunde. Doch die Realität hat seine Warnungen noch übertroffen. Im Interview mit der *PAZ* analysiert er die Euro-Rettung. Die Fragen stellte Hans Lody.

PAZ: *Herr Professor Hankel, sind Sie wegen Ihrer Haltung zum Euro schon beschimpft worden und wenn ja, von wem?*

Hankel: „Demokraten" einer obskuren Antifa-Bewegung haben mehrfach Vorlesungen und Vorträge von mir (unter anderem an der FH Worms oder der Ideenwerkstatt der Burschenschaft Normannia Bielefeld) mit Demonstrationen, Plakaten und Radau im Saal gestört. Ihr Vorwurf, ich schriebe in „rechtsradikalen" Blättern wie der „Jungen Freiheit". Als ich sie aufforderte, aufs Podium zu kommen und dem Publikum zu erklären, warum ich, ein Aufklärer und Warner vor den Folgen des Euro, nicht bei ihnen schreiben dürfe und daher gezwungen sei, es da zu tun, wo ich ungekürzt schreiben könne und zu Vorträgen eingeladen würde, verschwanden sie wortlos aus dem Saal. Als mich Deutschlands stellvertretender Bundesfinanzminister (Steffen Kampeter, CDU) bei einem Podiumsgespräch der „Süddeutschen Zeitung" einen „alten verbitterten DM-Nationalisten" nannte, stand das Publikum auf und buhte empört. Weder diesen Demokraten noch seinen Dienstherren Wolfgang Schäuble hat das gestört. Bei diesen Herren gehört es nicht zum politischen Anstand, dass man sich für seine Entgleisungen entschuldigt.

PAZ: *Werden die Folgen eines Euro-Zusammenbruchs schlimmer, je länger man wartet oder lohnt es, die Krise durch Rettungsschirme abzumildern?*

Hankel: Verantwortungsvolle Generäle beenden den Krieg, den sie längst verloren haben. Jeder Tag länger bringt unverantwortliche Verluste. Das gilt auch für die Euro-„Rettung". Sie ist in Wahrheit eine Konkursverschleppung überschuldeter Staaten und deren Geldgeber. Ein Geschäftsmann, der so etwas macht, gilt als Betrüger und wird bestraft.

Wer die Eigenhaftung für Verluste abschafft, denn darauf läuft die Euro-Rettung hinaus, zerstört die Grundlagen von Rechtsstaat und Marktwirtschaft. Ein Zerstörungswerk, für das es weder eine Rechtfertigung noch eine Entschuldigung gibt. Weder steht der Euro (ein monetäres Kunstprodukt von zweifelhaftem Wert) über diesen elementaren Grund- und Verfassungsrechten, sie wurden einstmals in Europa erfunden und in der Welt verbreitet, noch lässt sich das angestrebte Europa auf dieser Grundlage errichten und stabil erhalten. Frau Merkel lügt sich und ihrem Volk etwas vor, wenn sie meint, der Euro „rette Europa". Das Gegenteil ist wahr: Er zerstört es und verwandelt den Süden des Kontinents in eine unregierbare Elendszone. Ein Europa der „failing states" ist weder integrierbar noch bildet es ein Gegengewicht zu den Großmächten unserer Zeit.

Der Süden Europas wird zur Elendszone

Je früher das gescheiterte Währungsexperiment beendet und in eine stabile Dauerlösung überführt wird, desto billiger (politisch, sozial und finanziell) wird es für Europas Staaten. Jahrhundertelange Erfahrungen sowie aktuelle Blaupausen für diese Dauer-Lösung liegen längst vor. Es gibt keine Alternative für die Einheit von Staat und Währung sowie den zwischenstaatlichen Wettbewerb dieser Währungen. Nur so – über Wechselkurse, die die Leistung jeder Nation anzeigen – lassen sich Währungs-„Sozialismus" (eine Währung für 17 Staaten), Überschuldung und die Ansteckung der vorläufig noch stabilen Staaten an der Schuldenkrise vermeiden, die im Endstadium unvermeidlich zur Verarmung aller Bürger, besonders aber der künftigen Generationen führt.

PAZ: *Was raten Sie den Bürgern, um sich gegen einen kommenden Euro-Zusammenbruch zu schützen?*

Hankel: Es gibt keinen solchen Schutz, höchstens einen relativen. Denn von der Verarmungskrise sind alle Geldanlagen und Wertsachen betroffen. Das gilt sogar für wenig „brauchbare", wie Gold und andere Edelmetalle. Sie werden als erste verkauft und damit auch als erste preislich verfallen.

Den relativ höchsten Schutz bieten Anlagen in „werteschaffende" Investitionen (Aktien guter Firmen) und diese möglichst in Währungen, die permanent zum Euro (oder US-Dollar) aufwerten. Dergleichen gibt es genug – in Europa: Schweizer Franken, skandinavische Währungen, außerhalb Europas die „kleinen Dollars" (Kanada, Australien, Neuseeland), sowie die Währungen der „Bric"-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China); und es gibt genug Berater, möglichst Banken-unabhängige.

PAZ: *Sollten nach dem Ende des Euro neue nationale Währungen entstehen oder sind Währungszusammenschlüsse ähnlich strukturierter Staaten eine Alternative?*

Hankel: Es geht um Wechselkurs-, nicht Währungs-Unionen. Bretton Woods war eine solche, auch der Goldstandard, auch die Regelungen im Gemeinsamen Markt vor Einführung des Euro, wie das Europäische Währungssystem (EWS) mit dem Ecu als Recheneinheit, aber nicht als das nationale Geld verdrängendes Umlaufgeld. Dahin muss die Währungsunion zurückentwickelt werden und als zweiter Ecu kann dann der Euro dienen. In diesem neuen alten EWS könnte Europa seinen monetären Frieden wieder finden und trotzdem sein wirtschaftliches und politisches Profil in einer globalisierten Weltwirtschaft schärfen.



Scheuen die Klage nicht: Wilhelm Hankel (v. l.), Karl Albrecht Schachtschneider, Wilhelm Noelling und Joachim Starbatty vergangenen Juli in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht Bild: R. Wittek/dapd

MELDUNGEN

»Nazis eine linke Partei«

Berlin – Die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, macht erneut durch politisch inkorrekte Provokation auf sich aufmerksam. Am 1. Februar teilte sie über den Kurznachrichtendienst „Twitter" mit: „Die Nazis waren eine linke Partei. Vergessen? National,sozialistische' deutsche ‚Arbeiterpartei' ...", und Minuten später: „... und davor hießen diese Verbrecher ‚Deutsche Arbeiterpartei'. Sie waren die direkte Konkurrenz der Kommunisten." Die Stellungnahmen hatten tags zuvor mit Steinbachs Plädoyer für Antitotalitarismus begonnen: „Adenauer-Stiftung macht eine Aktion gegen Rechtsextremismus. Ist halbherzig. Rechts- und Linksextremismus sind beide demokratiefeindlich." Linkspartei-Chef Klaus Ernst empörte sich daraufhin: „Jetzt setzt sie die Nazis mit deren Opfern gleich." Die CDU-Politikerin gab zurück: „Da habe ich die Linken richtig aufgescheucht." *CR*



Keine Lust auf Krippe

Berlin – „Je früher Max und Ali miteinander im Sandkasten spielen, umso besser für die Integration und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt", begründete Familienministerin Kristina Schröder (CDU) die staatliche Förderung von Krippenplätzen gerade für Kinder ausländischer Eltern. Laut Statistischem Bundesamt besuchten 2011 nur 14 Prozent der Einbis Zweijährigen mit mindestens einem ausländischen Elternteil eine Krippe, bei Kindern ohne Migrationsfaktor waren es 30 Prozent. Dabei sei gerade für Kinder ausländischer Herkunft der Kontakt zu Gleichaltrigen besonders wichtig, vor allem wenn daheim nicht Deutsch gesprochen wird. Wissenschaftler betonen immer wieder, wie wichtig die Beherrschung der deutschen Sprache für spätere schulische Erfolge sei. *Bel*

Tödlicher, roter Filz

Hamburg: Bereits mehrere Kinder unter SPD-Verwaltung verstorben

In unglaublicher Weise scheinen Jugendämter in Hamburg versagt zu haben. Fünf Todesfälle in den letzten acht Jahren sorgen nun auch bundesweit für Schlagzeilen. Staatsanwälte ermitteln gegen den „roten Filz" in der Hansestadt.

Das Entsetzen über den Tod der elfjährigen Chantal, die Mitte Januar an einer Methadon-Vergiftung starb, steigert sich, je mehr Einzelheiten über die Arbeit der Behörden bekannt werden. Wieso wies das Jugendamt das Mädchen in eine Familie ein, wo die Pflegeltern wegen Drogenhandel und Raub vorbestraft waren? Noch nicht einmal ein eigenes Bett stand für Chantal zur Verfügung. Dafür musste das Mädchen, dessen Mutter als Alkoholikerin verstarb, mit zwei Kampfhunden zusammenleben.

Bis zu ihrem Tod sei „alles gut gegangen", behauptet der Bezirksbürgermeister Markus Schreiber (SPD) kurz nach ihrem Tod. Weder die direkt zuständige Jugendamtsleiterin Pia Wolters noch die fünf Betreuer, die regelmäßig die Wohnung besuchten, wollten in der verwahrlosten Wohnung etwas bemerkt haben.

Für Schreiber ist es seit 2008 nun bereits der dritte Todesfall in seiner Verantwortung, für die wegen ihrer roten Haarpracht und politischen Überzeugung auch „rote Pia" genannte Jugendamtsleiterin bereits der vierte Todesfall. 2004 starb die zweijährige Michelle, 2008 die 16-jährige Morsal durch einen Ehrenmord, 2009 das Baby Lara-Mia durch Unterernährung und jetzt Chantal an Vergiftung. Immer gaben sich die zuständigen Betreuer ahnungslos und gingen warnenden Hinweisen nicht nach. Die Klassenlehrerin von Chantals achtjähriger Mitpflegeschwester Ashley meldete sich im Frühjahr 2011 mehrmals beim Jugendamt. Das Kind sei verwahrlost und die Wohnung in einem furchtbaren Zustand. Doch nichts geschah. Auch andere briefliche Eingaben blieben ohne Folgen.

Beamtenrecht als Ausrede für vermeidbaren »Unfall«

Trotz der zurückliegenden fast zehnjährigen Regierungszeit der CDU ist die „Jugendhilfe" in der Hansestadt fest in SPD-Hand geblieben. Seit 18 Jahren ist der SPD-Bezirkschef von Hamburg-Mitte Johannes Kahrs Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses und verwaltet einen Etat von 240 Millionen Euro jährlich. Auch er sah trotz der Todesfälle keine Notwendigkeit zum Handeln. Erst jetzt wurde Wolters von ihrem Posten entfernt.

450 Menschen gingen kürzlich wegen der behördlichen Zustände in Wilhelmsburg auf die Straße. Die oppositionellen Grünen und Christdemokraten forderten den Rücktritt von Schreiber, dem jedoch seine SPD-Bezirksfraktion das volle Vertrauen aussprach. Dabei hatte der Bezirksbürgermeister für zusätzliche Irritationen gesorgt, weil er das Beamtenrecht dafür bemühte, dass nicht früher gehandelt wurde. Er habe keine Ersatzstelle für die schon vor drei Jahren als unfähig erkannte Jugendamtsleiterin finden können, behauptete er kühn.

Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen verschiedene Verantwortliche wegen Verletzung der Fürsorgepflicht und der behördlichen Schlamperei. Geradezu sarkastisch mutet auf diesem Hintergrund der Werbetext an, mit dem Schreiber von der SPD Hamburg-Mitte vorgestellt wird. Er sei ein Bezirksbürgermeister, „wie man ihn sich wünscht", für die Menschen „immer ein verlässlicher, sympathischer und beliebter Ansprechpartner". *Hinrich B. Bues*

Suite im Adlon wäre billiger

Reiselust der EU-Parlamentarier: Bis zu 5259 Euro pro Tag pro Kopf

Die Seychellen, Ecuador und Mexiko – nur einige der Reiseziele, die EU-Abgeordnete auf Kosten der Steuerzahler im Jahr 2010 besucht haben. Erstaunlich sind allerdings nicht nur die exotischen Ziele, die durch eine parlamentarische Anfrage nun bekannt geworden sind, sondern auch die exorbitanten Kosten. An der Spitze der „Hitliste" der kostspieligen Parlamentarier-Reisen steht ein Besuch Kinshasas (Kongo) durch 50 EU-Abgeordnete: Die Reise hat stattliche 1 025 530 Euro Kosten verursacht. Der Zweck der „Dienstreise" im November 2010: ein Treffen mit Parlamentariern aus Afrika, der Karibik und der Pazifik-Region. Immerhin acht Tage ihrer kostbaren Zeit opferten die EU-Abgeordneten für die Kontaktpflege mit ihren parlamentarischen Kollegen aus Übersee. Pro Tag und Abgeordnetem waren die Steuerzahler mit rund 2564 Euro mit von der Partie.

Der internationale Erfahrungsaustausch scheint den EU-Parlamentariern ohnehin ein besonders kostbares Anliegen zu sein: Bereits im Januar 2010 hatte auf Teneriffa ebenfalls ein Treffen mit Abgeordneten der AKP-Gruppe (Afrika-Karibik-Pazifik) stattgefunden: Für 64 Abgeordnete musste das EU-Parlament 707 133 Euro berappen.

Den Aufenthalt auf der kanarischen Insel kann man fast noch als Schnäppchen bezeichnen, zumindest was die Kosten pro Abgeordnetem angeht: Erstaunliche 5259 Euro pro Tag und Kopf verursachte nämlich eine EU-Parlamentarier-Reise in die argentinische Hauptstadt Buenos Aires im März 2010.

Fehlspekulationen schufen Millionenlücke im EU-Pensionsfonds

Hätte man die Delegation stattdessen ins Berliner Adlon eingemietet, wäre das wahrscheinlich für die Steuerzahler günstiger gewesen. Im Berliner Spitzenhotel ist eine Suite immerhin schon für 780 Euro am Tag zu haben.

Publiziert wurde die Aufstellung der Reisekosten von Marta Andreasen, die als Abgeordnete der EU-skeptischen UKIP im EU-Parlament sitzt. Da sie bis zum Jahr 2002 selbst als Hauptbuchhalterin der EU-Kommission tätig war, dürfte sie einen ziemlich guten Einblick in die alltägliche EU-interne Verschwendung von Steuergeldern haben. „Einmal mehr scheint es, dass die Mitglieder des Europa-Parlaments lieber anderen, als sich selbst Sparsamkeit predigen", kommentierte sie die Reisekostenaufstellung, die sie beim Sekretariat des EU-Parlaments angefordert hatte.

Zumindest bei EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski scheint noch ein gewisses Gespür für die verheerende Außenwirkung der Verschwendungssucht der EU-Abgeordneten vorhanden zu sein. In einem Brief an die Parlamentarier appellierte er, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass die EU bemüht ist, Kosten einzusparen. Im Auge haben könnte Lewandowski dabei nicht nur die ausufernden Reisekosten: Nach internen Berechnungen des EU-Parlaments haben die Abgeordneten inzwischen Versorgungsansprüche in Höhe von 376,8 Millionen erworben. Kritische Nachfragen könnte demnächst eine jetzt bekannt gewordene Schieflage eines freiwilligen Pensionsfonds für EU-Abgeordnete nach sich ziehen. Fehlspekulationen bei Aktiengeschäften haben dem Fonds mittlerweile ein Defizit von 179 Millionen Euro beschert. Bis die Unterdeckung des Fonds auf Kosten der Steuerzahler behoben ist, wäre das EU-Parlament gut damit beraten, weitere Medienberichte über die Reiselust der Abgeordneten zu vermeiden. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Dem Druck der Straße gebeugt

Bukarest – Mihai Razvan Ungureanu, Direktor des rumänischen Geheimdienstes und von 2004 bis 2007 bereits rumänischer Außenminister, übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten, nachdem der vorherige Amtsinhaber Emil Boc zurücktreten musste. Während die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds den strikten Sparkurs von Emil Boc lobten, musste dieser sich dem Druck der Straße beugen. Nach wochenlangen Demonstrationen trat er Anfang dieser Woche zurück. Sein Nachfolger, der Historiker Ungureanu, will allerdings an den von Boc angeschobenen Reformen festhalten. *Bel*

Piraten über ihre Konten fassen

London – „Save Our Seafarers" (SOS) heißt die Organisation von 30 der größten Schiffsreedereien, die sich mit einer Internetseite und Petitionen an die Regierungen und seit Ende Januar vermehrt an die ökonomischen Führer wendet, mehr für die Sicherheit der Seefahrt und gegen die Somali-Piraten zu unternehmen. 184 Staaten hätten sich mittlerweile für die Kampagne interessiert und einige würden sie aktiv sponsern. Die Organisation fordert dazu auf, endlich die Hintermänner und die Finanzwege der Piraten aufzuspüren. Bislang starben nach Angaben von SOS bei den Attacken der kriminell organisierten Freibeuter in den letzten fünf Jahren 65 Seeleute, Hunderte gerieten in Gefangenschaft, die Lösegelder erreichten schwindelnde Höhe und es wurde ein Schaden von zwölf Milliarden Euro je Jahr verursacht. Ein Fünftel des globalen Handels sei inzwischen bedroht. Andere Routen zu wählen, wenn möglich, würde schließlich die Frachtpreise in die Höhe treiben. *J.F.*

Angst vor Abgrenzung

Die in Tunesien regierende islamistische Ennahda-Partei toleriert Gewalttaten durch Islamisten

In Tunesien greifen Salafisten unverschleierte Frauen und säkulare Intellektuelle als „Feinde Gottes" an, in einer Stadt riefen sie ein Emirat aus. Die Angst vor den Radikalen und ihren Hintermännern im neugewählten Parlament wächst.

Bei den Wahlen im Oktober haben die Salafisten in Tunesien, anders als ihre ägyptischen Gesinnungsgenossen einen Monat später, nur wenige Stimmen erhalten, da sie noch nicht genügend organisiert waren. Das Ziel der Salafisten ist eine Rückkehr zum Ur-Islam. Da sie im neuen tunesischen Parlament nicht vertreten sind, nutzen sie jetzt die Straßen, um ihre Ideen sowie Angst und Schrecken zu verbreiten, und werden von der jetzt herrschenden Ennahda-Regierung geduldet. Blogger erhalten Morddrohungen, ein Fernsehsender wird attackiert und eine Universität lahmgelegt. Salafisten wollen jetzt auch die Polygamie wieder einführen, die seit 150 Jahren in Tunesien verboten ist. Der private Fernsehsender Nessma TV, der den Film „Persepolis" einer iranischstämmigen Regisseurin gezeigt hatte, der angeblich gotteslästerliche Bilder enthält, wurde von radikalen Islamisten gestürmt. Der Journalist Zied Krichen und der Politologe Hamadi Rdissi wurden zu „Feinden Gottes" erklärt und vor einem Gerichtsgebäude geschlagen, weil sie gegen die Übergriffe der Salafisten während des Films „Persepolis" als Zeugen aussagen wollten. Eine Radiodirektorin musste ihren Job verlassen, weil sie eine Frau ist.

Noch nie, so Amel Grami, Professorin für Gleichberechtigung und interkulturelle Studien an der tunesischen Universität in Manouba, seien die Frauen in Tunesien so sehr erniedrigt und an den Rand gedrängt worden wie heute. Rufe nach einer Geschlechtertrennung in allen Bereichen werden immer lauter. Immer häufiger kommt es in Tunesien zu Zwischenfällen mit Islamisten.

Auch die Tageszeitung „Le Maghreb" erhielt Drohungen, nachdem sie über ein salafistisches Emirat im nordtunesischen Sejnane berichtet hatte. Dort hatte Anfang Januar eine Gruppe von 250 jugendlichen Salafisten, die sich zu Milizen zusammengeschlossen haben, eine ganze Kleinstadt zum Emirat erklärt und dort, unbelästigt von den staatlichen Autoritäten, die Scharia eingeführt. Die Folge waren Mord, Anarchie und Gewalt. Erst nach zwei Wochen wurde dem Spuk, der auch von der regierenden Ennahda-Partei, den angeblich gemäßigten Muslimbrüdern, gutgeheißen wurde, Einhalt geboten.

Bereits im Oktober noch vor den Wahlen hatten Anhänger der salafistischen Glaubensrichtung eine Universität in Sousse gestürmt. Die Hochschule soll einer vollverschleierten Frau die Einschreibung verweigert haben, lautete damals der Vorwurf der religiös motivierten Demonstranten. An tunesischen Hochschulen ist das Tragen von Kopftüchern erlaubt, die Vollverschleierung mit einer Nikab allerdings verboten. Der Name der

Emirat ausgerufen und Scharia eingeführt

Bloggerin Lina Ben Mhenni, die für den Friedensnobelpreis nominiert war, tauchte auf einer Todesliste von Salafisten auf. Seitdem wird sie als Hure oder Zionistin beschimpft. Die Islamisten sind sehr aggressiv und werden sofort gewalttätig, wenn man sie kritisiert.

Tausende Tunesier, darunter viele Blogger, Professoren und Künstler sind verärgert über die zunehmende Bedeutung der ultra-konservativen Islamisten in einem Land, das sich erst kürzlich von der diktatorischen Herrschaft befreit hat. Die Kinder der tunesischen Elite waren es, die auf den zentralen Plätzen des Landes mit ihren Protesten großen Anteil am Sturz der Ben-Ali-Diktatur hatten und jetzt wegen der erstarkenden religiösen Gruppen um ihre erkämpften Freiheiten fürchten. Erst jetzt, nach drei Monaten Ennahda-Regierung, regt sich der Volkswiderstand. In Tunis haben Zehntausende gegen die zunehmende Willkür der Salafisten demonstriert.

Erste Stimmen werden auch innerhalb der Partei Ennahda laut, die Scharia wieder einzuführen und diese dann auch gegen Protestierer anzuwenden, die das Erbe der Revolution verwalten wollen. Auch Pläne zur Einführung einer Sittenpolizei, ähnlich wie in Saudi-Arabien, wurden jetzt bekannt. Bedenklich sind vor allem der nur geringe Widerstand der Polizei und Behörden gegen den neuen islamistischen Terror, ein Zeichen, dass diese Einrichtungen bereits von Islamisten infiltriert sind. Möglich ist auch, dass Anhänger des alten Regimes, die bei den letzten Wahlen nicht antreten durften, sich jetzt Bärte wachsen lassen, sich als Islamisten ausgeben, versuchen, das noch schwache Regime zu destabilisieren, und so die Rufe nach einer starken Hand wieder verstärken lassen. Ein ähnliches Szenario hatte Algerien bereits Anfang der 1990er Jahre durchlebt, als die islamistische Partei FIS die Wahlen gewonnen hatte und die dadurch erzeugte Anarchie für die Militärs der Vorwand war, die Macht zu übernehmen.

Die Ennahda muss sich in diesem Zusammenhang viele Vorwürfe gefallen lassen. Die Partei-Führung hat zwar einige Gewaltakte verurteilt, aber ignoriert die meisten. Die Parteiführung ist zerrissen zwischen Zugeständnissen an den demokratischen Prozess in Tunesien, aus dem sie als Gewinner hervorgegangen ist, und einer Basis, der die Einführung eines Gottesstaates nicht schnell genug geht. Die Ennahda-Führung hat zwar die Freiheit der Meinungsäußerung verteidigt, aber nichts getan, um Überbegriffe ihrer Anhänger gegen Kinos, in denen der Film „Persepolis" gezeigt wurde, zu verhindern. Diskussionen und Polemiken um die Schleierfrage, Frauenarbeit, Geschlechtertrennung und die Stellung der französischen Sprache werden immer dominanter im politischen Diskurs Tunesiens und lähmen die dringend nötigen Reformen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Es besteht der Verdacht, dass Saudi-Arabien die Salafisten in Tunesien wie diejenigen in Ägypten finanziert. *Bodo Bost*



Ernüchterung: Vor allem die Frauen machen sich Sorgen um ihre Rechte Bild: ddp images / Sipa

Zwist um Belohnung

Libyen: Stämme fordern Anteil vom »Kuchen«

Seit der Verhaftung von Saif al-Islam al-Gaddafi im November war es in den Medien eher ruhig geworden um Libyen. Nur die Nachricht, dass sich die Gaddafi-Familie von einem israelischen Anwalt vertreten lässt, um ihre Forderungen gegenüber dem Übergangsrat NTC und der internationalen Gemeinschaft durchzusetzen, erstaunte vor einigen Wochen nicht wenige. Dass die Übergangsregierung es nicht schafft, das Land zu befrieden, drang kaum nach Europa. Das liegt auch daran, dass die verschiedenen Milizen ihr nicht unterstehen. Sie haben eigene Kommandeure aus dem entsprechenden Stamm in der jeweiligen Region, dem sie gehorchen. Davon, dass sie einer zentralen Regierung gehorchen, kann keine Rede sein. Der Nationale Übergangsrat erklärt zwar immer wieder, dass die Waffen niedergelegt werden müssten, aber er übt keinerlei Druck dazu aus. Viele Rebellen lehnen es ab, in die nationale Armee integriert zu werden, solange es dort noch Soldaten des alten Regimes gibt.

Die Bevölkerung ist unzufrieden wegen mangelnder Sicherheit, aber auch wegen der hohen Arbeitslosigkeit. In Bengasi hat der Unmut am 21. Januar dazu geführt, dass das Hauptquartier des Nationalen Übergangsrates gestürmt wurde und der Vizepräsident Abdel Hafiz Ghoga zurücktreten musste. Dem Rat wird vorgeworfen, sich nicht genügend von der alten Garde zu distanzieren.

Unter dem Gaddafi-Regime wurden die Stämme und Regionen gemäß ihrer Loyalität zum Regime entlohnt, jetzt wollten die Regionen und Stämme für ihren jeweiligen Beitrag an der Revolution honoriert werden.

Salafisten gewinnen an Zuspruch

Anders als Ägypten, wo es unter Mubarak bereits starke zivilgesellschaftliche Kräfte gab, hat Libyen, das unter Gaddafi keinerlei Zivilgesellschaft zugelassen hatte, institutionell kaum eine Grundlage, auf der ein politisches System aufgebaut werden könnte. Salafisten und andere islamistische Gruppen haben wie in Ägypten in den letzten Monaten auch in Libyen großen Zulauf. Die ursprünglichen Forderungen der Rebellengruppen nach Demokratie, Menschen- und Frauenrechten sowie Meinungsfreiheit sind keineswegs mehr Konsens. Die Entwicklung bleibt so instabil, dass sie völlig kippen kann. *Bodo Bost*

Erkaltete Leidenschaft

Begeisterung in Osteuropa über den eigenen EU-Beitritt flaut ab – Milliarden einkassiert

Am 1. Januar 2007 traten Rumänien und Bulgarien der EU bei, und das halbe Jahrzehnt seither war für beide eine finanzielle Erfolgsstory: Fast 20 Milliarden Euro bekam Rumänien, 6,7 Milliarden Bulgarien, weitere Milliarden für die Landwirtschaft beider, eine neue Donaubrücke, Erweiterung der U-Bahn in Sofia, Hunderte Kilometer Fernstraßen. Das beeindruckt, wirkt aber nicht: Rumänien hatte 2011 mit acht Prozent die höchste Inflation der EU. Laut EU-Kommission sind im EU-Durchschnitt 17 Prozent der Bürger arm, aber 55,5 Prozent der Bulgaren und 49 der Rumänen. Umfragen ergaben Ende 2011, dass „Bulgaren sich von allen EU-Bürgern am unglücklichsten fühlen", was sie der EU nicht anlasten: Seit Jahren bekunden Bulgaren eine positive Einstellung zur EU, Rumänen auch. Hier wirken alte Beziehungen nach, wie sie Rumänien seit 1974 zu Brüssel unterhielt, als es wegen seiner Kritik an Moskau im Westen hochangesehen war.

Die wirkliche Annäherung an die EU erfolgte erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – Mitte der 1990er Jahre für Ost-, nach 2000 für Südosteuropa – und hatte am 1. Mai 2004 einen festlichen Höhepunkt, als zehn neue Mitglieder der EU beitraten, darunter Polen, Tschechien, die Slowakei, die Baltenstaaten, Ungarn und Slowenien. 2007 folgten Rumänien und Bulgarien.

Alle EU-Neulinge erlebten zuerst, was der Westen „Oil-Baron-Syndrom" nannte: Nach Jahrzehnten kommunistischer Mangelwirtschaft verdoppelte und verdreifachte sich der Import, marode Straßen und Bauernhöfe gesundeten dank Brüsseler Milliarden, neue Technologien verhalfen zu industriellem Aufschwung, fallende Grenzen sicherten Studien- und Arbeitsplätze im Ausland. Polen, das in den ersten fünf Jahren EU-Zugehörigkeit 29,5 Milliarden von der EU bekam (und nur 13,4 Milliarden zahlte), war besonders akribisch mit Abwägung von „Plusy i minusy" des Beitritts, kam zu positiven Urteilen und lachte über frühere Ängste wie „Wir müssen EU-Befehlen gehorchen", „Ausländer kaufen unser Land auf", „Wir verlieren unsere Souveränität und unsere Traditionen". Heute fürchtet man nur ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten".

Viel Geld hat nicht immer viel gebracht

Gegner hat die EU im Osten nie gehabt, aber mit jedem Jahr büßt sie „Fans" ein. Beitrittsreferenden brachten stets hohe Zustimmung bei miserabler Beteiligung: Polen 2003 59 Prozent, Tschechien 2003 55, Kroatien 2012 44. Der Budapester Politologe Attila Agh erkennt „Ernüchterung über die EU" und „Enttäuschung über das eigene Land". Die EU verdient jedes Vertrauen, aber das Land scheint nicht EU-tauglich zu sein. Oder hat die EU versagt? Laut Umfragen von 2011 gilt sie bei den meisten Bürgern als ineffizient und bürokratisch.

Der Berliner Politologe Dusan Reljic bedauert, dass in diese EU nur noch kommt, wer dort „gute Freunde" hat, etwa Kroatien ungeachtet seiner Auslandsschulden von 47,5 Milliarden Euro, Defiziten in Justiz und bei den Menschenrechten. Und wer drin ist, hat wenig zu befürchten, wie Brüssels hilfloses Taktieren mit Ungarn und Griechenland zeigt, auch wenn der slowakische Finanzminister Ivan Miklos den Hinauswurf von „Problem-Ländern" fordert.

Das tut Brüssel nicht, aber Ärger mit Mitgliedern erhöht offenkundig die Barrieren für Beitrittskandidaten wie Serbien, das erst das „unabhängige" Kosovo anerkennen soll. Das haben nicht einmal alle EU-Staaten getan, Serbien wird es auch nicht tun, aber die erpresserische EU mit Nichtachtung strafen: Im Dezember 2010 waren 57 Prozent der Serben für den EU-Beitritt, im Januar 2012 nur noch 51.

Im Frühjahr 2001 bekam Makedonien das erste EU-Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen auf dem West-Balkan und wartet seither vergeblich auf den Beginn der Beitrittsverhandlungen. Das verhindert Griechenland, auch den längst fälligen Nato-Beitritt, weil es Makedonien seinen Staatsnamen streitig macht und deshalb vor wenigen Wochen einen Prozess vor dem Internationalen Gerichtshof verlor. Trotzdem: 90 Prozent aller Makedonen waren 2005 für den EU-Beitritt, 80 Prozent waren es im Juli 2010, aber 82 Prozent sind mittlerweile gegen die EU, sollte diese an ihrer Erpressung „Beitritt oder Staatsname" festhalten.

Auch andere zeigen die Würde, die der EU langsam abgeht. Im Oktober 2005 versicherte José Barroso der Ukraine, ihre Zukunft läge in der EU, im selben Jahr ordnete ein EU-Dekret an, dass erst die Balkanländer „dran" seien, danach die Ukraine, Weißrussland und Georgien. Im Dezember 2008 besagten Umfragen, dass nur 45 Prozent der Ukrainer für den EU-Beitritt seien. Heute kommen selbst EU-Länder wie Polen ins Grübeln: Wer sind unsere Partner, wenn Frankreich und Deutschland Europa dirigieren? *Wolf Oschlies*

Tribut an Sozialisten und Co.

Finanztransaktionssteuer: Ratlosigkeit in der Euro-Krise treibt Regierende in die Arme linker Ideologen

Frankreichs Staatspräsident prescht in Sachen Finanztransaktionssteuer vor. Er tut das vor allem, weil er seine Abwahl fürchtet. Doch auch Deutschland könnte ihm bald auf dem Irrweg folgen.

Es muss angenehm sein, wenn man bar jeglicher Verantwortung die Regierenden vor sich her treiben und den Eindruck erwecken kann, dass die eigenen Vorschläge zur Lösung der Euro-Krise die richtigen sind, man sie aber leider nicht umsetzen könne, weil man ja nicht an der Regierung ist. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat sich nun auf Druck seines in Umfragen besser dastehenden, sozialistischen Gegenkandidaten François Hollande auf einen Alleingang bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer eingelassen. Im Mai wird in Frankreich gewählt und der linke Hollande hat die Banken als seinen größten Feind bezeichnet. Offenbar scheint man im Wahlteam Sarkozys der Meinung zu sein, dass Hollande diese Positionierung Stimmen gebracht habe, und man will nun auch mit der Finanztransaktionssteuer ins selbe Horn blasen.

Noch hat sich die Regierung in Berlin zwar nicht erweichen lassen, doch der Druck von der linken Opposition und nun auch vom Partner aus Paris wird immer größer. Grundsätzlich hat sich die Union schon für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen und sich damit nicht nur der politischen Opposition, sondern auch Globalisierungskritikern wie attac angenähert. Selbst in der FDP lobt man Sarkozys Pläne, da er ja nicht die aus liberaler Sicht verabscheuungswürdige Finanztransaktionssteuer einführen wolle, sondern nur eine für eine überschaubare Zahl von Geschäften geltende sogenannte „Stempelsteuer“ nach britischem Vorbild, so dass man auch London von einer Zusammenarbeit überzeugen könne.

Der 2002 verstorbene Erfinder der Finanztransaktionssteuer, James Tobin, dürfte sich angesichts dessen, was aus seiner Idee geworden ist, im Grabe umdrehen. Eigentlich hatte er durch die weltweite Einführung einer sehr geringen Steuer auf Devisengeschäfte in den 70er Jahren internationale Währungsschwankungen eindämmen wollen, doch Kapitalismuskritiker wollten plötzlich auf so viele Finanztransaktionen wie möglich Steuern erheben, um so die Gewinne der „bösen“ Banken zu reduzieren. Dieses Geld sollte dann in die Entwicklungshilfe fließen, um die Armut in der Welt zu lindern; in den letzten Jahren kam die Idee

> Ein Alleingang kann verheerend sein, wie Schweden weiß

auf, die Einnahmen auch für den „Kampf gegen den Klimawandel“ zu verwenden.

Blickt man auf die Extreme, die Spekulanten, aber auch der moderne Hochfrequenzhandel durch die Ausnutzung geringer Preisunterschiede im weltweiten Handel mit Finanzprodukten immer wieder erzeugen, so mag es sinnvoll erscheinen, durch eine geringe Steuer von 0,01 Prozent, wie Tonbin vorschlug, auf diese Weise die Realwirtschaft zu schützen. Da Tobin überzeugter Kapitalist war, war es sein Ziel, diese für die Realwirtschaft schädlichen Extreme einzudämmen. Doch dass dies nicht ein Land alleine machen kann, davon kann Schweden ein Klagelied singen. Noch heute hat sich die Börse Stockholm nicht von den Folgen der von 1982 bis 1991 von einer sozialdemokratischen Regierung eingeführten Finanztransaktionssteuer erholt. Die Steuer führte dazu, dass die besteuerten Geschäfte eben an anderen Börsen getätigt wurden. Statt Mehreinnahmen durch die Steuer zu generieren, wanderten Händler und Käufer ab. Arbeitsplätze gingen verloren und deswegen blickt man vor allem in Frankfurt am Main äußerst skeptisch auf die Finanztransaktionssteuer. Zudem ist davon auszugehen, dass die Banken ihre Mehrkosten durch die Steuer auf ihre Anleger, also die Sparer, abwälzen würden und auch müssen, denn die Kreditinstitute ächzen unter den Folgen der Krisen der letzten Jahre.

„Es ist völlig klar, dass Steuerpflichtige Vermeidungsstrategien entwickeln, wenn neue Steuern eingeführt werden. Geld ist scheu wie ein Reh, lautet ein alter Spruch“, warnt der neue Präsident des Bundesfinanzhofs in München, Rudolf Mellinghoff, im „Focus“. Er meint, dass eine Finanztransaktionssteuer alle Anlageprodukte treffen würde, die an der Börse gehandelt werden und sich somit auch auf die Geldanlagen jedes Sparers auswirken würde. Doch am Ende müsse die Politik entscheiden, so der 57-Jährige.

Doch die Politik wird immer mehr zur Getriebenen ihrer eigenen Ratlosigkeit. Das betrifft Regierende genauso wie ihre Opposition. Wundermittel gegen die Krise dürfte keiner finden, doch der Wunsch nach für die Wähler sichtbaren Taten dürfte sich mit jeder anstehenden Wahl verschärfen. Dass dem so ist, zeigt das Beispiel Frankreichs, das, sollten Berlin und andere EU-Länder nicht zugleich die Transaktionssteuer einführen, das Schicksal Schwedens teilen dürfte. Aber selbst wenn EU-weit eine Steuer, egal wie sie denn im Detail ausgestaltet ist und wie sie heißt, eingeführt würde, so droht auch hier ein „Schweden“, denn die EU ist im globalisierten Finanzmarkt nur noch ein kleines, wegen der Euro-Krise bereits schwächer werdendes Licht. *Rebecca Bellano*



Zur Freude von attac und Co.: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer rückt immer näher. Paris spielt den Vorreiter und führt sie im August ein. Bild: P. Zinken/dapd

KURZ NOTIERT

Nur Bundesbank verkauft Gold: Während fast alle anderen Zentralbanken Europas ihren Goldbestand 2011 aufstockten und etwa 400 Tonnen zu ihren Beständen hinzuerwarben, verkaufte die deutsche Bundesbank laut World Gold Council, einem Zusammenschluss der großen Goldproduzenten, fünf Tonnen. Anlass hierfür sei ein Gedenkmünzen-Programm gewesen, das man mit diesem Gold ermöglicht habe. *Bel*

EZB macht Datenschützer ratlos: Die EZB will, dass Banken, die mit Krediten besicherte Wertpapiere bei der EZB als Pfand hinterlegen, künftig die dahinter stehenden Kredite angeben. Datenschützer wissen nicht, was sie von der Offenlegung unter Datenschutzaspekten halten sollen. *Bel*

Niedrige Zinsen reduzieren Zahl der guten Taten: Der Bundesverband Deutscher Stiftungen kann sich zwar über ein historisches Hoch bezüglich der reinen Anzahl von Stiftungen freuen, denn Ende des Jahres gab es ihrer 18 946, doch die Freude über das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement ist durch ein historisches Tief bei den Zinsen getrübt: „Wohin mit dem wieder anzulegenden Geld“, fragt der Generalsekretär des Verbandes. „Diese Frage ist für Stiftungen zunehmend schwieriger zu beantworten. Mit ihren bislang bewährten auf Sicherheit ausgerichteten Anlagestrategien schaffen viele Stiftungen es nicht mehr, die Ziele Sicherheit, Vermögenserhalt und ausreichende Erträge für den gemeinnützigen Zweck unter einen Hut zu bringen. Wir empfehlen diesen Stiftungen auch stärker in nachhaltige Wirtschaft zu investieren.“ *Bel*

Indien will französische Kampfflugzeuge: Bei der indischen Ausschreibung über 126 neue Kampfflugzeuge ist nach Angaben französischer Regierungskreise eine Vorentscheidung für das Unternehmen Dassault Aviation SA mit seinem Modell „Rafale2 gefallen. Sollten die weiteren Verhandlungen mit Indien zu einem Vertragsabschluss führen, wäre das der erste Verkaufserfolg der „Rafale“ außerhalb Frankreichs. *N.H.*

Abrissbirne soll es richten

Marktankurbelung auf Spanisch: Zahl der Immobilien wird reduziert

Entlang der 8000 Kilometer langen spanischen Küste droht zehntausenden Gebäuden ein Abriss. Nach Ansicht der Behörden handelt es sich um illegale Bebauungen, da häufig gegen ein bereits 1988 erlassenes Gesetz zum Küstenschutz oder ein 1994 ergangenes Urteil verstoßen wird. Erstaunlich ist nicht nur die teilweise jahrzehntelange Duldung der Bauten, sondern auch, dass die Behörden erst seit dem Beginn der spanischen Immobilienkrise im Jahr 2008 die entsprechenden Gesetze und Urteile aus den Schubladen holen.

Im Gegensatz zu den betroffenen Hausbesitzern dürften Spaniens Bauindustrie und der Bankensektor am neuen Diensteifer der Behörden Gefallen finden: Jedes abgerissene Objekt entlastet den übersättigten Immobilienmarkt: Rund 700 000 Neubauten standen nach Regierungsangaben bereits zu Ende des Jahres 2010 leer. Mit staatlicher Unterstützung gingen spanische Banken im vergangenen Jahr auf Verkaufstour, um in Großbritannien, den Niederlanden, Deutschland und Schweden Käufer für Immobilien zu finden. Das Resultat war genauso ernüchternd wie die Verkaufszahlen im Inland. Im dritten Quartal 2011 brach die Zahl der Hausverkäufe um 34 Prozent zum Vorjahr ein.

Weiteres Ungemach braut sich zusammen. Rund eine halbe Million Familien werden aus finanziellen Gründen ihr Eigenheim bis 2015 verlieren, so die Schätzung der spanischen Vereinigung von Pfändungs-Geschädigten (Afes).

> Küstenschutzgesetz von 1988 aus der Schublade geholt

Zwischen 2008 und 2011 haben nach Afes-Angaben bereits 150 000 Familien ihre Wohnung räumen müssen. Ursache für diese Entwicklung ist die Wirtschaftskrise. Im Januar stieg die Arbeitslosenzahl auf 4,6 Millionen, mit einer Zunahme um 400 000 im Laufe des Jahres wird gerechnet. Für Spaniens Banken wird die Situation durch nicht mehr bediente Kredite und nicht verkaufte Häuser in den Bilanzen immer bedrohlicher: Befürchtet wird eine Abschreibung von Immobilienkrediten im Wert von 176 Milliarden Euro. Über den Haushalt und den Einlagensicherungsfonds hat der spanische Staat den Banken bereits 22,3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Weitere Belastungen will der neue Wirtschaftsminister Luis de Guindos vermeiden. Sein Konzept: Für weitere Verluste sollen die Banken aus eigenen Gewinnen 50 Milliarden Euro Reserven bilden. Ob dies gelingt, ist zweifelhaft. Selbst Spaniens Branchenprimus, die Banco Santander, musste 2011 einen Gewinnrückgang von 35 Prozent zum Vorjahr melden. Der Gewinneinbruch des Vorzeigeinstituts lässt für den übrigen, eher national oder regional ausgerichteten Bankensektor das Schlimmste befürchten. Sollten die Banken selbst nicht genügend Gewinne zum Ausgleich von Verlusten erzielen, könnten nach Ansicht von Experten weitere staatliche Hilfen oder sogar ein internationaler Rettungsfonds notwendig werden.

José García Montalvo, Professor an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona, machte deutlich, was er von den Stabilisierungs-Bemühungen für den Bankensektor hält: „Spaniens Strategie war bisher eher abwartend, das Geld wurde nur in kleinen Dosen zugeschossen. Jetzt hilft abwarten nicht mehr, sondern nur noch beten.“ *N.H.*

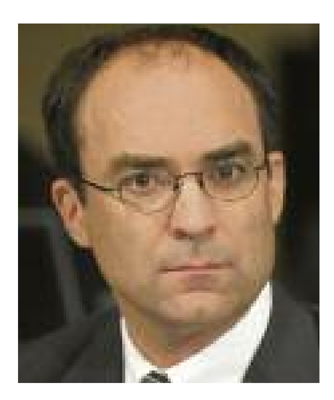
Tragisches Misstrauen

Merckle-Sohn rettete das Erbe seiner sudetendeutschen Großeltern

Vor gut drei Jahren wählte der Unternehmer Adolf Merckle den Freitod. Der kurz zuvor noch als fünftreichster Deutscher Gefeierte wähnte sein Firmenimperium, dessen Grundstein sein Vater 1881 im böhmischen Aussig gelegt hatte, vor der Zerschlagung und warf sich vor einen Zug. Der 1934 geborene Sohn hatte das nach Flucht und Vertreibung im schwäbischen Blaubeuren vom Vater wieder aufgebaute Unternehmen zu einer faszinierenden Größe mit rund 100 000 Mitarbeitern weltweit geführt, sich aber dermaßen mit VW-Aktien verspekuliert, dass es 2008 vor dem Ruin stand. Nach zahlreichen zermürbenden Verhandlungen mit rund 60 Gläubigerbanken sah der Milliardär keinen anderen Ausweg als den Tod – und unterlag damit der allergrößten Fehleinschätzung seines Lebens.

Wie sich inzwischen gezeigt hat, befand sich die Lösung seiner Probleme in seiner eigenen Familie. Doch der Patriarch vom alten Schlag vertraute seinen engen Mitarbeitern offenbar mehr als seinen eigenen vier Kindern. Mit einem seiner drei Söhne überwarf er sich sogar dermaßen, dass dieser auch nach dessen Tod nicht bereit war, gut über ihn zu reden. Sein Vater habe den Überblick verloren, klagte der 2008 aus der Führung des vom Vater gegründeten Pharmakonzerns Ratiopharm Geworfene.

Auch Sohn Ludwig hatte oft genug den Zorn des Vaters auf sich



Ludwig Merckle

gezogen, weil er dessen Ansprüchen nicht gerecht werden konnte. Daher überraschte es alle, dass er vom Vater als Alleinerbe eingesetzt worden war. Vielleicht hatte Adolf Merckle seinen Instinkt nicht ganz verloren – doch hätte er wirklich an die Fähigkeiten seines Sohnes geglaubt, hätte er sich nicht das Leben nehmen müssen.

Und diesem gelang inzwischen das, was keiner für möglich gehalten hatte: Die Familien-Holding steht glänzend da. „Mit Phoenix aus der Asche“ – Merckles Medikamentengroßhandelsunternehmen heißt Phoenix – und ähnlich beschreiben inzwischen mehrere Medien seine Meisterleistung, die nur dank der Konjunkturverbesserung der letzten Jahre möglich war. Auch der Umstand, dass er Ratiopharm besser als erwartet verkaufen konnte und so das nötige „Kleingeld“ für die Sanierung der anderen Familienunternehmen erhielt, erleichterte ihm seine Arbeit.

Und so konnte sich Ludwig Merckle an den sprudelnden Einnahmen des Jahres 2011 erfreuen. Phoenix machte bei 16 Milliarden Euro Umsatz in den ersten drei Quartalen über 1,5 Milliarden Euro Gewinn, der Elektromotoren-Hersteller VEM erhöhte seinen Umsatz auf gut 300 Millionen Euro, der Fahrzeughersteller Kässbohrer setzte über 200 Millionen Euro um und so weiter, so dass Ludwig Merckle Anteile des in der Krise zum Teil verkauften Unternehmens HeidelbergCement zurückkaufen kann. Und so rettete der 1965 geborene Merckle-Sohn nicht nur ein altes sudetendeutsches Familienunternehmen, sondern auch Tausende von Arbeitsplätzen. *Bel*

Ein Fass geöffnet

Von Manuel Ruoff

Mit dem Vorschlag, durch den deutschen Stromkunden nicht nur deutsche, sondern auch griechische Ökostromanbieter subventionieren zu lassen, (siehe Schuldenuhr, Seite 2), hat die EU-Kommission ein interessantes Fass aufgemacht. Wenn der griechische Staat nicht in der Lage ist, auch nur halbwegs effizient seinen Aufgaben gegenüber dem Bürger nachzukommen, warum sollte sie dann nicht die Bundesrepublik übernehmen? Hier böten sich erst einmal – wie bei der Förderung griechischer Ökostromanbieter – staatliche Leistungen an, die das Bundesbudget schonen. So könnten doch für die griechische Renten die deutschen Rentenversicherten und für das griechische Gesundheitssystem die deutschen Krankenversicherten aufkommen. Später könnte man auch noch die Kosten für den aufgeblähten griechischen Staatsapparat und den überzogenen Militäretat den entsprechenden Bundesministerien zuordnen. Und damit das alles politisch besser durchsetzbar ist, könnte man die Griechen dann schließlich auch noch in den Genuss des Wahlrechts zum Bundestag kommen lassen. Alles getreu dem Motto: alle Rechte der Deutschen, natürlich nicht deren Pflichten.

Krähe gegen Krähe

Von Rebecca Bellano

Eigentlich heißt es ja, eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Derartiges hat man auch bei den Kämpferinnen um Frauenrechte und Gleichberechtigung erwartet, doch weit gefehlt. Was da gerade in Nordrhein-Westfalen geschieht, ist Zickenkrieg pur.

Da kürzen beziehungsweise streichen rot-grüne Frauen der Ober-Feministin Alice Schwarzer ohne vorheriges Gespräch und zum Teil sogar nachträglich die staatlichen Zuwendungen für ihr Archiv, die ihr ein christdemokratischer männlicher Regierungschef einst zugesagt hatte. Dies passiere angeblich auch, weil das massiv überschuldete Land seinen Haushalt konsolidieren müsse, hieß es erst, doch Alice Schwarzer behauptet, dass das Budget, aus dem ihr Feministinnenarchiv gefördert wurde, sogar aufgestockt worden sei.

Es scheint den rot-grünen Ministerinnen in NRW wohl offenbar gezielt um Alice Schwarzer zu gehen, denn auch wenn die Argumente gegen eine staatliche Förderung plausibel sind, so ist die Art und Weise der Kürzung ziemlich rabiat. Daher vermutet nicht nur Schwarzer selbst, dass sich da jemand an ihr rächen will, wohl auch weil sie die CDU-Politikerin Angela Merkel im Wahlkampf unterstützt hat.

Eine interessante These vertritt Jan Fleischhauer bei „Spiegel online“: Der moderne Feminismus sei nur noch auf reine Vorteilsgewinnung aus und habe Emanzipation auf das Thema Frauenquote verkürzt. Alice Schwarzer hingegen sei nicht nur für gleiche Rechte, sondern auch für gleiche Pflichten und kritisiere offensiv die Rolle der Frau im Islam. Doch Kritik am Islam passt gerade den Grünen nicht ins Konzept.

Gelenkte Empörung

Von Hans Heckel

Die Nachrichtenlage aus Syrien ist ebenso laut wie dünn. Laut ist die Empörung von Medien und Politik über die einseitige Brutalität des Assad-Regimes. Dünn sind hingegen die journalistischen Belege für die geharnischten Anklagen gegen den Machthaber.

Es hagelt schreckliche Berichte und verwackelte Amateur-Aufnahmen über die Untaten des Diktators. Als Zeugen treten indes ausschließlich Assad-Gegner auf. Mag sein, dass diese sich durchweg objektiv äußern über die Handlungen ihres Todfeindes. Und dass sie durchaus kritisch über ihre eigene Rolle und ihre wahren Ziele reden. Das wäre allerdings das erste Mal in der Geschichte, dass sich eine kriegführende Partei in Objektivität übt. Eher ist davon auszugehen, dass die Assad-Gegner ihre Darstellung der Ereignisse an eigenen Interessen ausrichten. Doch unter der Wucht der (unüberprüften) Bilder, Geschichten und Opferzahlen werden alle Zweifel erstickt.

> Despoten verurteilen Despoten: Das macht misstrauisch

Dabei wird kaum jemand bezweifeln, dass es sich bei Baschar al-Assad um einen Despoten handelt, der nach europäischen Maßstäben untragbar wäre. Andernorts aber scheinen solche Despotien den Westen und insbesondere die USA kaum zu stören.

Auch dann nicht, wenn sie die Opposition brutal unterdrücken. Im Emirat Bahrain konnte das Regime mithilfe saudi-arabischer Panzer und Rückendeckung der USA die eigene „Arabellion“ 2011 bestialisch niederwalzen. Die Empörung der „internationalen Staatengemeinschaft“ blieb aus, kein Embargo, auch die UN blieben untätig. Und Saudi-Arabien selbst ist eine durch und durch islamistische Despotie, in der jede oppositionelle Regung im Keim erstickt wird. Zudem ist der Wüsten-Gigant der Finanzierer der globalen Radikalisierung des Islam schlechthin. Protest? Fehlanzeige.

Diese Doppelbödigkeit macht misstrauisch. So entsteht der Eindruck, dass die Empörung der Öffentlichkeit nur entfacht wird, wenn es politisch passt. Und dass diese Empörung dann wie ein Esel vor den Karren strategischer Interessen gespannt wird.

Völlig aus dem Blick gerät unterdessen, welches Ziel die syrische Opposition eigentlich verfolgt. Sie weiß, was westliche Ohren hören wollen: Demokratie! Freiheit! Menschenrechte! Der Blick nach Ägypten lässt jedoch befürchten, dass dies Täuschung sein könnte, um die Unterstützung des Westens zu bekommen für ein Projekt, dass nun so gar nicht „westlich“ ist: den islamistischen Gottesstaat mit der Mission, den „Unglauben“ weltweit zu bekämpfen.

Europa tröstet sich darüber hinweg, indem es die Muslimbrüder neuerdings nicht mehr „islamistisch“, sondern „gemäßigt“ nennt. Auf diese Weise betreibt es seine eigene Täuschung aktiv mit. *Hans Heckel*



„Sie sind gegen unsere Träume und gegen unsere Rechte“: Mit diesen Worten kritisierte die jemenitische Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Karman Russland und China für ihre Blockade der Syrien-Resolution im UN-Sicherheitsrat. Karman ist Mitglied der jemenitischen Ableger-Partei der Muslimbruderschaft.

Bild: pa

US-Vorwahlkampf: Typisch USA

Von HINRICH E. BUES

Den US-Amerikanern wirft man gerne vor, sie würden die Kultur und Eigenarten anderer Völker oft genug nicht verstehen. Das ist wohl wahr. Aber umgekehrt wird ebenfalls ein Schuh daraus. Europäer verstehen oft genug nicht, wie US-Bürger „ticken“. Wer die Berichterstattung über den US-Vorwahlkampf in deutschen Medien verfolgt, dem muss sich dieser Eindruck aufzwängen. Fast immer abwertend, abschätzig und skandalisierend ist diese Berichterstattung. Dabei sieht die Wirklichkeit in den USA völlig anders aus.

„Millionäre, Cowboys, Radikale“ will der „Spiegel“ im Vorwahlkampf beobachtet haben. Das Magazin „Focus“ titelt mit „ein Stänkerer, ein Spinner und ein Spaltpilz“. Soweit die beiden Medien, die sich selbst als „Nachrichten-Magazine“ bezeichnen. Gemeint sind einige der verbliebenen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner: Newt Gingrich, Rick Santorum, Ron Paul und Mitt Romney.

Einen „erbitterten Schlagabtausch“ will das „Hamburger Abendblatt“ bei der Vorwahl in Florida beobachtet haben. Wer sich die Mühe machte, im Internet das Video der Veranstaltung anzuschauen, sah Kandidaten, die hart und höflich, aber gar nicht „erbittert“ stritten. Das Ziel dieser vermeintlichen Berichterstattung ist unschwer zu erkennen. Der nach wie vor von linksliberalen Medien als Säulenheiliger verehrte Präsident Barack Obama soll in einem guten Licht erscheinen. Nach mehr als drei Jahren Regierungszeit hat der Friedensnobelpreisträger der Welt allerdings nicht den Frieden gebracht und das Gefangenenlager Guantánamo nicht wie versprochen aufgelöst. Die Arbeitslosigkeit in den USA ist hoch und die Staatsverschuldung gigantisch. Der Vorsitzende des Republikanischen Nationalen Komitees, Reince Priebus, verglich daher den Präsidenten mit dem Kapitän des havarierten Costa-Kreuzfahrtschiffes Francesco Schettino, der sein Schiff so frühzeitig verließ. Das fanden die Anhänger Obamas naturgemäß eine „schändliche“ Argumentation.

Wie steht es aber um die politischen Ziele der Männer, denen von deutschen Medien Eigenschaften wie ultrakonservativ, ultrareligiös, radikal, libertär, spinnert oder bigott zugeschrieben werden? Dazu muss man zunächst ein wenig den US-Vorwahlkampf versuchen zu verstehen. Anders als hierzulande, wo ein Kanzler oder Präsident weitgehend durch ein innerparteiliches Geschacher gekürt werden, gibt es in den USA einen echten Wettkampf um die Kandidatur. Diese Kandidatenkür für das mächtigste Amt der Welt ist nicht nur eine demokratische Errungenschaft, sondern auch typisch für Amerika, wo der Tüchtigste es vom Tellerwäscher zum Millionär schaffen soll. In den Vorwahlkämpfen müssen die Kandidaten einen unglaublichen harten Marathon von 51 Wahlkämpfen hinlegen. Sie werden dabei auf Herz und Nieren geprüft. Ihre Steuererklärungen und Gesundheitsdaten werden offengelegt – eine in Deutschland undenkbare Transparenz. Immerhin verhindert diese Offenheit, dass Männer in ein Amt gelangen, dem sie von Charakter und Persönlichkeit her nicht gewachsen sind.

> Kein parteiinternes Geschacher, sondern offener Wettkampf

Die US-Demokratie, die immerhin auf eine über 200-jährige Erfolgsgeschichte zurückblickt, hat mit dem Auswahlverfahren ihrer Kandidaten keine schlechten Erfahrungen gemacht. In der Regel überstanden nur solche Kandidaten den harten Wahlkampf, die leitungsbegab und charismatisch genug für das höchste Amt des Staates waren. Dass die Konkurrenten sich weder gegenseitig mit Samthandschuhen anfassen noch dieses von der Presse erwarten, darf als selbstverständlich gelten.

Ein in Deutschland gerne geglaubtes Märchen ist es übrigens, dass nur Millionäre Präsident werden können. Weder Bill Clinton noch Ronald Reagan oder Barack Obama waren vielfache Millionäre, als sie für das Präsidentschaftsamt kandidierten. Sie waren zwar wohlhabend, aber ihr Wahlkampf wurde weitgehend durch eine hohe Zahl relativ kleiner Spenden finanziert. So ist es auch heute. Das Wohl und Wehe der Kandidaten hängt von ihrer Fähigkeit ab, diese Spenden zu organisieren. Michele Bachmann, die Ikone der Tea-Party-Bewegung, gab ihre Bewerbung schon nach der ersten Vorwahl in Iowa auf, weil ihr das Geld ausgegangen war. Irreführend ist daher auch die Behauptung, dass Präsident Obama wesentlich mehr Spendengelder gesammelt hätte als seine republikanischen und libertären Herausforderer, die sich naturgemäß die Gesamtsumme der Spenden von Anhängern ihrer Partei untereinander aufteilen müssen.

In diesem Jahr, wo die Kandidatur des amtierenden Präsidenten Obama für die Demokratische Partei bereits feststeht, stehen nur noch Kandidaten der Republikaner zur Vorwahl. Der Kandidat, der nach den Vorwahlen in den 51 Bundesstaaten der USA auf dem Parteitag der Republikaner 1144 Stimmen auf sich vereinigen kann, wird den amtierenden Präsidenten herausfordern. Von dieser Zahl sind die vier Kandidaten noch weit entfernt. Keiner von ihnen hat bisher 100 Stimmen auf sich vereinigen können. Von einem „Durchmarsch“ des liberalen Mitt Romney kann nach zwei Siegen bei den Vorwahlen ebenso wenig die Rede sein wie von einem Rückzug der anderen Kandidaten. Romney weht derzeit ein harter Wind entgegen, weil er sich als Millionär gefühllos gegenüber Armen und sozialen Randgruppen zeigte. Auch dass er als „Heuschrecke“ Millionen verdiente und sein Einkommen nur mit 15 Prozent versteuern musste, kam nicht gut an. Demgegenüber werden seinem vom Parteiestablishment ungeliebten Newt Gingrich nach wie vor Chancen eingeräumt. Er vertritt deutlich konservativere Positionen als Romney. Dass er als Katholik auch evangelikale Wähler gewinnen kann, zeigte er bei seinem Sieg in South Carolina. Als ehemaliger republikanischer Sprecher des Repräsentantenhauses und Gegenspieler des damaligen Präsidenten Bill Clinton verfügt Gingrich über enorme politische Erfahrung und Durchsetzungsfähigkeiten. Kritisiert wird an ihm, dass er wenig teamfähig sei.

Eine weitere interessante Person im US-Vorwahlkampf ist der etwas kauzig wirkende Ron Paul, der einst für die Libertäre Partei als Präsidentschaftskandidat antrat. Der renommierte Arzt und Gynäkologe, der bereits die Mitte des 80. Lebensjahrzehnts erreicht hat, tritt zum dritten Mal zur Kandidatenkür an, dieses Mal für die Republikaner.

> Religion spielt wichtige Rolle, doch deswegen ist keiner »ultrareligiös«

Und zuletzt ein Wort zur Rolle der Religion: Keiner der Kandidaten ist „ultrareligiös“. Abgesehen von Mitt Romney, der der Sekte der Mormonen angehört, sind die anderen drei Kandidaten praktizierende Mitglieder christlicher Kirchen. Rick Santorum und Newt Gingrich sind römisch-katholisch und Ron Paul ist evangelisch (Baptist). In den USA spielt die Religion, anders als hierzulande, eine große Rolle; rund 53 Prozent der US-Bevölkerung sind evangelisch und etwa 26 Prozent römisch-katholisch. Aber die Wähler entscheiden meist nicht nach der Konfession der Kandidaten, sondern nach deren Position beispielsweise in der Frage der Abtreibung, die von 40 Prozent der Wähler strikt abgelehnt wird. Im Wettbewerb der Kandidaten gewinnt nicht derjenige, der ein möglichst dickes Parteiprogramm verteilt, sondern derjenige, der plakativ die Wähler für sich zu gewinnen weiß, wie es Barack Obama vor vier Jahren glänzend verstand.

Dr. Hinrich E. Bues, Jahrgang 1954, Studium der evangelischen und katholischen Theologie, wurde mit einer kirchengeschichtlichen Dissertation promoviert und arbeitet heute als freier Publizist.

Meilensteine der Filmgeschichte

Ufa, Defa, Studio Babelsberg: Die deutsche Traumfabrik wird 100 Jahre alt

Das Auf und Ab der Babelsberger Studios in fünf politischen Systemen konnte dem Areal nichts anhaben. Das weltweit älteste Großatelier-Filmstudio zählt zu den führenden Standorten in Europa für die Herstellung von Film- und Fernsehproduktionen. Studio Babelsberg ist heute Komplettlösungsanbieter für nationale und internationale Filmproduktionen. Doch wie war das eigentlich, damals vor 100 Jahren?

In den kleinen Dachgeschoss-Ateliers Berliner Häuser wird um 1910 eifrig gedreht. Plüschige Dekorationen aus Samt und leicht brennbares Zelluloid vertragen sich jedoch nicht mit heißen

Alles begann in einer stillgelegten Papierblumenfabrik

Scheinwerfern. Die Berliner Feuerwehr legt den Filmleuten nahe, sich etwas anderes zu suchen. Guido Seeber, Kameramann und technischer Betriebsleiter bei der Deutschen Bioscop Filmgesellschaft, sucht nach einer neuen Produktionsstätte. Der Filmfirma sind ihre Räume inzwischen auch zu klein geworden. Seeber wird fündig im Süden Berlins. Eine stillgelegte Papierblumenfabrik in Neubabelsberg scheint optimal.

„Rings um das Gelände befand sich ein ziemlich weites, völlig freies Feld, sodass die Sonne von früh bis spät das Grundstück beschien“, erinnert er sich später. Ein Giebel der Fabrik, nach Süden gerichtet, verlangt nach einem Anbau aus Glas. In der Umgebung keine brandgefährdeten Wohnhäuser, eine gute Verbindung durch die Staatsbahn nach Berlin.

Im Winter 1911/12 wird das Glashaus gebaut, das alte Gebäude mit einem Kopierwerk für die Filmherstellung versehen – und am 12. Februar 1912 fällt die erste Klappe im „Kleinen Glashaus“ für den „Totentanz“ mit dem dänischen Star Asta Nielsen. Ihr Mann Urban Grad führt Regie. 1913 wird auf einem angekauften 6000 Quadratmeter großen Gelände ein zweiter, größerer Atelier-Komplex errichtet. Die Filmfirma wächst noch um ein 40 000 Quadratmeter großes Grundstück, ein weiteres Atelier, ein „großes Glashaus“ und ein zweistöckiges Kopierwerk, dessen Fassade für Außenaufnahmen in verschiedenen Baustilen errichtet wird. Die gesamte Filmherstellung, von Entwicklung über Schnitt bis hin zur Requisitenbereitstellung, erfolgt in den vorhandenen Produktionsanlagen.



Weltdokumentenerbe I: Dreharbeiten zu Fritz Langs Meisterwerk „Metropolis“, 1926 Bild: akg

1913 dreht Paul Wegener den Aufsehen erregenden Film „Der Student von Prag“. Wegeners Spiel ist hohe Kunst, die Technik der Doppelbelichtungen begeistert Laien- und Fachpublikum. „Der Golem“ bringt ihm 1915 einen Achtungserfolg. 1920 avanciert die Deutsche Bioscop durch Fusion mit der Deutschen Eclair-Film-GmbH (Decla) zur Decla-Bioskop, welche dann 1921 mit der Universum-Film AG (Ufa) einen Zusammenschluss bilden. Die Ufa wird zur marktbeherrschenden Filmfirma und entwickelt das Studio zum ideenreichsten im ganzen Reich. Regisseure wie Fritz Lang, Friedrich Wilhelm Murnau und Ernst Lubitsch werden Vorreiter der Filmgeschichte, deren filmische Glanzstücke Anleitung geben für Generationen von Filmschaffenden. Bei Murnaus Film „Der letzte Mann“ aus dem Jahr 1924 wird die feste Verbindung von Kamera und Stativ gelöst. Die „entfesselte Kamera“ ist geboren, eine Neuerung ersten Ranges und verwendet bis heute.

Finanzielle Krisen der Ufa in den 20er Jahren bremsen keineswegs die Expansion. Fritz Lang dreht 1925/26 seinen Monumentalfilm „Metropolis“, der zu den bedeutendsten Werken der Filmgeschichte zählt. Schauspieler wie Emil Jannings werden zu Idolen der Massen. Jannings erhält als erster Deutscher einen Oscar.

Die ersten Tonfilmversuche hatten die Geschäftsführer anfangs nicht überzeugt. Doch Erfolge aus den USA setzen die Leitung unter Druck, sodass in knapp fünf Monaten Bauzeit 1929 das erste Tonfilmstudio in Europa entsteht: das sogenannte Tonkreuz. Vier Ateliers, die kreuzartig um die Tonabteilung gruppiert sind, sodass die Techniker in allen gleichzeitig arbeiten konnten. Die Dreharbeiten zu „Melodie des Herzens“ mit Willy Fritsch werden gestoppt und es wird neu gedreht, diesmal mit Ton.

„Der blaue Engel“ unter der Regie von Josef von Sternberg wird 1930 für Marlene Dietrich zum Durchbruch. Noch in der Premierennacht reist sie nach Amerika.

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels weiß von der Wirkung des Mediums und nutzt es für die Zwecke der Nationalsozialisten. Jüdische Filmmitarbeiter werden vertrieben und ihres Eigentums beraubt. Die Villenkolonie Neubabelsberg, 1938 wie Babelsberg zu Potsdam eingemeindet, bietet den noch verbliebenen Filmstars ein passendes Ambiente. Heinz Rühmann, Hans Albers und Marika Rökk sind bekannt und beliebt. 1941 ein weiterer Meilenstein: Der erste Farbfilm feiert Premiere. Dem geächteten Schriftsteller Erich Kästner erlaubt man per Ausnahmegenehmigung, das Drehbuch zum Film für die 25-Jahr-Feier der Ufa zu schreiben. Unter dem Pseudonym „Berthold Bürger“ entsteht die Textvorlage zu „Münchhausen“ mit Hans Albers.

Gedreht wird bis zum Kriegsende. Erst als sowjetische Soldaten auf dem Gelände stehen, kommt der Betrieb zum Erliegen.

Der erste Nachkriegsfilm entsteht 1946 mit Hildegard Knef in den Babelsberger Althoff-Ateliers. Im Mai 1946 wird die Deutsche Film AG (Defa) gegründet, die im Gegenentwurf zur NS-Zeit viele antifaschistische Filme herstellt. Ab 1948 produziert die Defa 1500 Spiel- und Fernsehfilme, darunter Kinderfilme und Kultfilme wie „Die Legende von Paul und Paula“ und „Jakob der Lügner“, der 1977 sogar für den Oscar nominiert wird. Die politische Führung der DDR kontrolliert die Filmarbeit von Beginn bis zuletzt.

Blütezeit des deutschen Films in der NS-Zeit

Nach der Wende bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts erstreckt sich eine Hängepartie: Massenentlassungen, zerplatzte Hoffnungen. Ein französischer Konzern versenkt Unsummen im märkischen Sand. Der Geschäftsführer der neuen Firma, Regisseur Volker Schlöndorff, ist einer der glücklosesten. 2004 übernehmen die heutigen Vorstände Carl Woebcken und Christoph Fisser das Studio Babelsberg. Aktuell residieren die Studio Babelsberg AG mit Tochtergesellschaften, die Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“, der RBB, der Filmpark Babelsberg und andere kleinere Unternehmen auf dem weitläufigen Gelände, der Medienstadt Babelsberg.

Wenn am 12. Februar in einem Festakt in der Marlene-Dietrich-Halle „Der Totentanz“ wieder aufgeführt wird, kann jeder feststellen: „Babelsberg hat etwas Magisches“.

Silvia Friedrich

Klugheit, Witz und Gottvertrauen

»Als das Wünschen noch geholfen hat«: Das Kasseler Brüder-Grimm-Museum mit Sonderschau wiedereröffnet

Kassel bezeichnet sich stolz als Hauptstadt der Brüder Grimm. Denn dort verbrachten Jacob (1785–1863) und Wilhelm Grimm (1786–1859) als Märchensammler und Begründer der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft nach eigener Einschätzung „die arbeitsamste und vielleicht auch fruchtbarste Zeit“ ihres Lebens. Dessen Stationen sind von der Geburt in Hanau bis zu ihrer letzten Wirkungsstätte Berlin im Kasseler Brüder-Grimm-Museum dokumentiert. Nach zweijährigen Sanierungsarbeiten ist das in einem 1714 errichteten Palais residierende Museum wiedereröffnet worden.

Die ungeheure Popularität der Brüder Grimm bei Jung und Alt gründet auf „Hänsel und Gretel“, „Aschenputtel“, „Schneewittchen“ sowie ihren anderen Kinder- und Hausmärchen. Bernhard Lauer, der Leiter des Grimm-Museums, erklärt: „Neben der Luther-Bibel stellt die Grimmsche Märchensammlung das bekannteste und berühmteste deutsche Buch dar.“ Es wurde in 160 Sprachen übersetzt und hat weltweit eine Auflage von über einer Milliarde Exemplaren erreicht.

Der erste Band mit hundert Märchen erschien 1812, der zweite, ebenfalls 100 Märchen umfassende Band wurde 1815 veröffentlicht. Die beiden sogenannten „Handexemplare“ der „Kinder- und Hausmärchen“, von der Unesco zum Weltdokumentenerbe erklärt, liegen als „Allerheiligstes“ des Museums in einer Panzerglasvitrine. „Die Bände enthalten zahlreiche handschriftliche Eintragungen, Verbesserungen und Quellenangaben beider Brüder“, erläutert Lauer. „Auch kann man über die Handexemplare sehr schön die sprachliche und stilistische Arbeit an den Märchentexten verfolgen oder auch motivische Änderungen feststellen, zum Beispiel wenn in der ersten Ausgabe bei Schneewittchen die leibliche Mutter Schneewittchen umbringen will und in der zweiten Ausgabe diese dann zu einer Stiefmutter wird.“

Reines und mildes Licht für die Kräfte des Herzens

Im Erdgeschoss des Museums widmet sich die Sonderschau „Als das Wünschen noch geholfen hat“ der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Kinder- und Hausmärchen, die dieses Jahr ihr 200. Veröffentlichungsjubiläum feiern. Zunächst wird belegt, dass die ab 1806 in Kassel und Umgebung Märchen sammelnden Brüder Grimm nicht die ersten waren, die volkstümliche Erzählungen nach schriftlichen und mündlichen Quellen aufzeichneten und bearbeiteten. Zum Aufgebot gehören neben den arabischen Sammlungen „Tausend und eine Nacht“ sowie „Tausend und ein Tag“ kostbare Erstausgaben. Einer der deutschen Vorläufer der Grimms war Johann Carl August Musäus (1735–1787), der in fünf Bänden seine „Volksmärchen der Deutschen“ veröffentlichte.

„Aber mit der Märchensammlung der Brüder Grimm begann die systematische Aufsammlung der ‚Poesie des Volkes‘“, wie der Museumsdirektor betont. Rund 50 Beiträger lassen sich nachweisen. Unter ihnen befanden sich viele Töchter aus gutem Hause, was doch das Grimmsche Etikett „Volkspoesie“ stark relativiert. Den Titel „Kinder- und Hausmärchen“ erklärten die Grimms in ihrer Vorrede so: „Kindermärchen werden erzählt, damit in ihrem reinen und milden Lichte die ersten Gedanken und Kräfte des Herzens aufwachen und wachsen; weil aber einen jeden ihre einfache Poesie erfreuen und ihre Wahrheit belehren kann, und weil sie beim Haus bleiben und forterben, werden sie auch Hausmärchen genannt.“

Oft handeln sie von Bewährungsproben und Reifungsprozessen. Und macht es nicht jedem Mut, wenn wenigstens im Märchen der Schwache über den Starken, der Arme über den Reichen triumphiert? Dazu braucht es – so die Botschaft der Gebrüder Grimm – nichts weiter als Klugheit und Witz, Beherztheit und Einfallsreichtum, Gottvertrauen, Treue und – wie schon der am Ende hocherfreut mit leeren Händen dastehende Hans erfuhr – etwas Glück zur rechten Zeit.



Weltdokumentenerbe II: Die Erstausgabe der „Kinder- und Hausmärchen“ von 1812 Bild: Stadt Kassel

Ausgestellt sind neben den von den Brüdern Grimm handschriftlich festgehaltenen Erzählungen „Dornröschen“ und „Schneewittchen“ frühe Auflagen der zweibändigen Großen Ausgabe und der einbändigen Kleinen Ausgabe, die 50 Märchen enthält. Erst diese mit sieben Illustrationen von Ludwig Emil Grimm ausgestattete Kleine Ausgabe, seit 1825 angeboten, machte aus dem vormaligen Ladenhüter einen Kassenschlager. Bereits 1826 erschien in Stuttgart der erste Raubdruck mit handkolorierten Nachstichen der Illustrationen Ludwig Emil Grimms. Zahlreiche weitere farbenfrohe Bilder zum „Froschkönig“, auf den der Titel der Sonderausstellung zurückgeht, zu „Aschenputtel“, dem „Tapferen Schneiderlein“, dem „Wolf und den sieben Geißlein“ oder dem die Kleine Ausgabe beschließenden Märchen „Die Sterntaler“ veranschaulichen im letzten Kapitel der Schau die internationale Illustrationsgeschichte von Grimms Märchen bis in unsere Tage.

Veit-Mario Thiede

Brüder Grimm-Museum, Schöne Aussicht 2, Kassel. Di.-So. 10-17 Uhr, Mi. 10-20 Uhr. Informationen: (09561) 787 20 33, Internet: www.grimms.de. Die Sonderausstellung läuft bis zum 6. Mai 2012.

Das Ende der Legende von der »Fistelstimme«

Tonaufnahme aus dem Jahre 1889 beweist, dass Reichskanzler Otto von Bismarck kein schwaches Organ hatte

Generationen von Schülern mussten es lernen: Otto von Bismarck hatte eine „Fistelstimme" oder ein schwaches Organ. Nun widerlegt die Entdeckung einer Tonaufnahme die lange geglaubte Schulbuch-Weisheit. Auf einem der weltweit frühesten Tondokumente aus dem Jahr 1889 ist der sonore Bass des „Eisernen Kanzlers" zu hören. Wie aber kam die Legende von der Fistelstimme in die Schulbücher?

Das Dokument mit Bismarcks Stimme wurde vor 123 Jahren in Friedrichsruh bei Hamburg aufgenommen. Man wusste aus zeitgenössischen Presseberichten von der Aufnahme, aber konnte sie bisher nicht hörbar machen. Erst der Fund des lange verschollen geglaubten „Phonographen" im alten Laboratorium des Telefon-Erfinders Thomas Edison in West Orange, New Jersey bei New York, machte nun das Dokument hörbar.

Viel ist allerdings nicht zu hören, da die Aufnahme sehr stark rauscht. Forscher zeigten sich wegen des Auffindens dieser historischen Quelle dennoch begeistert. Bismarck gibt hier unvermutete Kostproben seines weiten Geistes. Zu hören sind auf der Tonaufnahme nicht etwa salbungsvolle Sätze über die deutsche Politik, sondern Bismarck singt auf Englisch das amerikanische Lied „In Good Old Colony Times" in den Phonographen. Es folgen ein paar Zeilen aus dem Gedicht „Als Kaiser Rotbart lobesam" von Ludwig Uhland, bevor der alte Burschenschaftler das Studentenlied „Gaudeamus igitur" anstimmt. Schließlich gibt der Kanzler auch den „Rat eines Vaters an den Sohn" zum Besten und empfiehlt Maßhalten bei Arbeit, Essen und Trinken – wohl aus eigener misslicher Erfahrung.

Dass der Mann, unter dessen Führung 1871 Frankreich besiegt wurde, ausgerechnet die „Marseillaise", die französische Nationalhymne, anstimmt, überrascht dann doch viele Hörer – wegen des fließenden Französisch und dem pikanten Hintergrund. Wer sich mit Bismarcks Biografie genauer beschäftigt hat, weiß natürlich, wie sprachgewandt der als Diplomat Weitgereiste war, auch wenn die Schulbücher wiederum diese wichtige Seite verschweigen mögen. Sein Biograf Jonathan Steinberg nennt Bismarck daher einen „sehr, sehr geistreichen Mann". Dass er ausgerechnet die Hymne Frankreichs zitiert habe, müsse ihn selbst großartig amüsiert haben, kommentierte die „New York Times" die Entdeckung. Die zeitgenössische Presse hat die Passage mit der Marseillaise wohlweislich verschwiegen, weil dies kaum dem Geschmack der Verehrer des Kanzlers entsprochen hätte, da dieser zur Zeit der Aufnahme am 7. Oktober 1889 noch als Kanzler regierte.

Eine zweite Überraschung bieten die nun aufgefundenen Tondokumente, weil auch der militärisch Verantwortliche für die Einigungskriege in den Jahren 1864 bis 1871 zu hören ist. Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke (1800–1891), der Mecklenburger in preußischen Diensten, zitiert aus Goethes „Faust". Diese Aufnahme ist besser als die von Bismarck zu verstehen. Laut Edison-Archiv ist Moltke der am frühesten geborene Mensch, von dem es weltweit eine Tonaufnahme gibt.



Als Redner vor dem Reichstag: Reichskanzler Otto von Bismarck Bild: akg

Ulrich Lappenküper, Chef der Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh, suchte zusammen mit seinen Mitarbeitern seit 2005 nach der Hörbarmachung der Tondokumente. Bereits 1957 waren die Rollen entdeckt worden, aber erst im letzten Jahr gelang die oben beschriebene Wiederauffindung des ursprünglichen Apparates von Edison. Dass Otto von Bismarck sich im Jahr 1889 die Zeit nahm, der Anregung seiner Gattin Johanna folgend, Adelbert Wangemann, einen Mitarbeiter Edisons, zu empfangen, mag oberflächlich gesehen verwundern. Aber sie zeigt eine Seite des Kanzlers mit der bislang längsten Regierungszeit in Deutschland, die ebenfalls oft unerwähnt bleibt: die ausgesprochene Offenheit für alles Neue, technische Erfindungen insbesondere. Die Förderung junger Unternehmer, der Techniker und Ingenieure, lag ihm zeitlebens am Herzen. Von diesem Aufschwung in der „Gründerzeit", wo Weltfirmen wie Mercedes-Benz, Bosch, Linde oder zahlreiche Maschinenbauer entstanden, profitiert Deutschland noch heute.

Bleibt die Frage, wie die Legende von einem „fast grauenhaft schwachen" Organ oder eben der „Fistelstimme" in die Schulbücher kam? Eigentlich ist diese Frage kaum erklärlich, weil es schließlich aus über 50 Jahren politischen Wirkens genügend Zeitzeugen gab. Diese Personen müssten eigentlich protestiert haben, wenn sie von der Legende seiner vermeintlich schwachen Stimme gehört hätten. Anders wäre dies, wenn die Legende erst etwa 50 Jahre später entstanden wäre, in einer Zeit, wo viele dieser Zeitzeugen bereits gestorben waren.

Damit befindet man sich am Ende des Zweiten Weltkrieges, wo die allgemeine Verachtung alles Preußischen und Militärischen modern wurde. Erfanden in dieser Zeit findige und zeitgeistgetreue Pädagogen die Legende von der vermeintlich schwachen Stimme? Das wäre eine ausgesprochene Diskriminierung aus ideologischen Gründen.

Gefragt sind daher jetzt die Historiker, die eigentlich die Zeitzeugen und Originalquellen hätten kennen müssen. Eberhard Kolb (78), emeritierter Professor für Geschichte an der Universität Köln und Autor einer Bismarck-Biografie meint dazu abwiegelnd: „Die Sache gehört für mich eher in den Bereich der Groteske." Das sei nur „eine Masche, um die Geschichte zu verkaufen". Aus mehr als 50 Jahren politischer Reden wisse man, dass der Kanzler eine hohe Stimme gehabt habe, besonders für einen „sehr großen, erst schlanken, später beleibten Mann". Aber von einer abnormen Fistelstimme sei nie berichtet worden; das sei „fälschlich behauptet worden", gibt Kolb nun zu. *Hinrich E. Bues*

Ikone des Widerstands gegen das NS-Regime

Alexander Schmorell, Mitglied der »Weißen Rose«, in München heiliggesprochen

Zu den Neumärtyrern der russisch-orthodoxen Kirche zählten bisher nur Glaubenszeugen des 20. Jahrhunderts, die unter den Sowjets ihr Leben ließen. Die russisch-orthodoxe Kirche hat nun am Wochenende in München mit Alexander Schmorell (1917–1943) ein Mitglied der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose", fast 69 Jahre nach seiner Hinrichtung, heiliggesprochen. Schmorell habe sich zum orthodoxen Glauben bekannt und sich dem „gottfeindlichen, antichristlichen Naziregime" entgegengestellt, heißt es in einer Erklärung der Kirche.

Die russischen Christen in der bayerischen Landeshauptstadt halten Schmorells Andenken schon lange in Ehren. In dessen 50. Todesjahr 1993 geschahen kurz hintereinander Dinge, die Erzpriester Nikolai Artemoff heute als göttliche Fügung ansieht: Ein Halbbruder Schmorells übergab damals der Gemeinde unbekannte Dokumente und Briefe; in einem Moskauer Geheimarchiv tauchten Schmorells verschollene Prozessakten auf; nach mehreren erfolglosen Versuchen fand sich in München endlich ein Grundstück zum Bau einer eigenen Kirche – nur wenige hundert Meter entfernt von Schmorells Grab auf dem Friedhof am Perlacher Forst und der Stätte seines Todes. Auch wenn für eine Heiligsprechung in der russisch-orthodoxen Kirche keine Wunder verlangt werden, wie in der katholischen Kirche, so können diese Vorgänge als solche gelten. Erzpriester Artemoff betrieb mit dem russisch-orthodoxen Erzbischof von Berlin und Deutschland, Mark, die Verherrlichung Schmorells als Neumärtyrer. Das Bischofskonzil der gesamten russischen Auslandskirche hatte dem Antrag der deutschen Exilkirche zugestimmt.

Alexander Schmorell spielte eine Schlüsselrolle bei den Aktionen der Gruppe „Weiße Rose" gegen die Nationalsozialisten. Der Weißen Rose gehörten neben den Geschwistern Hans und Sophie Scholl auch die Freunde Christoph Probst und Willi Graf aus Saarbrücken sowie der Philosophieprofessor Kurt Huber an. Ab 1942 hatten sie in insgesamt sechs Flugblättern die menschenverachtende Politik Adolf Hitlers angeprangert und zum Widerstand gegen sein Terror-Regime aufgerufen. Ihre Schriften wurden in Deutschland und später auch im Ausland tausendfach verbreitet.



Russisch-orthodoxe Priester mit der Ikone Alexanders von München, wie der heiliggesprochene Alexander Schmorell nun heißt, bei der Vigilfeier am Sonnabend in der Münchner Kathedralkirche. Die Rot-Kreuz-Armbinde erinnert an Schmorells Einsatz als Sanitäter im Russlandfeldzug, die weiße Rose in seiner rechten Hand verewigt den Namen der von ihm mitgegründeten Widerstandsgruppe, das Kreuz verweist auf sein Glaubenszeugnis. Bild: pa

Schmorell war zusammen mit Hans Scholl führender Kopf der Gruppe. Die beiden schrieben 1942 die ersten vier Flugblätter, Schmorell besorgte Schreibmaschine und Vervielfältigungsapparat. Auf Schmorell geht eine wichtige Passage im zweiten Flugblatt zurück, das den hunderttausendfachen Judenmord in Polen als „das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen" anprangerte. Zum ersten Mal machten NS-Gegner in Deutschland damit den Holocaust öffentlich. 1943 flogen die couragierten Widerständler in München auf und wurden hingerichtet. Nach der Festnahme der Scholls am 18. Februar 1943 versuchte sich Schmorell noch nach Österreich abzusetzen, aber die Flucht misslang durch Denunziation.

Schmorell stammte aus Orenburg im Süd-Ural. Seine Mutter war die Tochter eines russischen Priesters, sie starb an Typhus, als „Schurik", wie der Junge genannt wurde, kaum zwei Jahre alt war. 1921 floh die Familie vor den Revolutionswirren nach München. Sein Vater, ein Arzt mit ostpreußischen Wurzeln, eröffnete dort eine Praxis. Alexander wurde deutscher Staatsbürger. Schmorells Gewissen wurde stark durch seine religiöse Erziehung und die Erfahrungen in der Kirche geprägt. Seine religiöse Einstellung brachte der Medizinstudent auch in den Flugblättern zum Ausdruck, deren Mitverfasser er war. „Hat Dir nicht Gott selbst die Kraft und den Mut gegeben zu kämpfen?", heißt es etwa im vierten Flugblatt, das im Sommer 1942 verschickt wurde.



»Eins vor allem lege ich Euch ans Herz: Vergesst Gott nicht!«

Erst vor einem halben Jahr hat die Münchner Historikerin Christiane Moll 158 Briefe von Schmorell wissenschaftlich ediert und die bisher einzige biografische Abhandlung in deutscher Sprache über ihn verfasst. Moll zeichnet darin das Porträt eines expressiven Charakters mit melancholischen Zügen, mit einer großen Sehnsucht nach seiner russischen Heimat. „Im Angesicht des Todes hat er sein Schicksal angenommen, im Gefühl, eine Mission erfüllt und der Wahrheit gedient zu haben", sagt Moll. Nach einem Schauprozess vor dem Volksgerichtshof starb der 25-Jährige zusammen mit Huber am 13. Juli 1943 unter dem Fallbeil in Stadelheim. Schmorell ging seinem Tod gefasst entgegen, lassen seine letzten Briefe vermuten. Sein Abschiedsbrief an seine Verwandten endet mit den Zeilen: „In wenigen Stunden werde ich im besseren Leben sein, bei meiner Mutter, und ich werde Euch nicht vergessen, werde bei Gott um Trost und Ruhe für Euch bitten. Und werde auf Euch warten! Eins vor allem lege ich Euch ans Herz: Vergesst Gott nicht!!!" Kurz vor seiner Enthauptung bestellte er einen russischen Priester in die Todeszelle, um zu beichten.

Bislang gilt die Heiligsprechung Alexander Schmorells nur in der deutschen Diözese der russischen Auslandskirche. Doch auch im sonstigen Europa, in Russland und in den USA könnte der russisch-orthodox getaufte Schmorell bald heiliggesprochen werden, sagte Erzpriester Artemoff von der Kathedrale der Heiligen Neumärtyrer und Bekenner Russlands.

Die Ikone des Neumärtyrers wurde bei der Vigil am Abend des Sonnabend feierlich in die Mitte der Kirche getragen und mit Lobeshymnen und Gebeten verherrlicht. Am Ende des mehr als drei Stunden langen Gottesdienstes am Sonntag, der „Göttlichen Liturgie", erwiesen an die dreihundert Gläubige der kostbar mit Gold verzierten Ikone mit dem Bildnis Schmorells die Ehre. Schmorells Gedenktag im Heiligenkalender ist künftig der 13. Juli, der Tag seiner Hinrichtung. *Bodo Bost*

Als David Goliath herausforderte

Mit dem Einmarsch Friedrichs des Großen in Schlesien begann Preußens Kampf um Existenzverlust oder Großmachtstatus

Am 15. Februar jährt sich der Abschluss des Friedens von Hubertusburg, der den Siebenjährigen Krieg (1756–1763) beendete und Friedrich den Großen endlich im Besitz von Schlesien beließ, um das er seit 1740 gerungen hatte. Drei Kriege musste er führen, zeitweise gegen eine übermächtige Koalition kämpfen und seinem Volk schwere Opfer abverlangen, bis er endlich, gezeichnet von Entbehrungen, aber reich an Erfahrungen, nach Sanssouci heimkehren konnte.

Mit dem Tod von Kaiser Karl VI. am 20. Oktober 1740 sahen einige europäische Staaten die Stunde gekommen, sich auf Kosten des Habsburgerreiches zu vergrößern. Sie hielten sich keineswegs an die Pragmatische Sanktion von 1713, die sie immerhin anerkannt hatten und die der ältesten Tochter des Verstorbenen, Maria Theresia, die Erbfolge sichern sollte. Österreich stand in Konfrontation zu Frankreich, das seit zwei Jahrhunderten die Vormacht in Europa anstrebte und auch skrupellos die Hilfe der Osmanen in Anspruch nahm, um Österreich im Rücken zu bedrohen. Andererseits zählte Maria Theresia auf Frankreichs Rivalen in Übersee England und Russland.

Am 28. Oktober 1740 eröffnete der 28-jährige Preußenkönig seinem Außenminister Heinrich Graf Podewils und seinem höchsten Offizier, Generalfeldmarschall Kurt v. Schwerin, dass er das reiche Schlesien in Besitz nehmen wolle. Seine Begründung lautete, dass er nicht warten würde, bis sich andere Staaten Österreich untereinander aufteilten. Außerdem führte er Ansprüche auf die Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau ins Treffen, doch der maßgebliche Faktor waren Ehrgeiz und Ruhmsucht. Mitte Dezember überschritt der König mit 27 000 Mann die Grenze, ohne auf ernsthafte Gegenwehr zu stoßen. Damit begann der österreichische Erbfolgekrieg. Friedrich verlangte von Maria Theresia, auf Schlesien zu verzichten, wogegen er versprach, die Wahl eines Habsburgers zum Kaiser zu unterstützen. Doch die Erzherzogin von Österreich lehnte prompt ab, da es ihr unzumutbar erschien, eine so große Provinz kampflos abzutreten.

Nach der Besetzung Schlesiens schritt Friedrich an deren Eingliederung, belegte sie mit hohen Abgaben und ließ Rekruten in die Armee pressen, was zu Widerständen führte und den neuen Landesherrn nicht sympathischer machte. Schon bald ging eine österreichische Armee unter General Wilhelm Reinhard Graf Neipperg zum Gegenangriff über. Am 10. April 1741 kam es bei Mollwitz westlich von Brieg zur Schlacht. Das Salvenfeuer der preußischen Infanterie rettete den Sieg. Zum ersten Mal in diesem Krieg hatten sich Drill und Disziplin bewährt.



Vormarsch der preußischen Infanterie: Die Schlacht bei Mollwitz gehörte zu den entscheidenden militärischen Ereignissen des Ersten Schlesischen Krieges

Bild: Archiv

Friedrich verzichtete zunächst auf weitere Angriffe und wollte seine Eroberung auf diplomatischem Wege absichern. Der beste Weg schien ihm, dem Nymphenburger Vertrag beizutreten, den Frankreich, Spanien und Bayern im Mai 1741 unterzeichnet hatten, um Teile des Habsburgerreiches an sich zu reißen. Die französischen und bayerischen Truppen machten zwar Fortschritte, doch Friedrich ging es nur um den Besitz Schlesiens. So schloss er am 9. Oktober 1741 mit Maria Theresia den Geheimvertrag von Kleinschnellendorf, der ihm die Provinz vorläufig zusagte. Die Verbündeten betrachteten ihn zwar als Abtrünnigen, doch bei Friedrich überwogen Opportunismus und Staatsinteresse. Als jedoch der Vormarsch der Verbündeten in Böhmen erfolgreich verlief, trat er wieder auf ihre Seite, da er nicht zu kurz kommen wollte.

Zu Jahresbeginn 1742 fasste er den kühnen Entschluss, einen entscheidenden Schlag gegen Österreich zu führen, indem er über Mähren in Richtung Wien vorstieß. Außerdem beabsichtigte er, sich der „Aufsicht“ seitens Paris zu entziehen. Seine Truppen drangen zwar bis zur Thaya in Südmähren vor, doch der Gegner wiegelte das Landvolk auf, das zum Guerillakrieg überging, während berittene Streifscharen den preußischen Nachschub überfielen. Als Prinz Karl von Lothringen, der Schwager Maria Theresias, mit regulären Truppen anrückte, trat Friedrich im März den Rückzug an.

Erst die Schlacht von Chotusitz in Ostböhmen am 17. Mai 1742 brachte die Wende. Die Österreicher hatten zunächst die Oberhand, doch die Standfestigkeit von Erbprinz Leopold von Anhalt-Dessau, Sohn des Alten Dessauers, gab den Ausschlag. In dieser Schlacht agierte Friedrich erstmals als Feldherr. Trotz des Sieges suchte er die Verständigung mit Maria Theresia. Der Vorfriede von Breslau im Juni 1742, mit dem sie sich Luft verschaffte, überließ ihm Schlesien und die Grafschaft Glatz mit 1,3 Millionen Einwohnern. Es war aber noch keineswegs gewiss, ob er auch im Besitz dieser Provinz bleiben würde.

Heinz Magenheimer

Vorgeschichte und Voraussetzungen des militärischen Erfolgs

Dem König ist zwar als Feldherr manch genialer Schachzug gelungen, doch hat er sich nicht nur einmal auf ein schwer zu kalkulierendes Risiko eingelassen und damit die Existenz des preußischen Staates aufs Spiel gesetzt. In seinem Inneren lebten zwei nicht widerspruchslose Charakterzüge: Einerseits verfügte er über eine große strategische Begabung und einen scharfen Blick für die Wirklichkeit, andererseits entwickelte er einen ungewöhnlichen Wagemut, der nicht zuletzt Ausdruck seines Zynismus war, eine Folge der in seiner Jugend erlittenen Demütigungen. Allerdings lernte Friedrich schnell, und oft stand ihm das Glück zur Seite. Nicht umsonst hielt er das Glück für die unverzichtbare Ergänzung der Tüchtigkeit. So erklärt sich auch seine Frage an einen Bewerber für eine Offiziersstelle: „Hat Er auch Fortune?“

Jedenfalls hielt er die Zügel der politischen und militärischen Führung in seiner Hand und besaß somit einen großen Vorteil gegenüber seinen Gegnern. Doch seltsam, niemand konnte vorhersehen, dass der junge Friedrich einmal König und Feldherr in einer Person sein würde. Seit 1728 Kompaniechef, kam der musisch veranlagte Kronprinz seinen Dienstpflichten nur widerstrebend nach. Nachdem sich Friedrich mit seinem Vater, dem Soldatenkönig, überworfen und 1732 nach seiner Festungshaft wieder mühsam versöhnt hatte, wurde ihm das Kommando über das Regiment Nr. 15 in Neuruppin übertragen. Obwohl er mehr den schönen Künsten zuneigte, nützte er die Zeit, um die militärischen Klassiker zu studieren, sich als Kommandeur zu erweisen und sein Regiment in Höchstform zu bringen. Damit erwarb er sich die Hochachtung seines Vaters, der ihn 1735 zum Generalmajor ernannte.

Ab 1736 führte er ein unbeschwertes Leben auf Schloss Rheinsberg und philosophierte mit Voltaire. Es waren die letzten und wohl auch schönsten Jahre des Kronprinzen. Sie endeten, als er durch den Tod seines Vaters am 31. Mai 1740 von der politischen Wirklichkeit eingeholt wurde. Die Mittelmacht, an deren Spitze Friedrich nun trat, verfügte über gesunde Finanzen, eine straffe Verwaltung und über ein streng diszipliniertes Heer von 83 000 Mann.

Dieses Heer war in Relation zur Bevölkerung von 2,5 Millionen überaus stark. Friedrich verdankte diese Armee seinem Vater, der den Grundsatz vertreten hatte, dass Preußen nur mit ihrer Hilfe zur Großmacht aufsteigen könne. Die Armee beruhte auf dem Kantonalsystem, das jedem Regiment erlaubte, in einem bestimmten Gebiet alle gesunden jungen Männer, allerdings mit Ausnahmen, oft unter Zwang zu rekrutieren. Dieses System hatte bereits große Ähnlichkeit mit der allgemeinen Wehrpflicht. Daneben trachtete man, möglichst viele Söldner anzuwerben. Die Soldaten wurden jedoch die meiste Zeit beurlaubt und mussten nur für Paraden und zur Ausbildung verfügbar sein.

Kaum König und damit Oberbefehlshaber, verlangte Friedrich von seinen Generalen statt einer schönen eine „brauchbare“ Armee. So reduzierte er das Leibregiment seines Vaters, in dem die „Langen Kerls“ dienten, auf ein Bataillon mit 870 Mann, da er sie wegen ihrer Körpergröße für Zielscheiben im Gefecht hielt. Für den Preußen geht eben Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit vor Schönheit, das Sein vor dem Schein. *H.M.*

Ein Leben für innovative Autos »made in Italy«

Wie kaum ein anderer Name steht der von Vincenzo Lancia für sowohl sportliche als auch bezahlbare Automobile aus Südeuropa

Wenn es um Autos aus Italien geht, die sowohl sportlich als auch bezahlbar sind, muss neben „Alfa Romeo“ der Name „Lancia“ fallen. Der italienische Automobilproduzent, der seit 1970 zum Fiat-Konzern gehört, verdankt seinen Firmennamen seinem Gründer, dem am 24. August 1881 im piemontesischen Fobello geborenen Vincenzo Lancia, der vor 75 Jahren in Turin gestorben ist.

Wie Vincenzo hatte schon sein Vater mit Metallverarbeitung zu tun. Mit der Herstellung von Suppenkonservendosen hatte er es zu Wohlstand gebracht. Der Sohn sollte, wenn schon nicht Rechtsanwalt, so dann doch Buchhalter werden. Das schien ein Kompromiss zwischen Vincenzos Sinn für Mathematik und dem, was der Familienbetrieb brauchte. Vincenzo verband jedoch die Liebe zur Mathematik mit jener zur Technik. Ihn faszinierte die Fahrradwerkstatt im Hof des Turiner Wintersitzes der Familie, Corso Vittorio Emanuele 9.

Der Vater erlaubte ihm, dort anzufangen. Formal arbeitete er in dem Betrieb in seinem erlernten Buchhalterberuf, doch de facto war



Vincenzo Lancia — Bild: Archiv

er dort schon als Mechaniker und Ingenieur in seinem Element. Als der Betrieb zur Herstellung von Fahrrädern und sogar Autos überging, war Lancia mit dabei. Die Auftragsbücher waren voll, der Kapitalbedarf groß und das Eigenkapital gering. So verkauften die Besitzer den Betrieb an ein Konsortium, das 1899 Fiat gründete. Lancia wurde als Chefinspekteur sowie als Test- und Rennfahrer übernommen. Lancia wusste nämlich nicht nur Autos zu bauen, sondern auch das Letzte aus ihnen herauszuholen. Er gehörte zu den bestverdienenden Rennfahrern seiner Zeit – und konnte das Geld auch gut gebrauchen. Er wollte sich nämlich selbstständig machen, selber Automobile bauen.

1906 gründete er mit seinem Freund und Fiat-Kollegen Claudio Fogolin mit je 50 000 Lire eingebrachtem Startkapital die „Lancia & C. Fabricca Automobili“ in Turin. 1920 übernahm Lancia Fogolins Anteile. Ein weiterer seiner Freunde steuerte das Logo bei. Es handelte sich um Graf Carlo Biscaretti di Ruffia, den Lancia als Außendienstmitarbeiter seines ersten Arbeitgebers kennengelernt hatte. Da „Lancia“ das italienische Wort für Lanze ist, schlug er eine Lanze mit einer Lanzenfahne mit dem Schriftzug „Lancia“ auf einem vierspeichigen Lenkrad vor. Lancia nahm den Vorschlag an und diese Komposition schmückte über Jahrzehnte die Produkte seines Unternehmens. Erst vor einem halben Jahrzehnt wurde das Logo insoweit vereinfacht, als es jetzt nur noch den Schriftzug auf einem stilisierten zweispeichigen Volant zeigt.

> Mit einem Freund gründete er 1906 die Firma »Lancia«

Dass die Autos des Italieners ein elegantes Styling hatten, entspricht unserem Klischee von Italien. Aber sie waren darüber hinaus auch technisch innovativ. So brachte Lancia 1913 mit dem „Theta“ Europas erstes Automobil mit serienmäßiger elektrischer Anlage auf den Markt. Elektrische Anlasser statt der bis dahin üblichen Kurbel gehörten ebenso dazu wie elektrische Scheinwerfer, Rückleuchten und Armaturenbrettbeleuchtung. 1922 präsentierte Lancia mit dem „Lambda“ das erste Auto mit selbsttragender Karosserie. Fortschrittlich sind auch Lancias Einzelradaufhängung, seine Vierradbremsanlage und sein engwinkliger und damit platzsparender V-Motor.

Der gesellige, umgängliche, elegante und charmante Liebhaber klassischer Musik tummelt sich in der Oberschicht und baut für diese Autos, die sie gerne kauft. Lancias größter Erfolg ist jedoch sein Mittelklassemodell „Aprilia“. Wie beim „Lambda“ sind auch bei diesem Modell für breitere Gesellschaftskreise die Räder einzeln aufgehängt. Geringe Fahrzeugüberhänge sorgen für einen in dieser Fahrzeugklasse bemerkenswert großen Radstand. Das kommt dem Innenraum und der Straßenlage zugute. Obwohl die Karosserie verwindungssteif ist, kommt sie ohne B-Säule (Mittelpfosten) aus, was bei vorne an der A-Säule angeschlagenen Vorder- und hinten an der C-Säule angeschlagenen Hintertüren, sogenannten Selbstmördertüren, einen sehr bequemen Ein- und Ausstieg ermöglicht. Ihrer Zeit weit voraus ist auch die Windschlüpfrigkeit der avantgardistischen Karosserie, die den deutschen Betrachter entfernt an den legendären „Käfer“ erinnern kann. Mit einem cw-Wert von 0,47 setzte das Fahrzeug auch in dieser Beziehung Maßstäbe in der Mittelklasse. 1937 wurde der „Aprilia“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Den Erfolg seiner Entwicklung auf dem Markt mitzuerleben war Vincenzo Lancia nicht mehr vergönnt. Das hohe Alter seines Vaters erreichte er nämlich nicht. Dafür war sein Lebenswandel zu ungesund. Entweder arbeitete er besessen oder er genoss das Leben in vollen Zügen. Nachdem er vorausgegangene Warnungen seiner Ärzte in den Wind geschlagen hatte, erlag er am 12. Februar 1937 einem Herzinfarkt. *Manuel Ruoff*

Deutsche Kindergärten und Grundschulen jetzt!

Zu: „Jetzt haben wir's schwarz auf weiß" (Nr. 3)

In seinem fundiert recherchierten Artikel über den Bericht einer Expertenkommission des Europarats, worin Polen eine mangelhafte Anwendung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen attestiert wird, schafft es der Autor Christian Rudolf darzustellen, wie dadurch im Grunde genommen alles, was bisher zu dem Thema muttersprachliche Bildung der Deutschen in der Republik Polen gesagt worden ist, nivelliert wird. Hier böte sich ein wunderbarer Aufhänger für zukünftige Themensetzung bei deutsch-polnischen Regierungskonsultationen.

Besonders die von der deutschen Bundesregierung und der Führung der deutschen Volksgruppe sowie auch von manchen Journalisten als vorteilhaft bezeichneten Konzepte bloß sogenannter „bilingualer Schulbildung" werden von den Experten des Rates als „unzureichend" zurückgewiesen. Die AGMO e.V. aus Bonn hatte bereits vor fünf Jahren durch eine in eigener Regie und auf eigene Kosten erstellten Studie klar erkannt, dass nur die flächendeckende Einrichtung deutscher Kindergärten und Grundschulen helfen könnte, den Identitätsverlust der deutschen Volksgruppe zu stoppen.

Allein, es scheint nicht so richtig wahrgenommen zu werden, was sich nun umwälzen ließe. Der zuständige Parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner (CDU) hat bisher nichts verlauten lassen. In der bundesdeutschen Politik spielt der Bericht so gut wie keine Rolle. Auch der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen scheint nur allmählich zu realisieren, welche Chance sich nun bieten könnte, verstünde man die Steilvorlage des Europarats zu nutzen. Stattdessen wird in Stellungnahmen zur Jahresplanung der deutschen Volksgruppe immer noch die Bilingualität in der Vor- und Grundschulbildung gepriesen. Ganz im Gegensatz zum Inhalt des Berichts und zu den Aussagen höchster polnischer Beamter. Dobieslaw Rzemieniewski, Leiter der Abteilung nationale Minderheiten im polnischen Innenministerium, hält bilinguale Schulen für ineffektiv.

Es liegt nun an uns, dass wir der Politik hierzulande Druck machen und keine Ausflüchte mehr durchgehen lassen, mit denen versucht wird, ohnehin nur das Offensichtliche zu beschönigen. Die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen wird (gewünscht oder auch nicht) ohne deutsche Kindergärten und Grundschulen mittel- bis langfristig keine Chance haben, als wahrnehmbarer gesellschaftlicher Faktor weiter zu bestehen.

Tobias Norbert Körfer, Köln, Vorsitzender der AGMO e. V. – Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen

Nah am Abartigen

Zu: „Wenn Anna und Katharina Fritz spielen" (Nr. 1)

Es ist schon manchmal ein großer Spaß oder Kompromiss mit diesen „Hosenrollen", aber Friedrich den Großen mit den Thalbachs zu besetzen, war wohl reichlich geschmacklos. Besonders Katharina Thalbach als Friedrich II. ist schon nahe am Abartigem und sie wäre wohl besser als Hofnarr durchgegangen. Hat sich denn hier, für ein so ernstes historisches Thema, nicht ein geeigneterer Darsteller gefunden, oder dürfen jetzt große Deutsche nur noch degeneriert dargestellt werden, auch wenn Friedrich der Große nicht gerade groß von Wuchs war?

Frank Schöne, Hoyerswerda

Trefflich gelungen

Zu: „Der unsterbliche König" (Nr. 3)

Die Würdigung Friedrichs des Großen durch Ihren Chefredakteur Herrn Dr. Jan Heitmann in Ihrer Zeitung hat mir sehr gefallen. Sie ist bestens gelungen und hebt sich wohltuend von den meisten Beurteilungen, die in diesen Tagen erscheinen, ab. Ein „rundes", positives Gesamtbild ist entstanden, und man versteht, warum der Preußenkönig als „der Große" in die Geschichte eingegangen ist. Herzlichen Dank für diese treffliche, schöne Darstellung!

Inge Schmidt, Hamburg

Haufen alter Esel

Zu: „Der unsterbliche König" (Nr. 3)

Was würde Friedrich der Große heute so von sich geben, würde er in Berlin durch das Regierungsviertel und durch den Reichstag schlendern. Würde er vielleicht das Gleiche zu den heutigen Regierungsfrauen sagen, was er zu Elisabeth Christine nach siebenjähriger Trennung gesagt hat: „Madame sind korpulenter geworden." Was würde er zu den Diätenerhöhungen, zu den Beförderungen in der heutigen Zeit sagen: „Es kommt nicht auf lange Dienste, sondern auf gute an. Ich habe einen Haufen alter Maulesel im Stall, die lange den Dienst machen, aber nicht, dass sie Stallmeister werden."

Manfred Gross, Bad Marienberg

Bildung durch *PAZ*

Zum Leserbrief: „Scharfer Ton, uneinheitliche Ausrichtung" (Nr. 2)

Zum Leserbrief von Dr. Sieghart Rost „Scharfer Ton, uneinheitliche Ausrichtung" kann ich nur sagen: Bravo, endlich einmal jemand, der die Artikel und Abhandlungen auf den Geschichts- und Kulturseiten der *PAZ* lobt und den politischen Sektor kritisiert.

Wie kann man die Parteien mit scharfem Ton angreifen, die wirklich der *PAZ*-Leserschaft näher stehen! Ich lese das *Ostpreußenblatt* seit 1950 und es gab schon einmal eine Zeit, in der mir der politische Stil missfiel und ich die Zeitung abbestellen wollte. So geht es mir jetzt auch; aber schließlich bin ich in Insterburg geboren und muss meine Bildung fördern, sodass man nicht sagen kann: „Überall dringt Bildung durch, bloß nicht bis nach Insterburch."

Ilsegret Böhm, Hamburg



Lächelt und schweigt zum Bericht des Europarats: Der Beauftragte der Bundesregierung für nationale Minderheiten, der Parlamentarische Staatssekretär Christoph Bergner Bild: Dr. Christoph Bergner

Leider ja

Zu: „Bis Deutschland bankrott ist" (Nr. 5)

Warum haben eigentlich nur 40 Prozent der FDP-Mitglieder gegen diesen Vertrag, mit dem sich die europäischen Parlamente selbst entleiben, gestimmt? Warum hört eigentlich niemand auf den wohl renommiertesten Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands? Warum rangiert die Bogenberger Erklärung unter „ferner liefen"? Hatten wir in der deutschen Geschichte schon einmal eine ähnliche Situation?

Leider ja: Unmittelbar vor der Superinflation des Jahres 1923 schlugen die Verantwortlichen die Warnungen der Geldtheoretiker in den Wind. Die Folge war der Zusammenbruch des gesamten Währungssystems, gefolgt vom Scheinboom der 20er Jahre, der Anfang der 30er erneut mit furchtbaren Folgen für die ganze Welt in sich zusammenbrach.

Hans Mohrmann, Darmstadt

Die AdM-Spitze hat offenbar keinen Finger gerührt!

Zu: Verlagerung des Memellandarchivs nach Litauen

Die Verlagerung des Kulturgutes der Arbeitsgemeinschaft der Memelländer (AdM) nach Litauen hat bei vielen Memelländern Empörung und Unverständnis ausgelöst. Nach meinen Recherchen ist der überwiegende Teil der Memelländer mit der Abgabe des Archivgutes in fremde Hände nicht einverstanden. Sie fühlen sich durch die Entscheidung der AdM überrumpelt und nicht ernst genommen.

Hierzu muss man wissen, dass im Dezember 2006 in Oldenburg eine Fachtagung des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa stattfand, die laut „Memeler Dampfboot" (Nr. 3/2007) zu folgendem Ergebnis kam: „Überlegungen, die Sammlungen aus Deutschland in die Ursprungsstädte in Polen oder Litauen zu transferieren, wurden auf der Fachtagung schnell verworfen."

Die AdM hatte bereits im September 2006 durch Mehrheitsbeschluss dem Antrag des Bundesvorstandes zugestimmt, einen Teil des Kulturgutes an die Universität Memel [Klaipeda] abzugeben. Da die Memelländer hierzu nicht gefragt worden waren, kam es zu wütenden Protesten, Anrufen und Leserbriefen, so dass die AdM das Vorhaben zunächst zurückstellte. „Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen", hieß es.

Die AdM forderte über das „Memeler Dampfboot" alle an der Diskussion Interessierten auf, „konstruktive Vorschläge" zur Unterbringung des Archivgutes in Deutschland zu machen. Auf den naheliegenden Gedanken, als verantwortliche Repräsentanten selbst einmal in Lüneburg und Ellingen bei den dortigen Museen vor Ort nachzufragen, ist man offensichtlich nicht gekommen.

Der Verfasser dieser Zeilen erhielt am 8. Oktober 2007 die schriftliche Antwort von Wolfgang Freyberg, dem Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen. „Bezüglich Ihres Archivs kann man natürlich über alle Optionen reden. Offiziell habe ich von Seiten der AdM noch nichts gehört." Am 14. November 2011 fasste *PAZ*-Leser Günter Uschtrin noch einmal bei Direktor Freyberg nach und erhielt die Antwort, dass es auch in jüngster Zeit von Seiten der AdM keine Anfrage hinsichtlich der Aufnahmebereitschaft für das AdM-Archivgut gegeben habe. Auch vom Ostpreußischen Landesmuseum (OL) in Lüneburg erhielt *PAZ*-Leser Harald Lankisch am 23. September eine positive Antwort (vgl. *PAZ*-Leserbrief vom 26. November 2011). In seiner Antwort wies das OL zudem darauf hin, dass „beide Museen in ständigem Kontakt miteinander sind ... und dass wir innerhalb der Ostpreußischen Kulturstiftung ... alles Archivmaterial aus und zu Ostpreußen bewahren". In dem mit „gez. Dr. Christoph Hinkelmann" unterzeichneten Schreiben heißt es weiter: „Auch für den Fall, dass uns das Memelland-Archiv angeboten worden wäre." Deutlicher kann eigentlich nicht nachgewiesen werden, dass das Memelland-Archiv der AdM bei gehöriger Nachfrage in Ellingen und Lüneburg einen dauerhaften und gesicherten Aufbewahrungsort in Deutschland gefunden hätte und nicht ins heutige Ausland hätte verbracht werden dürfen.

Die Rechtfertigungsversuche der AdM-Spitze, von Seiten der Memelländer sei für den Erhalt und die Sicherung des Memelland-Archivs nach deren Aufruf nichts getan worden, greifen ins Leere: Durch mehrere Arbeitseinsätze und Spendenquittungen kann das Gegenteil bewiesen werden.

Die bisherige Unterbringung in Oldenburg war zwar nicht optimal, katastrophal waren die Verhältnisse dort jedoch nicht, aber dort war man wenigstens Herr im Hause, in Memel [Klaipeda] ist man es nicht mehr. Die Aussage des litauischen Bibliotheksdirektors hinsichtlich der Geschichte der Stadt Memel, zu deren Erhellung „noch nicht angefasste Quellen" herangezogen werden müssten, gibt Anlass zur Sorge. Die Geschichte der Stadt Memel ist von seriösen Historikern hinreichend und wahrheitsgemäß erforscht worden.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Orgel eingeweiht

Zu: „Mit der Schere auf Ton schneiden" (Nr. 50/2011)

Vor einigen Wochen berichteten Sie über den Neueinbau der Orgel im Dom zu Bardowick. Da wir heimatverbundene Freunde in Bardowick haben, schickte ich ihnen Ihren Artikel. Jetzt bekamen wir von den Freunden einen Brief, darin unter anderem auch dieser Absatz: „Unsere Domorgel wurde gestern (15. Januar) eingeweiht und Ihr beide sollt davon erfahren, weil Eure Reportage aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* hier im Dom in die Orgelmappe aufgenommen ist!"

Hans-Bernd Unger, Düsseldorf

Geschichte objektiv

Zu: „Auch deutschen Opfern eine Stimme geben" (Nr. 52/2011)

Wie uns die Geschichtsbücher lehren, zieht sich durch die gesamte Menschheitsgeschichte eine breite Blutspur; alle Rassen und Klassen, Völker und Nationen haben Blut an ihren Händen; die einen mehr, die anderen weniger.

Geschichte sollte deshalb stets in ihrer Gesamtheit dargestellt werden; aber leider ist das nach wie vor kaum möglich, und das dient weder der Grechtigkeit, noch dem Frieden. Dass sich gerade eine Studentin aus den USA der Vertreibung von Millionen Deutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg annimmt, ist bemerkenswert. Wir sehen also, dass in den USA die Freiheit des Wortes weit mehr ausgereift ist als im sogenannten freien Europa.

Peter Ploner, Meran, Südtirol Italien

Deutsche Opfer darf es nicht geben

Zu: „Frauen ohne Entschädigung" (Nr. 49/2011) und „Deutsche Zwangsarbeiter: Als Massenschicksal abgetan" (Nr. 1/2012)

Der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich begründete seine Ablehnung einer Entschädigung, die Frauen und Mädchen vor allem aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien betraf, mit der Begründung: Es wäre „ein allgemeines Massenschicksal der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg" gewesen.

Mir ist nicht bekannt, dass Frauen aus Bayern, Baden-Württemberg, Westfalen, Niedersachsen bei Hunger, Kälte und Vergewaltigungen in den Weiten Russlands Reparationen für Deutschland leisten mussten, ihre Heimat verloren und somit Hab und Gut! Allerdings traf es begrenzt auch auf junge Männer und Frauen aus Mitteldeutschland zu. Die, wenn sie Glück hatten, nach Jahren in ihre Heimatorte zurückkamen.

Viele Kinder wurden so zu Waisen, meist auf der Straße zurückgelassen. Man denke nur an die „Wolfskinder". Mich hat dieses Schicksal 1945 in Ostpreußen, elfjährig, mit jüngeren Geschwistern an der Hand, getroffen. Halb verhungert fand unsere Mutter uns nach knapp zwei Jahren lebend vor. Nur wenige hatten dieses Glück. Mangelt es unserem Innenminister an Geschichtskenntnissen? Oder darf es ganz allgemein immer noch keine deutschen Opfer geben?

Doris Richter, Berlin

Gebotene Deutlichkeit auf hohem Niveau

Zum Leserbrief: „Scharfer Ton, uneinheitliche Ausrichtung" (Nr. 2)

Nicht genug, dass wir in einem ausufernden Parteienstaat leben, in welchem die Parteien beispielsweise durch Programmdirektoren in den Massenmedien Radio und Fernsehen erheblichen Einfluss auf die Meinungsbildung haben: Nun soll auch noch, nach der Vorstellung des Leserbriefautors, die *Preußische Allgemeine Zeitung* partei- beziehungsweise regierungsnah schreiben. Haben die *PAZ*-Redakteure und die auch kritisierten Leserbriefschreiber bedeutende Leistungen der amtierenden Regierung übersehen, die solches als fair oder geboten erscheinen ließen? Aber welche Maßnahmen sollten das sein? Und es ist auch nicht so, dass Konservative, Patrioten oder Vertriebene von den Regierungsparteien wenigstens verbal nachdrücklich vertreten werden. Eher schweigt man oder gibt rotgrünen beziehungsweise Attakken aus Warschau nach.

Seit Jahrzehnten nichts als das billige Integrations- und Aufbaulob anlässlich landsmannschaftlicher Treffen und Wahlen. Aber Preußen und die Vertriebenen, man kann auch sagen, Tradition und Selbstbestimmung, gehören längst nicht mehr zur BRD-Staatsraison. Dies konterkariert wenigstens die *Preußische Allgemeine Zeitung* mit der gebotenen Deutlichkeit und auf hohem Niveau.

Leider gibt es die im Leserbrief konstatierten traditionellen Volksparteien kaum noch; das deutsche Volk ist ihnen weitgehend abhanden gekommen. Daher brauchen wir noch die eine konservativ-soziale „preußische" Partei, die, weil sie in der Nation wurzelt, eine vernünftige Europapolitik gestalten kann.

Übrigens ist die Weimarer Republik weniger an purer Parteienvielzahl als am Kollaps der gesellschaftlichen Mitte durch die Folgen des Versailler Diktats und der Weltwirtschaftskrise gescheitert. Die *PAZ* ist gewiss viel demokratischer und volksnäher als viele Berliner Politiker, die diese Warnung der Geschichte für heute nicht ernst nehmen.

Rudolf Kraffzick, Hainau

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 11. Februar 2011

MELDUNGEN

Rückkehr zu den Wurzeln

Tilsit – Die Stadt Tilsit führt wieder das alte Tilsiter Stadtwappen, das Herzog Albrecht im Jahre 1552 der Stadt verliehen hatte. Der Beschluss der russischen Stadtvertreterversammlung wurde vom Präsidenten der Russischen Föderation gebilligt und mit der Eintragung in das Staatliche Wappenregister sanktioniert. Die neue Stadtflagge zeigt die historischen Tilsiter Farben Grün, Weiß und Rot quergestreift mit dem Wappen von 1552 in der Mitte. *H.Dz.*

Bahnhöfe für EM restauriert

Deutsch Eylau/Elbing – Der Bahnhof in Deutsch Eylau ist frisch restauriert. Am imposanten, denkmalgeschützten Backsteingebäude an der Kreuzung der wichtigen Eisenbahnlinien zwischen Warschau und Danzig sowie Allenstein und Posen erfolgte eine grundlegende Sanierung, so dass der Bahnhof jetzt eine wahre Zierde für die Stadt ist. Auch der Elbinger Bahnhof, der ebenfalls an einer viel befahrenen Bahnstrecke liegt, wurde den erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen unterzogen. Diese Arbeiten erfolgten in Verbindung mit einem allgemeinen polnischen Modernisierungsprogramm für die Bahnstrecken und dem Neubau von Autobahnteilstücken vor der Fußballeuropameisterschaft im Juni dieses Jahres. *G.S.*

Einkaufsgalerie in Lyck

Lyck – Lyck erhält seine erste Einkaufsgalerie. Sie wird den möglicherweise nur zufälligerweise an Richard Strauss' gleichnamige Oper erinnernden, klangvollen und mondän lautenden Namen „Arabella“ tragen. *G.S.*

Festnahme wegen Wilderei

Insterburg – Der Verwaltungsleiter des Bezirks Insterburg, Walerij Fomin, ist wegen Wilderei festgenommen worden. Wie die Jagd- und Forstverwaltung mitteilte, wurde Fomin als Mitglied einer 32-köpfigen Jägergruppe auf seine Papiere geprüft und konnte keine Jagderlaubnis vorweisen. Nun droht ihm wegen dieser Ordnungswidrigkeit eine Bußgeldzahlung. Schon vor einigen Jahren war Fomin, damals noch Privatunternehmer, wegen verschiedener viel erheblicherer Gesetzesverstöße aufgefallen, jedoch wurden die damaligen Ermittlungen durch die Strafverfolgungsbehörden nicht weiter fortgesetzt. Im Juni vergangenen Jahres war ein anderer ranghoher Beamter des Königsberger Gebietes, der Friedländer Staatsanwalt Murat Teuwashukow, ebenfalls wegen eines Jagdvergehens festgenommen worden. *T.W.W.*

Bahnhof soll Einkaufszentrum weichen

Allensteins öffentlicher Personenverkehr soll darunter aber nicht leiden – ganz im Gegenteil

Die Firma Retail Provider, die vergangenen Oktober 85 Prozent der Aktien der Allensteiner Omnibusgesellschaft PKS übernommen hat, hat angekündigt, die als außerordentlich marode geltende Bahnhofsanlage der Woiwodschaftshauptstadt, zu der auch ein Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB) gehört, abzureißen und auf der dadurch gewonnen Gewerbefläche ein modernes Einkaufszentrum zu erbauen.

Allensteins gegenwärtiger Bahnhofsbau aus Beton und Glas, der zum Zeitpunkt seiner Errichtung vor gut vier Jahrzehnten als höchst modern empfunden wurde, hatte einen im Zweiten Weltkrieg verschont gebliebenen Vorkriegsbau ersetzt. Damals vertrat man die Meinung, seine verglaste Außenwand sei ein Ausdruck eines zukunftsorientierten Bauvorhabens, dessen Funktion bis in das 21. Jahrhundert hineinreichen werde. Ein im Untergeschoss befindlicher unterirdischer Luftschutzraum sollte darüber hinaus im Falle eines Nato-Angriffs Tausenden von Einwohnern Schutz bieten. Daher war es Außenstehenden lange Zeit strengstens verboten, die sogenannten strategisch wichtigen Anlagen zu fotografieren. Seit dem Nato- und EU-Beitritt Polens ist diese Sicht der Dinge überholt.

Getreu dem Motto „Das Bessere ist ein Feind des Guten“ stellte sich schon nach wenigen Jahrzehnten heraus, dass der schlichte Bahnhofsbau völlig veraltet war. Seine weitläufigen Hallen nutzen seitdem mehrere Pächter für gewerbliche Zwecke. Die Innenausstattung hat dadurch viel von ihrem ursprünglichen Aussehen eingebüßt. Infolgedessen wurde das Verlangen nach Veränderungen sowohl an den Innenräumen als auch auf dem umliegenden Gebiet in der Öffentlichkeit immer lauter. Die polnische Eisenbahngesellschaft PKP ist allerdings im Zuge einer chaotischen und meist völlig undurchdachten Privatisierung in unzählige kleinere Gesellschaften zergliedert worden und keine davon zeigt sich an einer aufwändigen Investition interessiert. Erfolg- und gegenstandslos erwies sich der Versuch seitens der Kommunalbehörde Allensteins, auf die Inhaber dieses Geländes Druck auszuüben, damit sie am Außenbild Reparaturen vornehmen.

> Allensteins Stadtpräsident ist skeptisch

Dieser unerträgliche Zustand könnte sich in absehbarer Zeit gravierend ändern. An der Stelle des jetzigen Bahnhofsgebäudes will der Mehrheitsaktionär der Allensteiner Omnibusgesellschaft PKS nämlich ein modernes Einkaufszentrum errichten. Dabei soll die Hauptfunktion eines regionalen und überregionalen Verkehrsdienstleisters beibehalten werden und auch künftig gesichert sein. Und noch mehr: Die bestehende Verkettung von Bahn, Omnibus und Stadtbus soll an die geplante Straßenbahnlinie angeschlossen werden. Auf dem Bahnhofsvorplatz soll zu diesem Zweck ein großes Umsteigezentrum gebaut werden. Den Großteil der Kosten dafür soll der Bauherr selbst tragen.



Ein typischer Bau der 70er Jahre: Allensteins Bahnhof Bild: Supady

Das an den geplanten Bahnhofsneubau anschließende Nah- und Stadtverkehrssystem würde endlich die schon vor mehreren Jahrzehnten geplante Neuordnung und Neuplanung des Bahnhofareals umsetzen. Ältere Allensteiner erinnern sich noch gut daran, wie man dort die oft ermüdenden Wartezeiten in einem gut frequentierten Kino überbrücken konnte. Wie das Leben so spielt, wird dies bald am Allensteiner Bahnhof wieder denkbar sein, wenn sich denn die Hoffnungen bewahrheiten, dass ein Multiplex-Kino von dem Warschauer Bauherrn hier mit eingeplant wird. Mit einer ebenfalls wieder verkehrenden Straßenbahn könnte so das alte Ambiente des Bahnhofs wieder entstehen.

Skeptisch zeigt sich jedoch Allensteins Stadtpräsident. Er befürchtet, dass die Hauptaufgabe des Verkehrsknotenpunktes durch ein groß ausgebautes Einkaufszentrum beeinträchtigt werden könnte. Zudem besteht die Sorge vor einem Überangebot, da bereits zahlreiche Bauanträge für ähnliche Zentren in Allenstein vorliegen. Es wird bezweifelt, dass die knapp 200000 Einwohner zählende Stadt genügend Kaufkraft hat, damit alle hier festen Fuß fassen können. Andererseits besteht laut einer Bürgerumfrage Bedarf an zumindest zwei, wenn nicht gar drei Einkaufszentren in der Stadt. Das würde bedeuten, dass ein Einkaufszentrum auf dem Bahnhofsgelände größte Chancen hätte, sich bereits binnen kürzester Zeit als rentabel zu erweisen.

Grzegorz Supady

Politiker erschienen am Steuer von Lastern

Gouverneur und Bürgermeister von Königsberg weihten zweite Hochbrücke über den Pregel ein

Nach 25 Jahren des Wartens wurde in Königsberg endlich die zweite Hochbrücke über den Pregel in Betrieb genommen. Schon Mitte der 80er Jahre war mit dem Bau begonnen worden, doch gab es aufgrund fehlender Mittel immer wieder Unterbrechungen. Die Eröffnungszeremonie fand in der Morgendämmerung statt, noch bevor der tägliche Berufsverkehr ins Rollen kam. Durch den Nebel konnte man an jedem Ende der Brücke einige weiße Lastkraftwagen der Marke „MAN“ erkennen. Auf der Brücke hatten sich schon viele Menschen versammelt, die sich das Ereignis nicht entgehen lassen wollten. Darunter waren auch Journalisten und Vertreter der Stadt und der Verwaltung. Von Zeit zu Zeit waren auch Männer in der Arbeitsmontur der Bauarbeiter zu sehen, doch sie waren in der Minderheit.

Dann rollten zwei Laster aus jeder Richtung auf die Versammelten zu. Hinter dem Steuer des einen saß Gouverneur Nikolaj Zukanow und hinter dem des anderen Bürgermeister Alexander Jaroschuk. Als sie aus den Kabinen ausstiegen, wurden sie schon von Fotografen, Kameramännern und Journalisten mit Mikrophonen umringt. Mit Vergnügen teilten der Gouverneur und das Stadtoberhaupt ihre Eindrücke mit. „Bemerkenswert“, sagte Zukanow. „Was meinen Sie, Alexander Georgijewitsch?“ „Bestens“, antwortete Jaroschuk fröhlich.



Betätigte sich als Lkw-Fahrer: Gouverneur Nikolaj Zukanow Bild: Tschernyschew

Etwas ernsthafter fuhr der Gouverneur fort: „Wir wissen sehr wohl, dass mit der Freigabe dieser Brücke die Verkehrsprobleme auf dieser Strecke noch lange nicht gelöst sind. Deshalb ist der zweite Abschnitt bis zum Wassiljewski-Platz bereits in Planung. Dann wird die Brücke voll im Einsatz sein.“ Jaroschuk fügte hinzu, dass die Stadt sich schon an Moskau mit der Bitte um Finanzierung der für dieses Jahr anstehenden Arbeiten gewandt habe.

Für 2012 ist die Montage von Verzierungen sowie die Einbettung der obersten Asphaltschicht geplant. Gleichzeitig werden die Arbeiten zur Gestaltung des umgebenden Geländes fertiggestellt. Dafür werden etwa eine Milliarde Rubel (rund 25 Millionen Euro) benötigt. Die Gesamtkosten der Brücke belaufen sich auf geschätzte sieben Milliarden Rubel.

> Schon am ersten Tag bildeten sich auf beiden Seiten Staus

Der Bau einer Brücke über den alten und neuen Pregel wurde 1985 begonnen. Die Bauarbeiten gingen bis 1992 weiter, aber wegen fehlender Mittel mussten die Arbeiten in jenem Jahr eingestellt werden. Der Weiterbau wurde erst 2006 in Angriff genommen.

Die Brückenauffahrten sind zusammen 1883 Meter lang, die Brücke selbst 880 Meter. Die Höchstgeschwindigkeit auf der Hochbrücke beträgt 80 Stundenkilometer. Sie hat sechs Fahrstreifen, die eine Breite von 13 bis 15 Metern haben. Das durchschnittliche Verkehrsaufkommen wird voraussichtlich bei 45000 Autos pro Tag liegen.

Der öffentliche Nahverkehr wird die Brücke vorerst nicht nutzen. Es fehlen noch technische Einrichtungen auf der Brücke und die Routen müssen neu geplant werden. Außerdem wird es auf der Brücke auch einen Fußgängerweg geben. Die Breite des Fußwegs ist jedoch so schmal, dass zwei Personen kaum aneinander vorbei kommen dürften. Mit Kinderwagen könnte es noch schwieriger werden.

Der Privatverkehr rollte schon kurz nach der Eröffnung über die Brücke. Und schon bald zeigte sich, dass die Befürchtungen des Gouverneurs hinsichtlich der ungelösten Verkehrsprobleme sich bewahrheiteten. Auf beiden Seiten der Brücke bildeten sich Staus, die sich erst am späten Abend wieder auflösten.

Jurij Tschernyschew



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

die Motorsuche für den Kurenkahn in Nidden hat eine erfreuliche Entwicklung genommen, denn es steht nun ein nagelneuer 20-PS-Normalschaft-Yamaha-Außenbordmotor zur baldigen Verfügung. Eine Mitarbeiterin unseres Hauses hat diese Verbindung hergestellt. Und wenn alles klappt, wie vorsichtig geplant, könnte Kapitän **Aurelijus Armonavicius** mit dem neuen Motor für die „Kursus“ nach Nidden zurückkehren, wenn Mitte Februar seine Tätigkeit auf der Hamburger Reisemesse beendet ist. Wie kommt es zu dieser erfreulich schnellen Lösung? Aus unserem Leserkreis kamen Anregungen, dass man mit einer Geldspende helfen sollte. So schrieb ein Leser aus Adendorf: „Ich las im letzten *Ostpreußenblatt* über die Nöte des Kurenkahn ‚Kursis‘. Ich selber habe einige Erinnerungen an die Keitelkähne. Zwar kann ich leider keinen neuen Motor schicken, aber vielleicht könnte man mit einer Geldspende helfen?“ Ähnliche Hilfsangebote konnte auch der Kreisvertreter von Memel-Stadt, Herr **Hans-Jörg Fröse**, verzeichnen, an den der Niddener mit seinem Wunsch herangetreten war. Herr Froese wies den richtigen Weg: ein Spendenkonto bei der Landsmannschaft Ostpreußen. Das ist nun geschehen. Wer helfen will, dass der Kurenkahn „Kursis“ wieder sein „zweites Herz“ bekommt, überweise eine Spende in beliebiger Höhe an die Landsmannschaft Ostpreußen, Vermerk Kurenkahn, HSH Nordbank BLZ 210 500 00, Konto: 180 901 000. Eine Spendenbescheinigung kann ausgestellt werden. Es würde uns alle, die wir uns um eine Lösung des Problems bemühen, sehr freuen, wenn sich möglichst viele Leserinnen und Leser an dieser Hilfsaktion beteiligen. Warum überhaupt ein Motor, stellt man sich die Frage. Früher gab's das doch auch nicht. Damals wurden die Kähne ans Ufer gezogen und konnten direkt lossegeln. Heute liegt der Kurenkahn im engen neuen Hafenteil von Nidden zusammen mit anderen Booten und Yachten. Der Motor wird nur benötigt, um aus dem Hafen herauszukommen.

Bleiben wir auf der Kurischen Nehrung. Wir gehen heute nach Rossitten, meinem geliebten Jugendparadies, und eigene Erinnerungen spielen auch in der Suchfrage eine Rolle, mit der sich Frau **Sylvia Huse** an uns wendet. Sie ist keine ständige Leserin unserer Zeitung, sondern stieß durch Zufall im Internet auf eine Folge der Ostpreußischen Familie aus dem Jahr 2005. Ich hatte dort den Namen „**Reichert**“ in einer Suchfrage eines Lesers dieses Namens aus den USA erwähnt, der sich an die Reicherts aus Rossitten erinnerte – und eben jener Familie entstammt auch die Schreiberin. Schon als Kind lernte ich die Rossitter Familie kennen, die in dem Nehrungsdorf das „Gasthaus zur Linde“ besaß. Die Freundschaft mit den jungen Reicherts begann mit dem Mittagessen, das wir bei unserem ersten Ferienaufenthalt dort einnahmen. Allerdings waren „Dorsch in Senfsoße“ und „Hammelkümmelfleisch“ nicht so ganz unser Geschmack und so blieben die Besuche später mehr auf den Durst stillende Getränke beschränkt, aber sie blieben und wurden immer intensiver. Denn **Gerhard**, der Sohn der Familie, fuhr uns mit seinem Pferdewagen in das Elchrevier, und ihm hatten wir zu verdanken, dass wir immer Elche sahen, sogar Muttertiere mit ihren Jungen. Erlebnisse, die man nie vergessen hat. Es erwuchs zwischen uns eine ehrliche Jugendfreundschaft, die sich auch auf seine Geschwister bezog. Leider fiel Gerhard an der Ostfront – kurz zuvor hatte er uns in Königsberg besucht. Frau Huse möchte nun mehr über ihn erfahren, denn sie ist seine Großnichte, Enkelin von Gerhards Schwester **Lisbeth**. Natürlich kann ich ihr einiges über die Begegnungen erzählen, aber ihr eigentliches Anliegen betrifft unsere Ostpreußische Familie: Sie möchte eine Familienchronik erstellen. So sucht sie Kontakt zu anderen Reicherts, die familiäre Verbindungen zu ihrer Rossitter Stammfamilie haben oder zu deren ehemaligen Bekannten. (Sylvia Huse, Struvekoppel 14 in 24943 Flensburg, E-Mail: sylvia-flbg@foni.net)



Gerhard Reichert fährt Feriengäste durch das Elchrevier Bild: privat

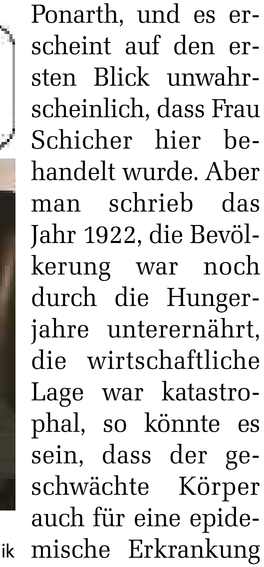
Sie gehören zu den schwierigsten und kaum lösbaren Fällen, die Suche von längst erwachsen gewordenen Adoptiv- oder Pflegekindern nach ihrer Herkunft. Und so hege ich auch Zweifel, dass Herr **Ulrich Drescher** aus Kirchheim über unsere Ostpreußische Familie fündig wird, aber wir wollen es auf jeden Fall versuchen. Denn wir sind für Herrn Drescher wirklich das letzte Glied einer langen Suchkette. Er kannte nicht die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* und damit auch nicht unsere Ostpreußische Familie. Ein Leser gab ihm den Rat, sich an uns zu wenden, und so schrieb er an uns mit einem letzten Funken Hoffnung, denn er hatte schon oft in Erwägung gezogen, mit der Suche aufzuhören. Gegenüber ähnlichen Fällen, die im Laufe der Jahrzehnte in unserer Kolumne bearbeitet wurden, hat er einen kleinen Vorteil: Er trägt den Namen seiner leiblichen Mutter. Aber lassen wir ihn die Angelegenheit vortragen:

„Ich bin Ulrich Drescher, *15. März 1944 in Insterburg/Ostpreußen, als Kleinkind geflüchtet mit der Familie **Emma** und **August Didzus**, meinen ersten Pflegeeltern aus Schlaugen, Kreis Goldap. Persönliche Aufzeichnungen oder Informationen, wie ich zu der vom Jugendamt Goldap vermittelten Pflegestelle gekommen bin, sind mir nicht bekannt. Die Eheleute Didzus waren damals beide schon über 70 Jahre alt. Die einzige konkrete Information von meinen Pflegeeltern, die sich bei mir eingeprägt hat, ist der Vorname meiner Mutter: **Suse** oder **Susanne**. Sie soll bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen sein. Über meinen Vater wurde mir nichts erzählt. Wir kamen über verschiedene Stationen in ein Auffanglager in Stadtilm/Thüringen. Dort verstarb meine Pflegemutter bereits 1951. August Didzus zog zu seinem leiblichen Sohn und ich kam in verschiedene Pflegestellen bis zu meiner Volljährigkeit.“

Schon zu DDR-Zeiten hat Ulrich Drescher Suchanzeigen nach seiner leiblichen Mutter aufgegeben. Der erste Suchantrag wurde bereits 1949 von August Didzus für seinen Pflegesohn über das Deutsche Rote Kreuz gestellt. „Gesucht wird Drescher, Suse, deutsch, Heimatanschrift: Insterburg.“ Weitere Angaben hat der Pflegevater nicht machen können. Kein Wunder, dass dieser Suchantrag erfolglos blieb. Erst nach der Wende begann Ulrich Drescher mit seinen Recherchen, das Internet erschloss ihm neue Möglichkeiten. Er schrieb an alle infrage kommenden Institutionen, nahm Kontakt zu den Redaktionen der Heimatbriefe der Kreise Insterburg und Goldap auf. Hier stellte sich ein kleiner Erfolg ein: Es meldeten sich die Enkelkinder der Familie Didzus, aber leider wussten diese nichts über seine Herkunft.

Und nun sind wir dran. Auch wir beginnen mit der Frage: Wer kannte Suse (Susanne) Drescher, die am 15. März 1944 in der Insterburger Frauenklinik einen Sohn gebar? Im Ortsverzeichnis Insterburg von 1937 sind mehrere Personen mit Namen „Drescher“ verzeichnet, aber es ist fraglich, ob die junge Mutter überhaupt in der Stadt wohnte, nur zur Entbindung nach Insterburg kam oder dort berufstätig war. Vielleicht stammte sie auch aus dem Kreis Goldap, weil das dortige Jugendamt die Pflege vermittelte. Da sie evangelisch war, müsste der Junge auch getauft worden sein. Suse Drescher soll bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen sein, aber wann und wo? Vielleicht erinnern sich noch ältere Leserinnen an eine junge Frau mit diesem Namen? Gibt es noch Unterlagen über Geburten in der Frauenklinik Insterburg im Jahre 1944? Jeder kleinste Hinweis wäre Ulrich Drescher willkommen, der endlich wissen will, aus welcher Familie er kommt, deren Namen er trägt. (Ulrich Drescher, Hauptstraße 8 in 99334 Kirchheim. Telefon 036200/60489, E-Mail: drescher.seidel@web.de)

Wenn ich immer wieder bitte, schon bei erster Kontaktaufnahme die Telefonnummer des Anfragenden mitzuteilen, so hat das seinen Grund: Nur im direkten Gespräch kann man die oft schwierigen Fragen soweit klären, dass wir sie in unserer Kolumne veröffentlichen können. Ein gutes Beispiel lieferte mir jetzt das Gespräch mit Frau Ingrid Theis aus Bad Wörishofen. Sie hatte mir lediglich ihre beiden Anliegen in Kurzform mitgeteilt: „In welchem Krankenhaus bin ich in Königsberg geboren?“ und „Wo sind meine Großeltern begraben?“ Aber sie hatte ihre Telefonnummer angegeben und so kam es zu einem ausführlichen Gespräch zwischen zwei Königsbergerinnen, das Klarheit in die Fragen brachte. Nehmen wir die zweite vorweg: Frau **Ingrid Liselotte Theis** geborene **Bartschat** wurde am 5. April 1940 in Königsberg geboren und das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in der Universitäts-Frauenklinik in der Drummstraße. Denn damals wohnte ihre Mutter **Liselotte** Bartschat in Ratshof, Kaporner Straße 16. Frau Theis sagte, dass ihre Mutter ihr einmal mitgeteilt habe, dass sie, als die Wehen einsetzten, noch mit der Straßenbahn fast von Tür zu Tür zur Entbindung in das Krankenhaus gefahren sei. Das konnte nur die Linie 4 gewesen sein, die von Ratshof in die Innenstadt fuhr und auf dem Steindamm an der Einmündung der Wagnerstraße hielt, über die man mit wenigen Schritten die Drummstraße erreichte. So, die Frage können wir wohl abhaken. Nun zu den Großeltern von Frau Theis. Sie hießen **Gustav** und **Johanna Amalie Schicher** und wohnten in der Wiesenstraße 20 in Ponarth. Gustav Schicher war Eisenbahner und verstarb bereits sehr früh, kurz vor oder nach Beginn des Ersten Weltkrieges. Seine Witwe heiratete dann **Gottfried Scheffler**, das Paar wohnte in der Marienstraße 13 in Ponarth. Auch Johanna Amalie Schicher verstarb bereits mit 44 Jahren in einem Krankenhaus, in dem Nonnen die Kranken pflegten, wie Frau Theis von ihrer Mutter erfahren hatte. Wenn es sich um ein katholisches Krankenhaus handelt, müsste es sich um das Elisabeth-Krankenhaus handeln, das „Haus der Grauen Schwestern“ in der Ziegelstraße. Nun lag diese Nebenstraße der Königstraße ja weit entfernt von Ponarth, und es erscheint auf den ersten Blick unwahrscheinlich, dass Frau Schicher hier behandelt wurde. Aber man schrieb das Jahr 1922, die Bevölkerung war noch durch die Hungerjahre unterernährt, die wirtschaftliche Lage war katastrophal, so könnte es sein, dass der geschwächte Körper auch für eine epidemische Erkrankung empfänglich war und deshalb in ein größeres Krankenhaus gebracht wurde. Ponarth selber hatte eine kleine, aber sehr rührige katholische Gemeinde, es könnte auch sein, dass es hier eine Art Pflegeheim gab. Beerdigt wurde die evangelische Verstorbene aber mit Sicherheit auf dem Friedhof der Ponarther Gemeinde. Soviel hat ein einziges Gespräch ergeben, das für Frau Theis sehr wichtig war. Das Ehepaar Theis war schon zweimal in Königsberg auf Spurensuche, eine weitere Reise soll bald folgen, deshalb die Fragen. Vielleicht können ihr die Ponarther unter unseren Lesern noch etwas mehr über den Friedhof sagen, vielleicht finden sich auch ehemalige Nachbarn oder Freunde von Liselotte Bartschat aus Ratshof, die um 1940 mit ihr zusammen waren und die Geburt der Tochter miterlebten. (Ingrid Theis, Oststraße 22 in 86825 Bad Wörishofen, Telefon 08247/2347.)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Spurensuche in Pommern

Beim Besuch in der Heimat wurde der ostpreußische Buchautor Kurt Gaede vom polnischen Regionalfernsehen entdeckt

Nicht jeder, der auf Spurensuche in der verlassenen Heimat geht, wird fündig. Und wenn, sind es auch nur kleine Mosaiksteinchen, die noch lange kein erkennbares Bild ergeben. Da ging es dem gebürtigen Pommern **Kurt Gaede** aus Diepholz anders. Der 73-Jährige hatte zwar schon die eigene Familiengeschichte in sein Buch „Vertrieben in Deutschland“ eingebracht, aber es blieben für ihn so viele Fragen offen, die er klären wollte. Vor allem wollte er eine authentische Bescheinigung seiner Geburt haben, aber alle Versuche, eine Geburtsurkunde zu bekommen, waren vergeblich gewesen. So beschloss er, in seiner pommerschen Heimat auf Spurensuche zu gehen, und er hatte es gegenüber den meisten Vertriebenen auch nicht sehr weit: Nur 200 Kilometer sind es von der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen bis nach Schönlanke [Trzianka], südwestlich von Schneidemühl im Netzekreis gelegen, fast ein Katzensprung. Und eine streng kontrollierte Grenze mit oft unerwarteten Schwierigkeiten gibt es auch nicht.

Zum ersten Mal ist Kurt Gaede also wieder in der Stadt, in der er geboren wurde. Die Friedrichstraße, in der sein Elternhaus stand, ist bald gefunden. Aber steht es noch? Und welches ist es überhaupt? Die Erinnerung ist verblasst, aber sie kommt wieder. Angesichts des Kopfsteinpflasters, das zu einem zweigeschossigen Haus führt. „Hier bin ich als kleiner Junge oft gestürzt“, erinnert sich Kurt Gaede. Aufgeschlagene Knie vergisst man nicht. Es ist das Haus Nummer 6. Aus dem Obergeschoss kommt eine jüngere Frau, sie spricht den Mann an. Kurt erzählt seine Geschichte und die Frau, die zum Glück für den Suchenden Deutsch spricht, übersetzt sie den Nachbarn, die hinzukommen. Die heutige Bewohnerin bittet ihn in die Wohnung, und der 73-Jährige findet in seine Kindheit zurück, Schritt für Schritt, von Zimmer zu Zimmer. Der alte Kachelofen steht noch – Kurt Gaede kann es kaum glauben. Es sind bewegende Momente, die der im Kindesalter Vertriebene hier in seinem Elternhaus erlebt.

Vor polnischer TV-Kamera: Kurt Gaede Bild: privat

Weiter auf Spurensuche. Kurt Gaede geht in das Rathaus. Eine Beamtin begreift schnell, worum es dem Deutschen geht. Er möchte wissen, ob noch Geburtseintragungen aus der Zeit vor der sowjetischen Eroberung vorhanden sind. Es gibt sie. Auch die von Kurt Gaede? Ja, auch die ist da und er erhält die Kopie seiner Geburtseintragung von 1939. Gut lesbar in Sütterlinschrift. Wie ein Stück Papier glücklich machen kann!

Dann die Suche nach dem Bauernhof der Großeltern, auf den sich Mutter **Frieda** Gaede mit ihren beiden Söhnen flüchtete, nachdem sie aus ihrer Wohnung verjagt worden waren, in der sie viel Leidvolles hatten ertragen müssen. In dem Dorf Runau [Runowo] kann sich niemand an die Familie Gaede erinnern. Aber sie weisen ihm den Weg zu einem Deutschen, der nach der Vertreibung der Bewohner durch die Polen dort geblieben ist. Seine Familie durfte bleiben, weil sie katholisch war. **Paul Groth** heißt er und ist heute 77 Jahre alt. Er erinnert sich tatsächlich an die Familie Gaede und führt den nur wenig Jüngeren zu der Stelle, an der einst der Hof stand. Von ihm ist nichts mehr zu sehen, nur ein paar Grundmauern lassen erkennen, wo sich die Gebäude befanden. Die Polen, die nach der Vertreibung der Deutschen auf den Hof eingewiesen wurden, haben ihn verkommen lassen, sie gaben schon nach wenigen Jahren auf. Das unbewohnte Anwesen verfiel wie so viele Höfe in den von Deutschen verlassenen Gebieten. Nur die mächtige Linde steht noch auf dem Gaedehof und weckt bei dem Besucher Erinnerungen: Hier hatte sich sein Vater vor den Russen versteckt, war in die dichtbelaubte Krone gestiegen und wurde nicht entdeckt.

Aber Kurt Gaede wurde entdeckt – vom polnischen Regionalfernsehen. Als deutscher Buchautor war er ein guter Gesprächspartner. Der Deutsche konnte ausführlich über den Sinn und Zweck seiner Reise in die Vergangenheit berichten, die hier so gegenwärtig geworden war, und zeigte stolz seine Geburtsurkunde, erzählte von seiner Kindheit in der Geborgenheit der alteingesessenen Familie und den Spuren, die er nun gefunden hatte. Der polnische Regionalsender brachte darüber einen längeren Beitrag. (Das Buch „Vertrieben in Deutschland. Eine Familiengeschichte“ von Kurt Gaede erschien 2009 im Weyher life media Verlag, 432 Seiten, ISBN 978-3-9807636-8-4.) *R.G.*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Räder, Meta, aus Ebenfelde, Kreis Schlossberg, am 21. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ballnus, Hedwig, geb. **Preikschat**, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Baun, Gertud, geb. **Kowalzik**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 17. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Zeiger, Elfriede, geb. **Schmidt**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 18. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bulka, Martha, geb. **Gusek**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 19. Februar
Lieder, Luise, geb. **Wolter**, aus Lyck, Lycker Garten 57, am 18. Februar
Rettkowski, Käthe, geb. **Paykowski**, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Szammetat, Lotte, geb. **Grätsch**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bauerdick, Auguste, geb. **Prostka**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Kuhr, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gollub, Ernst, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Mielke, Oskar, aus Tawellen, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Roemer, Max, aus Tilsit, am 6. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Doll, Gertrud, geb. **Monzien**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Heß, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Sekkenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Nendel, Charlotte, geb. **Chojetzki**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 19. Februar
Schoenherr, Wilhelm, aus Lötzen, am 19. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alzuhn, Frieda, geb. **Froese**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Böse, Margret, geb. **Sembritzki**, aus Lyck, Bismarckstraße 46, am 16. Februar
Butzlaff, Kurt, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Harnack, Martha, geb. **Dehn**, aus Goythenen, Kreis Samland, am 13. Februar
Heiss, Gerda, geb. **Stars**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Heyduck, Elfriede, geb. **Marrek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Höper, Edith, geb. **Becker**, aus Lyck, Yorkstraße, am 17. Februar
Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Lorenz, Friedel, geb. **Wolter**, aus Monken, Kreis Lyck, am 18. Februar
Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Pfeiffer, Siegfried, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Ruskowski, Erich, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Schmidt-Groß, Ursula, geb. **Groß**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Wiemer, Elfriede, geb. **König**, aus Lehmau, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Wildt, Emil, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Zapalowski, Ruth, geb. **Bienk**, aus Ortelsburg, am 14. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar
Beyer, Kurt, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 19. Februar
Conrad, Hildegard, geb. **Wilms**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Friederici, Lucia, geb. **Mikotowitz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Gutsch, Hilde Anna, geb. **Rudat**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Heike, Ursula, geb. **Kuhr**, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Heinacher, Erwin, aus Stehlau, Kreis Schloßberg, am 10. Februar
Kratel, Edith, geb. **Peter**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
Kunkat, Erika, geb. **Kerwel**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Kurth, Hubert, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Lauff, Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. Februar
Lutat, Walter, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Naglatzki, Hertha, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Rehfeld, Ella, geb. **Gawehn**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Rohde, Gerda, geb. **Steinort**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Rydzewski, Frieda, geb. **Kollek**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Sturies, Ellida, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Wunderlich, Hugo, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 3. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bamberg, Herta, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Berthold, Liesbeth, geb. **Horn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. Februar
Buttgereit, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Roßberg, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Fuchs, Hilde, geb. **Bajohr**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 14. Februar
Hipp, Dora, geb. **Ennulat**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Samland, am 14. Februar
Killat, Hildegard, geb. **Gerhardt**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 12. Februar
Koch, Ursula, geb. **Kienapfel**, aus Wehlau, Allestraße, am 15. Februar
Kühl, Hildegard, geb. **Dzieran**, aus Lötzen, am 14. Februar
Ladda, Hedwig, geb. **Schall**, aus Lötzen, am 17. Februar
Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar
Meier, Herta, geb. **Wunderlich**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. Februar
Neumann, Gretel, geb. **Göttel**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Pankewitz, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 16. Februar
Pfeiffer, Irmgard, geb. **Puchert**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Preuk, Thusnelda, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Rayczyk, Emmi, geb. **Weigel**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 17. Februar
Ritthof, Gertrud, geb. **Kowalzik**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 17. Februar
Runge, Elfriede, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Schilling, Hugo, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Schlenther, Alfred, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Schwenzke, Gertrud, geb. **Liske**, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Sender, Walter, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Stabbert, Hans, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Stramka, Margarete, geb. **Kömmler**, aus Mühlhausen, Töpferstraße 7, Kreis Preußisch Holland, am 14. Februar
Treinies, Willi, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 9. Februar
Wöhler, Gerda, geb. **Berg**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, am 13. Februar
Barek, Heinz, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar
Becker, Erika, geb. **Bobeth**, aus Lyck, am 16. Februar
Bernecker, Betty, geb. **Tschischak**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Büschl, Gisela, geb. **Berger**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Christiansen, Eva, geb. **Rolinski**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 14. Februar
Classen, Eva, geb. **Rieske**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Delfs, Elfriede, geb. **Wegner**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Digmayer, Eva-Maria, geb. **Nitsch**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. Februar
Dudek, Ilse, geb. **Nüske**, aus Lyck, Morgenstraße 14, am 18. Februar
Eisbrenner, Josefine, geb. **Baran**, aus Parnehnen, Agnesenhof, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Fallik, Richard, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Gottschling, Wolfgang, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Februar
Gritzan, Elfriede, geb. **Kensy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Günther, Hedwig, geb. **Errulat**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 16. Februar
Janz, Hubert, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Junge, Jutta, geb. **Neufang**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 14. Februar
Kallien, Günter, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrungen, am 19. Februar
Kehl, Christel, geb. **Cziehso**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 19. Februar
Kieselbach, Erika, geb. **Budzinski**, am 16. Februar
Lohrengel, Gerda, geb. **Reszies**, aus Lessen, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Mai, Lieselotte, geb. **Grutschkuhn**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Reypa, Julius, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 16. Februar
Rippke, Heinz, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Sagorski, Siegfried, aus Heidenberg, Kreis Angerburg, am 15. Februar
Schultze, Udo, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Schwalbe, Helene, geb. **Genellus**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Schwiderrek, Kurt, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 17. Februar
Slottki, Günther, aus Neidenburg, am 13. Februar
Walter, Margarete, geb. **Chlench**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 15. Februar
Werbun, Helmut, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Wolgast, Hildegard, geb. **Matschuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albat, Ilse, geb. **Demgen**, aus Wehlau, am 14. Februar
Alexander, Helga, geb. **Zywietz**, aus Ebenrode, am 18. Februar
Alkenings, Hans-Joachim, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Borsties, Max, geb. **Barsties**, aus Finkendorf, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Böttcher, Klaus, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 9. Februar
Chomantows, Ursula, geb. **Resenberg**, aus Peyse, Kreis Samland, am 17. Februar
Danowski, Edeltraut, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. Februar
Dettmann, Hans, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Dylatus, Martha, geb. **Buttler**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Fingberg, Jutta, geb. **Ewert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniede-

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
16. bis 19. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

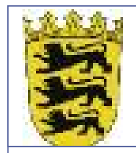
Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 11. Februar, 18.45 Uhr, Phoenix: Die Glienicker Brücke. Letzte Hoffnung der Spione.
Sonnabend, 11. Februar, 19.30 Uhr, Phoenix: Verschlusssakte Deutschland. Geheimdienste und die Wiedervereinigung.
Sonnabend, 11. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Drama von Dresden.
Sonntag, 12. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 12. Februar, 14 Uhr, Phoenix: Vor 50 Jahren – Sturmflut an der Nordsee.
Sonntag, 12. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisse des Dritten Reichs: Hitlers Familie. Hitler und das Geld.
Montag, 13. Februar, 21 Uhr, RBB: Adel vernichtet. Das Bankhaus Oppenheim wurde bei der Arcandor-Pleite mit in den Abgrund gerissen. Wer waren die Drahtzieher der riskanten Geschäfte?
Montag, 13. Februar, 22.45 Uhr, ARD: Facebook. Milliardengeschäft Freundschaft.
Dienstag, 14. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Paris – Berlin. Ein ungleiches Paar.
Dienstag, 14. Februar, 21.50 Uhr, Arte: WikiLeaks – Geheimnisse und Lügen.
Dienstag, 14. Februar, 23.10 Uhr, WDR: Wehner – die unerzählte Geschichte (1/2).
Mittwoch, 15. Februar, 20.45 Uhr, MDR: Bürger – du bist pleite. Das Loch in den kommunalen Kassen.
Mittwoch, 15. Februar, 22.10 Uhr, Arte: Die rote Traumfabrik. Dokumentation über das deutsch-russische Filmunternehmen „Meshrabpom-Film“ der 20er und 30er Jahre.
Donnerstag, 16. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Wiener Opernball.
Donnerstag, 16. Februar, 22 Uhr, NDR: Die Nacht der großen Flut. TV-Dokudrama 2005.
Donnerstag, 16. Februar, 23.30 Uhr, NDR: Die Hamburger Sturmflut. Helmut Schmidt erzählt.
Freitag, 17. Februar, 15.45 Uhr, 3sat: Die Hazy-Osterwald-Story. CH 1961.
Freitag, 17. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Hartz-Maschine. „Geschäfte mit der Arbeitslosigkeit“.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 26. Februar: Fahrt zum Bauspar-Museum im Georg-Kropp-Haus in Wüstenrot. Georg Kropp war der Begründer des Bausparvereins und stammt aus Pommern. Abfahrtszeiten und nähere Information unter Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag, 28. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: **Jahreshauptversammlung** mit Grützwurstessen. Tagesordnung: Begrüßung und Kaffeestunde, Totenehrung, Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, Kassenbericht des Kassenwarts, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Anträge, Wahlen nicht besetzter Ämter, Verschiedenes.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 18. Februar, 17 Uhr, Orangerie: Grützwurstessen. Zum Ende des Faschings möchte die Gruppe mit lustigen Gedichten und Geschichten zur guten Stimmung beitragen.

Bamberg – Mittwoch, 15. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Veranstaltung zum Thema „Die Memel – ein Grenzfluss“.

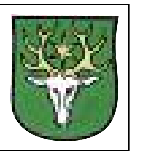
Hof – Sonnabend, 11. Februar, 14 Uhr, Vereinslokal: Grützwurstessen.

München Nord/Süd – Sonnabend, 25. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: „Alles über Bernstein – echt oder falsch“, gestaltet von Hans-Joachim Pfau. Zu Beginn eine gemeinsame Kaffeetafel.

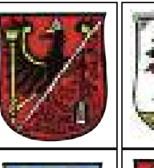


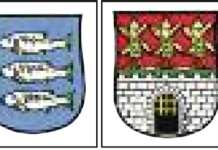
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



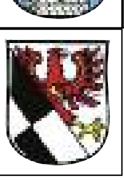
Wehlau – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Lindengarten, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.





Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Mittwoch, 15. Februar, 14 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Clubraum, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 16. Februar, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Sauer-süße Grüße aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, U- und S-Bahn Heidelberger Platz: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 18. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 35, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600 oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.



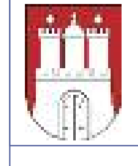
Rastenburg – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Atlantic Hotel, Airport Bremen, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen. Es wurde die Musikgruppe Burg eingeladen. Ihr Auftritt mit Mundharmonika, Handharmonika, Gitarre und Gesang unter der Leitung von Manfred Feldermann wird die Teilnehmer mit Schlagern, Volksmusik und Evergreens erfreuen. Im Zwischenprogramm werden aber auch einige Texte von Agnes Miegel und Anekdoten und Späße in ostpreußischer Mundart vorgetragen. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend folgen je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klops (oder Gemüseteller). Erstmalig liegt die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung allein in den Händen des Hotel-Atlantic Chefkochs und seiner Helfer. Sicherlich wird es gut gelingen. Für die Veranstaltung gelten folgende Preise: Eintritt und Essen (Fleck): 12 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klops oder Gemüseteller): 15 Euro, Eintritt ohne Essen 5 Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle in der Parkstraße 4 (Donnerstags von 14 – 17.30 Uhr) oder auf Anrufbeantworter Telefon (0421) 34 69 718.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

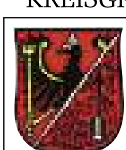
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Bergedorf – Freitag, 24. Februar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Treffen zum Thema „Fastlowend es hier, de Pann opt Fier, de Plinse brenne, dat mott so senne.“

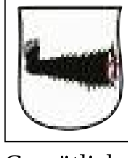
Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 27. Februar, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis zur Waldquelle): Treffen der Gruppe zum „Bunten Nachmittag“.

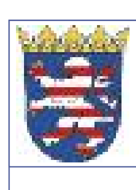
KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 3. März, 14 Uhr, Haus der Heimat/ LVD, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Treffen der Kreisgruppe. Thema: „Erinnerungen an Zuhause“. Nach einer Kaffeetafel erwartet sie ein Programm kultureller Art. Gäste sind recht herzlich willkommen. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt, dann Fußweg von ca. 6 Minuten in Richtung Michaeliskirche (Michel). Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Telefon Frau Gassewitz (040) 58951060 und Herr Schattling (040) 5224379.



Sensburg – Sonntag, 19. Februar, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Zum **ersten Treffen im neuen Jahr** im Kranichsteiner Bürgerhaus am See wünschte der Vorsitzende Gerhard Schröder allen Teilnehmern Gesundheit und alles erdenklich Gute für das Jahr 2012 mit dem Gedicht „Meistens an des Jahres Schwelle“. Anschließend würdigte er Hertha Röhm, die im 92. Lebensjahr nach langer Krankheit gestorben war. Man gedachte ihrer stehend in einer Schweigeminute. Erwin Balduhn las die Gedichte „Wünschen kann man viel“ und „Du sollst nicht lange klagen“. Er monierte, dass alles teurer werde und manches einen negativen Verlauf nehme. Dieter Leitner eröffnete seine Neujahrswünsche mit einem alten Danziger Spruch: „Prost Neujoahr, schiet aufs alte Joahr“ und rezitierte eine Silvesterhumoreske von Hans Krause. Schröder erinnerte an den 300. Geburtstag Friedrichs des Großen am 24. Januar und las Auszüge aus dessen Testament. Manche der heutigen Staatslenker könnten daraus etwas lernen. Er berichtete auch, dass von Danzig nach Thorn eine Autobahn gebaut wurde. Willy Posegga kleidete seine Neujahrswünsche in das Gedicht „Ich wünsche dir ein Huhn, das goldene Eier legt“. Gerhard Turowski sprach über zwei Kapitel aus Matthäus 27, und Anni Oest wünschte mit „Sind es nicht die kleinen Dinge?“ alles Gute denen, die Geburtstag hatten. Anschließend wurden zwei Kurzfilme von Wolfgang Lansdorf gezeigt. „Perpetuum mobile“ befasste sich mit der genialen Erbauung und dem Betrieb des Oberländer Kanals von Elbing bis Osterode, wo Schiffe auf geneigten Ebenen auf Schienen über Land transportiert werden. „Es war ein Land“ zeigte die Wunderwelt der Kurischen Nehrung mit den Dünen und dem Dörfchen Nidden von gestern und heute.

Dillenburg – Bei der **ersten Monatsversammlung im neuen Jahr** konnte Vorsitzender Lothar Hoffmann außer den Gruppenmitgliedern ein neues Ehepaar als Gäste begrüßen. Wie immer war das Thema im Januar „Flucht und Vertreibung 1945“. Es wurden drei Abschnitte aus dem Buch der schwedisch-deutschen Schriftstellerin Hedwig Bienkowski-Anderson „Unvergessenes Jugendland“ gelesen. Sie wurde 1904 in Schweden geboren. Nach dem Umzug mit ihrer Familie ins preußische Ermland heiratete sie einen Deutschen und trat wie viele im Winter 1945 von Allenstein aus die Flucht übers Frische Haff an. Zunächst las Margitta Meier aus dem ersten Teil des Buches Erinnerungen an bäuerliche Arbeiten wie Säen und Ernten des Korns, wobei die Autorin auch die technische Errungenschaft eines Mähdreschers erwähnt. Der Begriff war noch nicht erfunden, sie umschreibt das so: „Ein Mann sitzt am Lenkrad, ein zweiter bedient die Säcke, in welche die Getreidekörner fallen, sogar das gedroschene Stroh kommt gebündelt aus der Maschine“. Am Abend, nach der Heimkehr vom Feld, fand sich bei der Post der Gestellungsbefehl: Das war Ende August 1939, der Beginn des Krieges. Lothar Hoffmann las dann Texte von Ereignissen am Ende des Krieges, von den langen Trekks, die unterwegs zum Frischen Haff waren, um über die Nehrung nach Danzig zu gelangen. Unverzichtbare Zugtiere waren die Pferde, die dann oft, mit großem Abstand für die Wagen, Stunden für die vier Kilometer übers Haff brauchten. In der Nähe des Ufers war das Eis oft brüchig, oder russische Flugzeuge brachen das Eis mit Bomben auf, sodass die Fuhrwerke samt Menschen, Gütern und Pferden im eiskalten Haffwasser versanken.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

rung, am 4. Februar

Flatow, Gertrud, geb. **Steinbacher**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 19. März

Flechsig, Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. Februar

Folgmann, Heinz, aus Hasselpusch-Hermsdorf-Pellen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Februar

Galla, Kurt, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Februar

Gehrke, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Februar

Gilka, Hans-Georg, aus Lyck, am 18. Februar

Gritzka, Erich, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 13. Februar

Horch, Gerhard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 18. Februar

Kappus, Horst, aus Adelau, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Klein, Heinz, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 13. Februar

Kronenberger, Kurt, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 17. Februar

Kühn, Ursula, geb. **Gallei**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 18. Februar

Kujawski, Christel, geb. **Wagner**, aus Gilgendorf, Kreis Elchniederung, am 10. Februar

Mahnicke, Hermann, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 17. Februar

Mann, Hertha, geb. **Schütz**, aus Sarkau, Kreis Samland, am 13. Februar

Meiners, Gerda, geb. **Widder**, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 47, am 4. Februar

Ment, Adelheid, geb. **Kallwitz**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 18. Februar

Nowak, Helmut, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 17. Februar

Purwin, Heinz, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Februar

Rees, Christel, geb. **Lenkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar

Reidies, Walter, aus Lessen, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

Rößling, Heinz, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 13. Februar

Schlittke, Arno, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Schmuhl, Eva-Maria, geb. **Graap**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 14. Februar

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Scholl, Bruno, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar

Schulz, Günter, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. Februar

Springer, Günter, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 19, am 2. Februar

Sreball, Eva-Maria, geb. **Froese**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 5. Februar

Stahlberg, Elfriede, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 13. Februar

Warias, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar

Willert, Evelore, geb. **Kalkowski**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 11. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Babst, Werner, aus Neidenburg, am 15. Februar

Beil, Renate, geb. **Stephan**, aus Ebenrode, am 19. Februar

Bludau, Aloys, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 7. Februar

Geneit, Herbert, aus Rauschen, Kreis Samland, am 16. Februar

Jüngling, Alfred, aus Stolzenberg-Hermsdorf-Pellen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar

Kehlert, Herta, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar

Kendelbacher, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 16. Februar

Kunkel, Anneliese, geb. **Briefkorn**, aus Wotterkeim, Kreis Rastenburg, am 14. Februar

Scheller, Erwin, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 18. Februar

Schröder, Diedrich, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 18. Februar

Slotta, Irma, geb. **Venohr**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar

Stove, Heidetraut, geb. **Will**, aus Alt-Cainen, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar

Tögel, Edeltraut, geb. **Reimelt**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 19. Februar



Kollien, Hans-Dieter, aus Heiligenbeil-Abbau, und Frau Lieselotte, geb. **Gödje**, am 16. Februar

Lederer, Frank, und Frau Karin, geb. **Karow**, aus Heiligenbeil, Dietrich-Eckart-Straße 15, am 10. Februar

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Wie viele damals umkamen, wird man wohl nie erfahren. Anschließend las Gundborg Hoffmann dann noch einige Erlebnisse von Hedwig Bienkowski-Anderson, die sie von der Flucht bis zum Haff berichtet. Die Dörfer, durch die sie fuhren, wirkten menschenleer. Beim Klopfen an den Türen hörten die Flüchtlinge dann oft: „Gott sei Dank, keine Russen!“ Meist fand sich dann noch ein, wenn auch ungeheiztes, Zimmer zum Übernachten. Am nächsten Morgen kam dann der Räumungsbefehl von oben, das heißt, die Flucht nach Westen wurde endlich offiziell erlaubt. „Sollte ganz Ostpreußen wie ausgestorben zurückbleiben?“ fragt die Autorin. Was ja dann auch der Fall war. Nach den Lesungen herrschte zunächst einmal betroffenes Schweigen, denn viele hatten ja Ähnliches erlebt. Zum Abschluss des Nachmittags wurde dann noch das Ostpreußenlied gesungen. – Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, 29. Februar, um 15 Uhr im Café Eckstein, Königsberger Straße, statt. Nach dem Kaffeetrinken liest Urte Schwid-rich zunächst „Heiteres aus Königsberg“. Außerdem spricht Studiendirektor Eckhard Scheld vom Wilhelm-von-Oranien-Gymnasium Dillenburg über „Königsberg in Kaliningrad in den Bildern eines russischen Fotografen“.

Frankfurt am Main – Am 26. Januar traf sich die Gruppe zu einem kulturellen, informativen Nachmittag. Anlässlich des 300. Geburtstages Friedrichs des Großen war das Thema des Nachmittags: „Zeitgeschichte unter dem Alten Fritz“. Die zahlreich erschienenen Mitglieder der Landsmannschaft wurden von der Vorsitzenden Gerlinde Groß herzlich willkommen geheißen. Über das Thema des Tages wusste die Vorsitzende Interessantes aus dieser Zeit zu berichten. Nach dem Regierungsantritt dieses großen Königs beginnen 1740 die drei großen Kriege, die der Regierung und vor allem der Bevölkerung viel abverlangen. Unter anderem herrscht im Gestüt Trakehnen eine gewaltige Nachfrage nach Kavalleriepferden. Trakehnen ist das Privatgestüt des Königs. Jahre später wird er es in seinem Testament vergessen und es wird an den preußischen Staat fallen. Das Jahr 1758 beschert der Preußischen Armee bei Großjägersdorf eine fürchterliche Niederlage gegen die russische Armee. Die Folge ist, dass Ostpreußen für sieben Jahre von den Russen besetzt wird. Während der König um die Existenz seines Landes kämpft, huldigt der ostpreußische Adel der Zarin Elisabeth. Mit Verbitterung nahm der König dieses zur Kenntnis und betrat ostpreußischen Boden nie wieder. 1772 fällt das Ermland an Preußen und ein Jahr später erhalten die Provinzen „Westpreußen und Ostpreußen“ ihre Namen. Die Leibeigenschaft wird abgeschafft und durch die Erbuntertänigkeit ersetzt. Der König nennt sich nun nicht mehr König „in“, sondern König „von“ Preußen. Über preußische Verfügungen wurde an diesem Nachmittag weiterhin mit Interesse gesprochen unter dem Titel: „Wonach er sich zu richten habe“, was zu einer lebhaften Diskussion und zu Vergleichen mit der Neuzeit führte.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 14. Februar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 23. Februar, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 16. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis. – Sonnabend, 18. Februar, 15 Uhr, Geschäftsstelle der Kreisvertretung, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: **Jahreshauptversammlung.**

Bonn – Sonnabend, 11. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg: **Winterball der Ostdeutschen Landsmannschaften.** Veranstaltet von den Regionalgruppen der Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutschen und der Siebenbürger Sachsen. Musik: siebenbürgisch-sächsische Band Phönix V aus Drabenderhöhe. Weitere Mitwirkende: Ballettgruppe der Musikschule Sankt Augustin, Schlesische Trachtentanzgruppe Djonathan aus Neuss. Reservierungswünsche bitte an die veranstaltenden Gruppen richten. Eintritt 15 Euro, Jugend 10 Euro.

Dortmund – Montag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule/Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Dienstag, 14. Februar, 18 Uhr, GHH / Konferenzraum: Filmvorführung „Fridericus – der alte Fritz“. – Mittwoch, 15. Februar, GHH / Konferenzraum: Vortrag mit PD Dr. Winfrid Halder „Der andere Preuße, Otto Braun (1872–1955). – Freitag, 17. Februar, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Ausstellungseröffnung „Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen“. – Mittwoch, 22. Februar, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Autorenlesung mit Rada Renemarkova: „Ein herrlicher Flecken Erde“. – Dienstag, 28. Februar, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Helga Grebing über „Preußen – Schwarzweiß, aber auch rot: Sozialdemokratie im Osten“.

Ennepetal – Donnerstag, 16. Februar, 18 Uhr: Monatsversammlung kombiniert mit der **Jahreshauptversammlung**. Grützwurst nach Monikas Art.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 1. März, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatsversammlung.

Neuss – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: **Jahreshauptversammlung** mit Grützwurstessen. Einlass 14 Uhr. – Donnerstag, 1. März, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube Neuss, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.

Witten – Montag, 20. Februar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Informationen für Trauerfall und Bestattung.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 18. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Die Gruppe trifft sich zu einem humorvollen Nachmittag. Es soll eine optimistische Grundeinstellung bewahrt werden. Eigene Beiträge sind erwünscht.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 13. Februar, 14 Uhr, Krötenhof: Kappenfest.

Gardelegen – Sonntag, 18. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Zur Tanne: Festveranstaltung 20 Jahre Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Jerchel.

Halle – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Reilstraße 54 (Begegnungsstätte der Volkssolidarität): Treffen der Ortsgruppe.

Magdeburg – Sonntag, 12. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Faschingsmonat. – Dienstag, 21. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 24. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises.



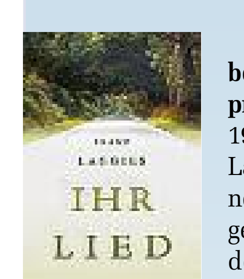
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg – Dienstag, 14. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Treffen der Ost-, Westpreußen und Danziger. Karin Gawehns aus Heiligenhafen hält an diesem Nachmittag einen Vortrag über „Fußpflege zur Erhaltung der Gesundheit“. Gäste sind herzlich willkomen.

Flensburg – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Kaffeerunde, **Jahreshauptversammlung,** Musik, Gedichte, Heimatgeschichten. – Freitag, 24. Februar, 12 Uhr, VFB-Sportheim, Mühlendamm (gegenüber dem alten Schwimmbad, Parkplatzprobleme): „Wrukenessen“ mit der Pommerschen Landsmannschaft. Anmeldung nur bei Herrn Pollack, Telefon 56485.

Malente – **Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und Schlesier, Ortsgruppe Malente-Grevesmühlen** – Klaus Schützler ist weiterhin für zwei Jahre Vorsitzender der Gruppe. An der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Malente in der Gaststätte Marktplatz begrüßte der Vorsitzende Klaus Schützler eine Vielzahl der Mitglieder. Nach dem Gedenken an die im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, dass heimatpolitische Veranstaltungen stattgefunden haben. Dabei wurden die traditionelle Erntedankfeier und die besinnliche Adventsfeier besonders hervorgehoben. Alle Veranstaltungen waren stets gut besucht und es konnten jeweils auch Gäste begrüßt werden. Der Kassenbericht durch den Kassenwart Walter Janz zeigte, dass mit den Beiträgen der Mitglieder sehr sparsam gewirtschaftet worden ist, so dass dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt werden konnte. Bei den Vorstandswahlen wurden die Ämter teilweise bestätigt, aber auch Mitglieder zur Vorstandsarbeit wurden neu gewonnen: 1. Vorsitzender Klaus Schützler, 1. Stellvertreter Heinrich Buchwald, 2. Stellvertreter Klaus Schwarz, Kassenwart Walter Janz, Stellvertretender der Kassenwart Hans-Walter Schützer, 2. stellvertretender Kassenwart Joachim Glauber, Beisitzer Gerda Klemz, Reinhart Lokker, Barbara Putzer und Ernst Grunenberg. Der Ortsvorsitzende Klaus Schützler verlieh den Mitgleidern Isolde Golz, Sabine Peters, Ernst Grunenberg, Max Skujat und Kurt Steiner das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Nach Beendigung des offiziellen Teils las Harald Breede, Eutin, aus „Die etwas andere Stadtführung in Königsberg-Kaliningrad“ den Epilog „Die Mauersegler sind müde“. Diese Lesung fand Wohlgefallen bei den Anwesenden, da Vergangenheit und Gegenwart und Aktuelles mit selbsterlebten Ereignissen aus dem Gebiet vom Autoren verwoben wurden. In seinen Schlussworten dankte der Vorsitzende Klaus Schützler allen für die gute Mitarbeit und aufopfernde Tätigkeit zum Wohle der Landsmannschaft und forderte alle auf, auch künftig sich weiterhin für die heimatpolitischen Anliegen einzusetzen.



Bauernleben in Ostpreußen – Als 1957 Franz Laggies an einer Staublunge starb, erbte dessen Sohn seine Romanmanuskripte. Jahrzehnte später begann dieser sie zu bearbeiten und zu veröffentlichen. Einer davon ist „Ihr Lied. Roman aus dem ostpreußischen Bauernleben“. Ein wenig schwülstig erzählt der 1897 in Neuenfelde, Kreis Elchniederung, geborene Autor von Tilli, die von ihrer Stiefmutter tyrannisiert wird und den Hof ihres Vaters verlässt. Sie geht auf anderen Höfen in Stellung und verliebt sich in den Sohn eines Arbeitgebers. Der Bauer erwischt seinen Sohn Robert mit Tilli und jagt sie vom Hof. Aber Robert kann Tilli nicht vergessen und diese trägt sein Kind unter ihrem Herzen ... *Bel*

Franz Laggies: „Ihr Lied. Roman aus dem ostpreußischen Bauernleben“, BoD, Norderstedt, broschiert, 367 Seiten, 24 Euro

Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 15. Februar 2012, 19 Uhr, Ostpreußen. Biografie einer Provinz: Buchvorstellung mit dem Autor Hermann Pölking

Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Dem wachsenden Interesse auch jüngerer Generationen kommt Hermann Pölking entgegen, indem er die Geschichte dieses Landstrichs auf ungewöhnliche Weise erlebbar und verständlich macht. Der Autor verwebt unzählige Augenzeugenberichte und Erinnerungen mit historischen Fakten zum Panorama einer mehr als 700-jährigen Geschichte. Er beschreibt nicht nur die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fakten, sondern berichtet auch von Landschaft und Wetter, von den Eigenheiten der Bewohner und vom abenteuerlichen Zustand ostpreußischer Straßen.

Hermann Pölking, geboren 1954 in Bremen, studierte Publizistik in Berlin, wo er ab 1979 Gesellschafter beim Verlag Elefanten Press war. Seit 1983 ist er Lektor, Herausgeber und Buchautor. Sein Spezialgebiet ist die Geschichte deutscher Länder. 2005 erschien von ihm die Dokumentation »Die Deutschen 1815 bis heute« (Piper Verlag). Hermann Pölking lebt zurzeit in Bremen und Berlin.

Umfangreiche Leseproben, Buchtrailer mit Filmausschnitten aus Ostpreußen, Interview mit dem Autor und viele weitere Materialien finden Sie unter ostpreussen-buch.de Eintritt: 4 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 75 99 50, Fax: (04131) 75 99 511, E-Mail: presse@ol-lg.de, Internet: www.ol-lg.de

Anzeigen

Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.
Joseph von Eichendorff

Wir haben am 16. Dezember 2011 Abschied genommen von meiner geliebten Frau

Sigrid-Rita Gregor

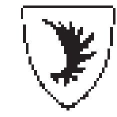
geb. Wannagat
aus Ostpreußen, vom Memelstrom
22. 9. 1926 – 29. 11. 2011

Ein schlichtes, ehrliches Leben hat sie gelebt in Liebe und Treue. Pflichterfüllung war ihre stille Größe. Tapfer hat sie gekämpft und schweigend gelitten und sich für Rudi aufgeopfert bis die immer schwerer werdende Last ihre schwindenden Kräfte überstieg.

Treue Freunde gaben ihr in Rudis Heimat ein ehrenvolles Geleit. Für die vielfältigen Beweise herzlicher Anteilnahme sagen wir unseren innigen Dank. Als eine wunderbare Frau mit klugem Herzen wird Rita in uns weiterleben.

In Liebe und Dankbarkeit
Dr. Rudi Gregor

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von unserer lieben Tante, Großtante und Urgroßtante



Rotraut Springer

* 25. 7. 1924 Kloschenen / Ostpr. † 28. 1. 2012 Timmendorfer Strand

Cordula Schacht, geb. Bender
Manfred Fricke
Knut und Agnes Bender, geb. Balog
Bianca Bender
Christian und Katharina mit Joona
Sönke, Malte und Janika
sowie alle Angehörigen

Traueranschrift:
Cordula Schacht, Wilhelm-Busch-Weg 22, 21255 Tostedt



Sei getrost,
am Ende des Weges wird Heimat sein.
H. Hesse

Gustav Richter

* 26.10.1922 in Lauck, Ostpreußen † 23.01.2012 in Köln

Ein erfülltes Leben voller Liebe, Güte und Bescheidenheit ist zu Ende gegangen. In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von geliebten Ehemann, gutherzigen Vater, Schwiegervater und Großvater.

Der liebe Verstorbene wird im engsten Kreise seiner Familie bestattet. Auf seinen Wunsch findet die Urnenbeisetzung und Andacht, zu einem späteren Zeitpunkt, in der Schweiz statt.

In stiller Trauer
Maria Richter, Hans-Peter & Nicolle Richter
Enkel Pascal, Patrick, Sandrine und alle Anverwandten

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Kreistreffen in der Heimat – Vom 24. Juni bis 3. Juli 2012 (10 Tage) wird das 9. Kreistreffen in der Heimat stattfinden. Folgendes Programm ist vorgesehen: Sonntag, 24. Juni: Abfahrt von Deutschland: Sankt Augustin, Bahnhofstraße 35 B (bei Manfred Ruhnau), 5.30 Uhr: Bonn, Zentraler Omnibusbahnhof, (ZOB) 6 Uhr: Köln, Busspur Komödienstraße/Nähe Hauptbahnhof 6.30 Uhr: Dortmund, Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB) 8 Uhr: Teilnehmer, die in Rodewald oder Hannover zusteigen, werden mit einem Zubringer zur Autobahn gebracht. Gleichzeitig Busfahrerwechsel! Betriebshof Busche, Alte Celler Heerstraße 2, 31537 Rodewald, 9 Uhr, Hannover, Zentraler Omnibusbahnhof, Bussteig 4, 10 Uhr. Entlang der BAB Hannover – Berlin sind weitere Zustiege nach Absprache möglich. Die weitere Reiseroute führt über die deutsch-polnische Grenze zur Zwischenübernachtung in den Großraum Posen. 25. Juni: Weiterfahrt über Thorn (Altstadtrundgang), Marienburg (Fotopause) und Elbing nach Frauenburg oder Braunsberg für 6 Übernachtungen. In Braunsberg stehen im Hotel Kristal 16 DZ und 1 EZ zur Verfügung. Weitere Zimmer sind im Hotel Kpernik in Frauenburg gebucht. 26. Juni: Fahrt durch den Kreis: Heinrichsdorf, Bludau, Tiedmannsdorf, Pettelkau. 27. Juni: Schifffahrt über das Frische Haff nach Kahlberg auf die Frische Nehrung. Nach einem Aufenthalt Rückfahrt mit dem Schiff. 28. Juni: Tag zur freien Verfügung. 29. Juni: Besuch von Mohrungen. Anschließend Fahrt nach Buchwalde. Von hier beginnt um zirka 13 Uhr die 4 1/2 -stündige Schifffahrt über die fünf schiefen Ebenen (Rollberge) und durch den Drausensee bis Elbing. 30. Juni: Besuch des Stadtfestes in Braunsberg, 1. Juli: Abfahrt von Braunsberg und Frauenburg über Elbing nach Danzig, Zoppot und Oliva zur Stadtbesichtigung (Ohne Eintrittsgelder). Anschließend Weiterfahrt zur Übernachtung in einem Hotel auf der Strecke nach Leba. 2. Juli: Weiterfahrt nach Leba zum Besuch der Lontzke Düne. Anschließend Rückfahrt über Stolp und Köslin zur letzten Übernachtung dieser Reise bei Stettin. 3. Juli: Rückfahrt entlang der gleichen Haltestellen, wie auf der Hinreise. Kleine Progammänderungen behält sich die Reiseleitung vor. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen 780 Euro, ab 30 Personen 860 Euro. Einzelzimmerzuschschlag für die ganze Reise beträgt 140 Euro. Im Reiisepreis sind folgende Leistungen enthalten: Fahrt im modernen Panorama-Reisebus mit Theaterbestuhlung (nach hintenansteigender Fahrgastraum) mit WC, Kleinküche und Klimaanlage. 9 Hotelübernachtungen mit Halbpension, Schiffffahrt über die Rollberge, Schifffahrt über das Frische Haff (Hin- und Rückfahrt), Stadtführung in Danzig, Oliva und Zoppot (ohne Eintrittsgelder), Reise-rücktrittskosten- und Krankenversicherung, Insolvenzversicherung, Grenz- und Straßengebühren, deutschsprachige Reiseleitung. Bitte vergessen Sie nicht Ihren gültigen Reisepass ober Personalausweis. Buchung der Reise: Wenn Sie an der Reiseteilnehmen möchten, bitte bis 1. März bei Manfred Ruhnau, Bahnhofstraße 35 B, 53757 Sankt Augustin, Telefon (0 22 41) 31 13 95, Fax (0 22 41)- 31 10 80 anmelden.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Kreisvertreter Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e. V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

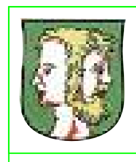
Treffen der Landsleute aus Schwägerau – Auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai 2011 in Erfurt begegneten sich zum ersten Male nach der Flucht aus dem Kreis Insterburg Landsleute aus dem früheren Dorf Schwägerau im Kirchspiel Norkitten. Weit über 20 Personen hatten sich nach diesem Treffen am 30 Mai im Landhotel Bienstädt in 99100 Bienstädt, Obertor 1, Telefon (036208) 7600, nur 15 Kilometer von Erfurt entfernt, zusammengefunden, um Erinnerungen an ihren Heimatort auszutauschen (vgl. hierzu Bericht im Insterburger Brief 9/10-2011 auf S. 276 und 277). Alfred Seidenberg und Siegfried Schulz, die beide noch in Schwägerau geboren wurden, haben nun auf vielfachen Wunsch ihrer Landsleute ein zweites Treffen im Landhotel Bienstädt organisiert. Das Treffen soll vom 17. (Himmelfahrt) bis zum 19. Mai 2012 (vorläufiger Abreisetag) stattfinden, kann auf Wunsch aber auch individuell verlängert werden. Inzwischen haben sich auch schon weitere Schwägerauer gemeldet, die beim ersten Treffen noch nicht dabei sein konnten. Das Motto des Treffens lautet: „Schwägerau lebt". Beide Organisatoren des Treffens haben kurz vor Weihnachten 2011 ihr interessantes Heimatbuch über Schwägerau „Die Erinnerung bleibt" als Dokumentation (im Selbstverlag zum Preis von nur 12,80 Euro) herausgegeben. Auf 80 Seiten sind lebendige Erinnerungen über ihr Leben, das ihrer Eltern und Großeltern und vieler anderer Schwägerauer eindrucksvoll beschrieben. Das Buch ist nur über die beiden Verfasser zu beziehen. Von Bienstädt aus sind die umliegenden historischen Städte Erfurt, Gotha, Eisenach (mit der Wartburg) und Weimar bequem zu erreichen. Ein interessanter Ausflug ist auch zum nahe gelegenen Hainich-Nationalpark möglich. Von einer Berghöhe aus kann man mit einem Fahrstuhl auf einen Aussichtsturm hinauf fahren und genießt von dort einen herrlichen Rundblick über die Weiten des Thüringer Waldes. Der Preis für Übernachtung und Frühstück im Landhotel Bienstädt bleibt unverändert wie 2011. Die Zimmer sind hell und freundlich eingerichtet, die Bäder sind großzügig, hell und komfortabel ausgestattet. Die Speisekarte ist abwechslungsreich, die Speisen sind äußerst preiswert. Das Treffen findet im Konferenzraum, gegebenenfalls je nach Teilnehmerzahl im großen Saal statt. Gäste aus den früheren Nachbardörfern wie zum Beispiel Waldhausen, Staatshausen und Norkitten, aber auch aus Insterburg, sind herzlich willkommen. Eine Anmeldung für die Zimmerbestellung ist bis zum 29. Februar 2012 unerlässlich. Für spätere Anmeldungen kann der ausgehandelte Preis leider nicht garantiert werden! Richten Sie bitte ihre Anmeldung unbedingt nur an: Alfred Seidenberg, Josef-Faber-Straße 11, 77933 Lahr-Reichenbach, Telefon und Fax (07821) 67588, E-Mail: alfred.seidenberg@web.de oder an Siegfried Schulz, Braunsberg 8, 18276 Zehna, Telefon (08458) 50552, E-Mail: jusischu@web.de.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

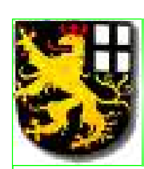
Masuren in Neumünster – Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen/Ostpreußen in der Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23, lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis Oktober an jedem dritten Sonnabend des Monats „Der besondere Tag" von 10 bis 16 Uhr. Alle Veranstaltungen beginnen um 16.15 Uhr. Eintritt frei. Besuch von Heimatmuseum und Archiv zu anderer Zeit nach Absprache mit Ute Eichler (040) 608 30 03 oder Manfred Kickstein (04326) 14 36. **Jahresprogramm 2012:** 17. März: Ab 10 Uhr geöffnet. Um 15.15 Uhr Ausstellungseröffnung „Lötzen – die Perle Masurens". Um 16.15 Uhr liest Ute Eichler aus ihrem Buch „Ostpreußen – mir nah" (Angerburger Kulturpreis 2009). – 21. April: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 1 von 4) – der Elch und die Elchschaufel". Dieter und Ute Eichler lesen und erzählen vom Wappentier. – 19. Mai: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr Vortrag „400 Jahre Stadt Lötzen – Persönlichkeiten der Stadtgeschichte" (Referent angefragt). – 16. Juni: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 2 von 4): Der Storch." Dieter und Ute Eichler lesen und erzählen vom „Adebar". – 21. Juli: Der besondere Tag – Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik) werden zum Kauf angeboten. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Gelegenheit zum Stöbern und Schabbern von 10 bis 16 Uhr. – 18. August: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 3 von 4) – Der Bernstein". Dieter und Ute Eichler zeigen den Film „Geheimnisse des Bernsteins". – 1./2. September: Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster. Programm im Lötzener Heimatbrief Nr. 111/Mai 2012 und in der Tagespresse. Das Heimatmuseum öffnet an beiden Tagen. – 15. September: 10 bis 16 Uhr – Dauerausstellung und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Geliebtes Poesiealbum!" – Angelika Salzwedel, Itzehoe, spricht über die Geschichte der Poesiealben und stellt Beispiele aus ihrer Sammlung vor. – 20. Oktober: 10 bis 16 Uhr – Dauerausstellung und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 4 von 4) – Das Trakehnerpferd" (Referent angefragt).



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Neue Archivräume. Am 27. Januar 2012 konnten in zentraler Lage im Hause Elbersufer 20 in Hagen neue Archivräume der Kreisgemeinschaft offiziell eröffnet werden. Das war dank einer Erbschaft und durch Unterstützung der Patenstadt Hagen möglich. An der Eröffnungsfeier nahmen der Bürgermeister der Stadt Hagen, Dr. Hans-Dieter Fischer, und der Patenschafts-Sachbearbeiter Peter Mook teil. Vertreten waren auch der BdV-Kreisverbands-Vorsitzende Bernhard Jung und der Vorsitzende der Ostpreußen in Hagen, Herbert Gell. Das Archiv hat nicht nur einen Archiv-Raum, sondern auch einen Raum, den man durchaus als Heimatstube bezeichnen kann. Das Archiv ist jeweils am letzten Freitag eines jeden Monats von 11 bis 12.30 Uhr für einzelne Besucher geöffnet. Archiv-Verwalterin ist Frau Bärbel Wiesensee, wohnhaft Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. E-Mail-Adresse: Bwiesensee@aol.com. Besucher-Gruppen werden gebeten, den Besuchs-Termin mit Frau Wiesensee zu vereinbaren. Jetzt ist es im verstärkten Maße möglich, Erinnerungsstücke an unsere ostpreußische Heimat in das Archiv aufzunehmen. Landsleute werden deshalb gebeten, wenn sie sich von irgendwelchen Dingen trennen wollen, die Exponate an Frau Wiesensee zu senden.



MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462)2452. Geschäftsstelle Lothar Gräf, Dr. Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570.

Das neue Jahr hat für die Kreisgemeinschaft mit einem **Neu-jahrsempfang bei der Patenstadt Gießen** begonnen. Denn auch in diesem Jahr hatte die Stadt Gießen wieder einen Vertreter der Kreisgemeinschaft Mohrungen dazu eingeladen. Als Vertreter der Kreisgemeinschaft nahmen Wolfgang Warnat und Ehefrau am 8. Januar an diesem Neujahrsempfang teil. Vor etwa 300 geladenen Gästen sprach nach einer musikalischen Einleitung die Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen, Dietlind Grabe-Bolz, zuerst über die wichtigen Dinge des abgelaufenen Jahres. In der Rede der Oberbürgermeisterin ging es vor allem um die Bundesgartenschau 2014 und die finanziellen Probleme der Stadt. Nach dem Neujahrsempfang wurden bei Getränken und Kleingebäck noch Gespräche geführt. Hierbei konnte Herr Warnat der Oberbürgermeisterin und ihren Mitarbeitern die Neujahrsgrüße der Kreisgemeinschaft übermitteln. Die OB und unsere Dezernentin Frau Eibelshäuser freuen sich, im März mit dem Vorstand ein Gespräch zu führen, um mehr über die Arbeit der Kreisgemeinschaft erfahren zu können. Die ersten Termine im Jahr 2012: 1. März Kassenprüfung, 2. März Kreisausschuss-Sitzung, 3. März Arbeiten im neuen Archiv in Gießen. Die Kassenprüfung und Kreisausschuss-Sitzung finden im neuen Archiv in Gießen statt. Am 18. und 19. August findet unser Heimatkreis-Treffen in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8 im Grandhotel Esplanade statt. Der Programmablauf erscheint in der Sommerausgabe der MHN. Hotelanzeige finden Sie auf einer extra Seite. Nach unserem Hauptkreistreffen im September 2011 in Morungen/Südharz musste einiges geklärt und erledigt werden, vor allem in Mohrungen / Ostpreußen. Denn, wie schon in der MHN 125 berichtet wurde, musste die Kreisgemeinschaft in 2011 erst von Herbert Preuß, dem Leiter der „Mohrunger Stuben" und dann kurze Zeit später von Eva Filipowicz, die als Nacholgerin benannt wurde, Abschied nehmen. Jetzt musste schnellstmöglich ein neuer Betreuer für die „Mohrunger Stuben" gefunden werden. Mitte Oktober 2011 sind dann Ingrid Tkacz und Marlene Wölk, Kreistagsmitglieder und zuständig für die Heimatkreiskartei, mit dem Zug nach Mohrungen gefahren, um vor Ort die Probleme persönlich mit den Interessenten zu klären. Das ist gelungen und die Kreisgemeinschaft hat jetzt eine schriftliche Vereinbarung mit Marek Nalikowski als Betreuer für die „Mohrunger Stuben" getroffen. Herr Nalikowski spricht Deutsch und ist sehr hilfsbereit. Beim Bürgermeister der Stadt Mohrungen Sobierajski hatten wir auch einen Termin vereinbart. Wie immer, wurden wir freundlich empfangen. Herr Nalikowski wurde dem Bürgermeister als neuer Betreuer für die „Mohrunger Stuben" und Kontaktmann vorgestellt. Der Bürgermeiser war darüber erfreut, dass wir die neue Situation geklärt haben und den Nachfolger vorstellten. Er wäre erfreut, wenn zukünftig die „Mohrunger Stuben" an mehreren Wochentagen für Besucher geöffnet wären. Darüber werden noch Gespräche geführt. – Als nächstes stand die Fahrt nach Liebstadt zum „Lapidarium" an. Dort trafen wir David Tulski, den Pfleger der Gedenkstätte. Nach gemeinsamer Begehung stellten wir fest, dass alles einen positiven Eindruck auf uns machte. Das Areal wird weiterhin von Herrn Tulski gepflegt und das Finanzielle ist einvernehmlich geklärt worden. Ganz besonders lag uns am Herzen, die restliche Bruderhilfe an die deutschstämmigen Personen im Kreis Mohrungen zu überbringen. Die erste Fahrt war nach Schwalgendorf. Wir sind freundlicherweise von Herrn Mischke in Mohrungen abgeholt worden. Bei Frau Nowek trafen sich etwa zwanzig deutschstämmige Personen, an die dann die Bruderhilfe ausbezahlt wurde. Die stellvertretende Bürgermeisterin von Schwalgendorf, Aniela Gutkowska, und alle Anwesenden begrüßten uns sehr herzlich. Bei Kaffee und Kuchen wurden nette Gespräche geführt. Im Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen, wo Ursula Manka die 1. Vorsitzende ist, haben wir ebenfalls bei Kaffee und Kuchen Bruderhilfegelder ausbezahlt. Der Verein lädt zum 20-jährigen Bestehen am 2. Juni nach Simnau ein. Außerdem sind wir noch in viele andere Orte zu den Menschen gefahren, um ihnen eine Freude mit der Bruderhilfe zu bereiten. Wir waren in ganz vielen Fällen sehr traurig zu erfahren, wie krank und wenig Mittel diese Familien beziehungsweise allein lebende alte Menschen zur Verfügung haben. In der heutigen Zeit freuten wir uns sehr darüber, dass es noch Menschen gibt, die sich über einen Besuch und eine Unterhaltung auf Deutsch und die finanzielle Unterstützung von Herzen freuen können. „Das Sinnvolle unseres Zusammenlebens ist: Einander zu helfen, einander Freude zu bereiten."



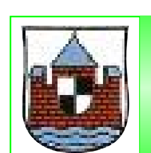
NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

100 Jahre Neidenburger Wasserleitung – Die Arbeiten für die Frischwasser- und Abwasserleitungen wird man sicher im Jahre 1911 begonnen haben, damit die Wasserversorgung 1912 fertig war. Auf einem Restmauerwerk des ehemaligen Wasserkessels auf dem sogenannten „Wasserberg" kann man heute noch die Jahreszahl 1912 deutlich erkennen. Laut einem Vermerk aus dem Jahre 1913 sollen die Arbeiten für diese bedeutende Anlage 520 000 Reichsmark gekostet haben. Hermann Braun, Leiter der Stadtwerke Neidenburg, schreibt in dem Buch „Der Kreis Neidenburg" über die zentrale Wasserversorgung der Stadt: „Mit der Vergrößerung der Stadt in den letzten Jahren wuchs zwangsläufig der Wasserbedarf. Um hier Abhilfe zu schaffen, entschloss man sich 1939, ein zweites Wasserwerk zu bauen. Das Gelände hinter dem Schlossgut an der Straße nach Robertshof bot sich hierfür an. Für die Wasserförderung wählte man drei Kreispumpenaggregate mit abgestuften Leistungen und elektrischem Antrieb. Das Wasserwerk II arbeitete vollautomatisch, nur Rükkspülungen der Filter erforderten Maschinenbedienung. Nun war die Wasserversorgung auch bei einem weiteren Anwachsen der Stadt gesichert." Im weiteren Text wird von Hermann Braun auch das Kanalrohrnetz beschrieben. Noch heute ist auf mehreren Kanaldeckeln in der ehemaligen Schulstraße, jetzt ul. Wladyslawa Jagielly, deutlich die Aufschrift der Herstellerfirma „Heinrich Scheven, Düsseldorf" zu lesen. Nach Korrespondenz des Kreisvertreters mit der heute noch in Erkrath bei Düsseldorf existierenden Firma ist allerdings im dortigen Archiv kein Material mehr aus der damaligen Zeit vorhanden.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

LO-Ehrenzeichen in Silber – Manfred Urbschat musste im Alter von acht Jahren seine Heimatstadt Tilsit verlassen. Die Familie wurde von der Roten Armee überrollt und gelangte später nach Mecklenburg. Hier besuchte er die Oberschule in Bad Doberan, machte das Abitur und schlug die Offizierslaufbahn ein. Nach dem Studium an der Offiziersschule für Nachrichtentechnik diente er 30 Jahre bei den Luftstreitkräften der NVA als technischer Offizier für Flugsicherungstechnik. Im Fernstudium erwarb er an der TU Dresden die Abschlüsse als Dipl.-Ing. für Hochfrequenztechnik und als Fachingenieur für Mikroprozessortechnik. Nach der Versetzung in die Reserve ging er zur Deutschen Post und leitete die Abteilung Funkwesen bei der Bezirksdirektion Cottbus. In der Wendezeit wurde er vom Bundesamt für Post und Telekommunikation übernommen, bis er 1999 in den Ruhestand ging. Mit der Stadtgemeinschaft Tilsit besuchte er seine Heimatstadt und trat der Landsmannschaft Ostpreußen bei. Bei Heimattreffen und Ausstellungen übernahm er zahlreiche technisch-organisatorische Aufgaben und wurde in die Stadtvertretung gewählt. In seiner Wahlfunktion setzte er sich für die Modernisierung der Öffentlichkeitsarbeit ein und schuf eine Homepage „Tilsit-Stadt“, die sich großer Wertschätzung erfreut. Mit organisatorischem Geschick klassifizierte er das Tilsiter Archiv und machte es nutzerfreundlich. Darüber hinaus digitalisierte er sämtliche bisher erschienenen Tilsiter Rundbriefe auf CD und ermöglichte ihre Zugriffsbereitschaft und deren Erhalt für die Zukunft. 2009 wurde Manfred Urbschat zum Mitglied des Vorstands der Stadtgemeinschaft Tilsit gewählt. Auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt 2010 repräsentierte er die Stadtgemeinschaft mit einem attraktiven Informationsstand. Nach dem plötzlichen Ausfall des Karteiführers übernahm er zusätzlich die Aufgabe, die Heimatkartei in Ordnung zu bringen, die Adresslisten für den Versand der Heimatbriefe zu aktualisieren und sicherte in einer kritischen Situation den Fortbestand der Arbeit. Für seine Verdienste und sein aktives heimatpolitisches Wirken hat die Landsmannschaft Ostpreußen Manfred Urbschat mit dem Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet. Im Auftrag des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, überreichte der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit Hans Dzieran auf der Tagung des Vorstands im Januar 2012 die hohe Auszeichnung. Herzlichen Glückwunsch!

Erster Empfang seit 60 Jahren

Hamburger Senator sprach mit Vertretern des Landesverbands der vertriebenen Deutschen

Es war nach der Gründung 1952 ein erster erfolgreicher Besuch einer Abordnung des Landesverbands der vertriebenen Deutschen (LvD) Hamburg beim amtierenden Senator, der am 30. Januar zu einem Arbeitsgespräch die Vertreter der Ost- und Mitteldeutschen nebst Siedlungsdeutschen aus dem Osten eingeladen hatte. Landsmann Piesch überreichte als Gastgeschenk eine „historische Zusammenfassung“ über die Anfänge des Verbandes ab 1949 nebst Darstellung der heute zur Republik Polen gehörenden ostdeutschen Regionen. In der Begrüßung bestätigte Senator Scheele, dass seine Vorfahren ebenfalls aus dem Osten kamen. In erfrischender Offenheit erklärte er, dass die neue Landesregierung unter dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) zwar politisch einen umfangreichen Handlungsspielraum habe, jedoch die Schulden der Vergangenheit rigoros abbauen müsse. Das beträfe auch die finanzielle Unterstützung des Verbandes gemäß der sozialen und kulturellen Verpflichtung nach dem BVFG. Die Delegation trug eigene Sparmaßnahmen für 2012 vor, so zum Beispiel den Tag der Heimat mit dem anfallenden 60-jährigen Jubiläum am 15. September zu verbinden, um Kosten zu senken. Neben Hinweisen auf eine Kostenersparnis durch die Betreuungshilfe für Aussiedler, da diese Kosten der BdV-Bundesverband trüge, wurde auf den jährlichen Heimatmarkt verwiesen. Ab 1985 besuchten diesen viele Touristen und auswärtige Besucher. Dem von Piesch angeregten Vorhaben in Hamburg endlich ein Denkmal zu schaffen für die Opfer von Flucht und Vertreibung 1945 aus dem Osten Deutschlands auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz in Form einer Bronzetafel an einem Findling mit Hinweis, dass hamburgische und vertriebene Trümmerfrauen damals tatkräftig mithalfen, die Hansestadt wieder aufzubauen, sagte Senator Scheele seine unterstützende Hilfe zu, zumal dieses Denkmal die Stadt „nicht einen Cent“ kosten würde. Mit herzlichem Dank und der Bitte eines Gegenbesuches im Haus der Heimat endete diese Zusammenkunft. *EB*

Scheele will auch Gedenktafel für Trümmerfrauen



Besuch beim Senator: v.l. Johann Kalläwe (Mitteldeutsche), Lilia Heffel (Deutsche aus Russland), Willibald J. C. Piesch (Vorsitzender und Oberschlesier/Schlesier), Senator Detlef Scheele und Hartmut Klingbeutel (Landsmannschaft Ostpreußen) Bild: Imke Nikolaisen



„Religion und Kirche in Ostpreußen“ – Kulturseminar der LO

Das Kulturseminar der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) zum Thema „Religion und Kirche in Ostpreußen“ wird unter der Leitung von Dr. Sebastian Husen, Bundesgeschäftsführer der LO, vom 20. bis 22. April 2012 im Ostheim, Bad Pyrmont, stattfinden.

Der erste Referent Karlheinz Mose wird am Freitag zum Thema „Begegnungen mit Ordensfrauen und Wegelagerern. Erlebnisse bei Fahrten nach Schlesien“ sprechen. Den Sonnabend eröffnet PD Dr. Andreas Lindner mit dem Thema „Königsberg als Ort der Reformation“. Es schließen sich Prälat Prof. Dr. Helmut Moll mit „Blutzeugen und Gewaltopfer in Ostpreußen aus der Zeit des Nationalsozialismus“ und Propst i.R. Erhard Wolfram mit „Die gegenwärtige Lage der evangelischen Kirche im nördlichen Ostpreußen“ an. Den Nachmittag gestaltet Christian Papendick mit seinem Diavortrag „Zwischen Hoffnung und Verfall – Kirchenbauten im Norden Ostpreußens“ und natürlich darf auch Ruth Geede mit einer Lesung nicht fehlen. Martin Lehmann referiert am Sonntag zum Thema „Die Wiederherstellung der Kirche in Mühlhausen“ und Waldemar Moscicki M.A. hält den letzten Vortrag „Landkirchen in Ostpreußen“. Nach den Referaten bleibt genügend Zeit für Nachfragen und zur Diskussion.

Das vollständige Programm mit Anmeldeformular ist unter folgender Internetadresse abrufbar: http://www.ostpreussen.de/lo/seminare/kulturseminar.html oder über die LO zu erhalten.

Anmeldungen richten Sie bitte an den Veranstalter: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder info@ostpreussen.de. Die schriftlichen Anmeldungen werden entsprechend ihrem Eingang berücksichtigt. *LO*

Baum-woll-hose — in Stein einge-ritzter Text — wider-rechtlich weg-nehmen — Tochter des Aga-memnon — Wagen-ladung — kleines Chirur-gen-messer — Beschäf-tigung, Tätigkeit — Fluss durch München — dt. So-zialist (Fried-rich) — Bewoh-ner eines Erdteils — Pökel-flüssig-keit — große Welle — ungefähr, an-nähernd — feiner Unter-schied; Feinheit
gekoch-tes, ver-mengtes Gericht — Zahl-stelle — auf einem Blasin-strument spielen
früherer Reiter-soldat — Gesuch, schrift-liche Bitte — südital. Hafen-stadt in Apulien — Pampas-strauß
Nadel-baum — Stadt am Neckar (Baden-Württ.) — jap. Blumen-steck-kunst
Strauch-frucht — gefall-süchtig; ein-gebildet — Nenner, Divisor (Mathe-matik) — Winkel des Boxrings — unbe-kanntes Land — Fische fangen
österr. Bad im Salzkam-mergut — nordi-sche Münze — männ-liches Borsten-tier — blutstil-lendes Mittel — früher; lieber — frühere frz. Wäh-rungs-einheit
regeln; sortie-ren — Schrott — Außen-schicht bei Bäumen
Abk. für Grund-gesetz — eine der Musen — Verlade-fläche — germa-nischer Donner-gott — Tier-pflege — scherz-haft: Schule — Sagen-könig von Sparta
dünn, zart — Vorname der Garbo — chem. Zeichen für Nickel — freund-lich — ein-tönig reden
Stock-werk — Angehö-riger ei-nes Rei-tervolkes — Dick-häuter, Rüssel-tier — hohler Rund-körper — leichte Ver-tiefung, Beule
immer, zu jeder Zeit — Wettlauf
in Ei und Semmel-bröseln wenden — alte Hand-feuer-waffe — Sohn Abra-hams im A. T. — Wurfseil, Wurf-schlinge — politi-scher Fana-tiker — venezia-nisches Ruder-boot
unecht, nach-gemacht — sanfte Boden-er-hebung
Maßein-heit der elektr. Leistung — Frage-wort — engl. Adels-titel: Graf — Wind am Garda-see
von drin-nen nach draußen (ugs.) — Bereich, Gebiets-teil — Strom in Vorder-indien — Ringel-, Saug-wurm — jap. Herr-scher-titel
dänische Stadt in Nord-jütland — Gipfel der Berner Alpen — Küchen-gerät, Raspel — Gott anrufen — knabbern
Erdrinne — Drama von Ibsen
nauti-sches Hilfs-mittel — ein Europäer — basch-kirische Haupt-stadt — Einfall, Gedanke — Begeis-terung, Schwung
Aufzug, Fahr-stuhl — ostasia-tisches Brett-spiel
Höhen-zunahme — Reiz-bewe-gung — Auktions-teil-nehmer
sächsi-sche Stadt an der Elbe — Schwanz des Hundes — Roman von Émile Zola

PAZ12_06

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

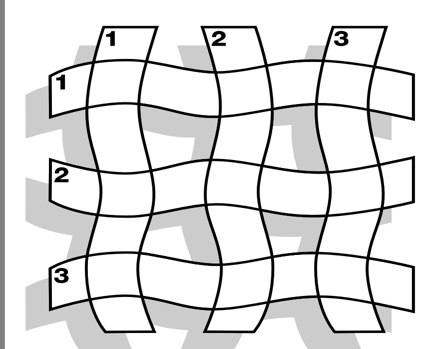
EEEFF INORR — EEFM — FGLPU — ARST — CDIOS — AFRU — BEER — AENS
AEILS — AAR
AEGL OT — BCHS SU
EEF

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Streichinstrument.

1	SCHIFFER	KONZERT
2	FACH	KLASSE
3	REGEN	BRUCH
4	ALARM	BERATER
5	NEBEN	AUSFALL
6	BIER	BROT
7	FIRMEN	JAHRE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 raues, gekräuseltes Gewebe
2 dreieckige Flagge
3 Apfelsorte

So ist's richtig:



Schüttelrätsel:
P D
OFFERIEREN
ELIAS ARA
MU SCHUBS
LEGATO FEE

Mittelworträtsel: 1. Klavier, 2. Arbeiter, 3. Wolken, 4. Anlage, 5. Verdienst, 6. Schinken, 7. Gruender – Violine

Magisch: 1. Frottee, 2. Stander, 3. Renette

Friedrich der Große in Ratingen

Oberschlesisches Landesmuseum zeigt Sonderausstellung mit Schwerpunkt Schlesien

Das Jahr 2012 steht bekanntlich im Zeichen des 300. Geburtstages des preußischen Königs Friedrich II. Neben den zentralen Veranstaltungen in Berlin und in Potsdam ist seit Ende Januar im Bundesland Nordrhein-Westfalen die Sonderausstellung unter dem Motto „300 x Friedrich. Preußens großer König und Schlesien“ zu besichtigen. Die Schirmherrschaft hat die NRW-Ministerpräsidentin, Hannelore Kraft, übernommen.



Blick in die Museumsräume: Der Preußenkönig im Porträt und als Statue Bild: D. Göllner

Mit einem feierlichen Eröffnungsprogramm im Beisein von rund 500 Gästen – darunter zahlreiche Persönlichkeiten des kulturellen, politischen und sozialen Lebens sowie namhafte Leihgeber und Vertreter von Institutionen aus Deutschland und Polen – hat das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen-Hösel verkündet: „Friedrich ist da!“

Facettenreiches Bild des umstrittenen preußischen Regenten

Bei einem Rundgang durch die über 500 Quadratmeter große Ausstellung können sich die Besucher einen Überblick über das Leben und Wirken der bis heute so umstrittenen historischen Figur des preußischen Regenten und seiner Zeit verschaffen. Anhand von rund 500 Exponaten aus hauseigenen Beständen sowie von institutionellen und privaten Leigebern entstand ein überaus vielseitiges und facettenreiches Bild des Monarchen, der schon zu seinen Lebzeiten den Beinamen der „Große“ trug. Er wird sowohl als gebildeter und musikalischer Mensch, wie auch als Kriegsführer und Reformator dargestellt.

Stephan Kaiser hat als Ausstellungskurator und Museumsdirektor darauf verwiesen, dass die Präsentation im Oberschlesischen Landesmuseum durch die Herausstellung der ostdeutschen Bezüge rund um den „Alten Fritz“ eine Sonderstellung im „Reigen“ der Jubiläumsveranstaltungen einnimmt. Es geht dabei insbesondere um das Herzogtum Schlesien, das sich südlich der Mark Brandenburg befand und unter habsburgischer Oberhoheit stand. Der im Jahre 1712 in Berlin als Sohn von König Friedrich Wilhelm I. geborene Friedrich II. hat bereits im Jahr der Thronbesteigung seine Erbansprüche militärisch geltend gemacht. In der Ausstellung sind die drei Schlesischen Kriege dokumentiert – beginnend mit dem Einmarsch preußischer Truppen in Schlesien im Dezember 1740 und dem Frieden von Breslau bis hin zum Ende des Siebenjährigen Krieges in 1763 und dem Frieden von Hubertusburg.

Die Präsentation zeige, so Dr. Kaiser, anhand zahlreicher Exponate, dass das Ringen Friedrichs um Schlesien ein Experiment für den preußischen König war, das ihn seine Kräfte gekostet habe. Zu sehen sind wertvolle Dokumente und beeindruckende Großobjekte wie zum Beispiel das Diorama mit der legendären Schlacht von Leuthen, die das Streben des Königs unterstreichen.

Die differenzierte Betrachtung des Preußenkönigs sowie seines Umfeldes mit dem Schwerpunkt auf dem Experimentierfeld Schlesien wirft eine Fülle von interessanten Fragen auf. Wer wissen möchte, was das Herzogtum Schlesien für Preußen so interessant machte oder wie die Wirtschaftspolitik Friedrichs II. funktionierte oder auf welche Weise die Schlesier für den neuen Staat gewonnen werden konnten, findet in der „300 x Friedrich“-Ausstellung passende Antworten.

Ein weiterer Präsentations-Bereich ist dem Aufbau und der Neuausrichtung Schlesiens im preußischen Sinne gewidmet. Aspekte der Gutswirtschaft und des Adels finden ebenso Berücksichtigung wie etwa Festungsbau, Religion und Gewerbepolitik. Die authentische Persönlichkeit des preußischen Königs, der 1786 im Schloss Sanssouci starb, wird in zwei Etappen herausgestellt: Durch Zeitzeugnisse und durch seine spätere Inszenierung. Höhepunkte aus der inzwischen mehr als 250jährigen Friedrich-Rezeption sind ebenso zu finden wie auch einige Mythen, die sich um die Figur Friedrich II. ranken.

Zur Fülle der Exponate, die unter anderem aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, aus der Stiftung Preußen-Museum Wesel sowie aus dem Schlossmuseum Pless, dem Museum des Glatzer Landes und dem Oberschlesischen Museum Beuthen stammen, gehören Gemälde, Statuetten, Waffen, Dokumente, Bücher und Porzellanobjekte.

Vertragsexemplar des Hubertusburger Friedens ausgestellt

Eines der wertvollsten Ausstellungsstücke ist das Vertragsexemplar des Hubertusburger Friedens aus dem Jahre 1763, das durch eine Sammelschrift von Breslauer Sonderdrucken aus dem Besitz der Breslauer Universitätsbibliothek ergänzt wird. Dem in Schlesien geborenen Maler Adolph Menzel, der vor allem durch seine historisierenden Darstellungen aus dem Leben Friedrichs des Großen bekannt geworden ist, wird in der Ausstellung eine eigene Abteilung gewidmet.

Die „300 x Friedrich“-Schau im Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen-Hösel ist bis zum 16. September geöffnet. Interessante museumspädagogische Programme für alle Jahrgangsstufen werden ausstellungsergänzend angeboten.

Dieter Göllner

Hafenimpressionen

Schiffe aus der Sicht eines Hamburgers



Königsberger Hafen: Vor der Börse liegen zwei kleine Fahrzeuge am Kai. Links, mit schwarzem Anstrich, die „Elbing V“, gebaut 1908 für die Elbinger Dampfschiffreederei auf der Schichau Werft in Elbing. Im Frühjahr 1945 trat das nur für den Binnenverkehr zugelassene Schiff seine erste Seereise an, die von Pillau nach Schleswig-Holstein führte. An Bord befanden sich Mitarbeiter der Schichau-Betriebe und Material von der Werft. 1947 bekam das Schiff vom Germanischen Lloyd eine neue Klassifizierung und war damit für vier Jahre für die kleine Küstenfahrt zugelassen. Nach Umbau und Verlängerung wurde es in „St. Monika“ umbenannt. Nach 62 Jahren Fahrzeit wurde das Schiff 1971 abgewrackt. Sein letzter Eigner war Hermann Schepers aus Haren an der Ems. Rechts im Bild, mit weißem Anstrich, die „Martha“, die auf dem Oberländischen Kanal auf der Tourlinie Königsberg-Osterode und Deutsch Eylau eingesetzt wurde. Bild: Jansen/Archiv Fuchs

Musik eines Engels

Ein Lied verband die beiden Deportierten

Sie standen Schulter an Schulter zusammengedrängt wie Vieh und warteten darauf, auf Lastwagen verladen zu werden. Sie hatten fast nichts an. Man hatte sie geprügelt, gequält. Sie hatten Angst. Zwei unter ihnen waren Musiker; sie war Geigerin, er Pianist, und beide waren ineinander verliebt. Da saßen sie nun in ihrer Blöße zwischen den anderen, allen Blicken ausgeliefert. Ihre Gesichter sahen entrückt aus, als hörten sie eine Musik, die ihre Seelen erfüllte; ihre Versunkenheit ließ sie alle Scham, alle Verletzungen, auch Kälte und Angst vergessen.

Sie erwachen fast gleichzeitig. „Ich habe von früher geträumt, von der schlimmen Zeit der Deportation“, sagt er zu seiner Frau. „Weißt du noch, wie wir uns damals vorgestellt haben, Musik zu hören? Wir hatten unser Lied ausgesucht. Nie wieder war Musik schöner, auch wenn wir sie nur in unserer Seele hörten, nicht wahr. Sie machte uns beinah unverletzlich.“ Sie nickte. „Wir sprachen ja gestern Abend darüber, deshalb habe auch ich geträumt, aber von unserer Befreiung durch die Amerikaner. Und immer wieder höre ich, wie jemand auf einer Mundharmonika blies; es war ein amerikanischer Soldat. Er spielte so falsch, dass ich eine Gänsehaut bekam. Aber für mich war es die Musik eines Engels.“

Gabriele Lins

Trara, das tönt wie Jagdgesang ...

Männlich, kraftvoll, traditionsreich: Einer der erfahrensten Jäger Deutschlands erzählt, wie sehr er seinen Beruf liebt

„Den blutigen Wolf und den Eber zu fällen, / Der gierig die grünenden Saaten durchwühlt“ – der Jägerchor aus dem „Freischütz“ besingt schon einen wesentlichen Teil der Aufgaben eines Jägers. Der Vize-Präsident des Landesjagdverbandes Brandenburg, Rüdiger Hörold, spricht im Interview mit der *PAZ* Klartext statt Jägerlatein. Hochachtung vor dem Wild, praktizierter Naturschutz und die Kunst der Selbstbeherrschung zeichnen diesen uralten Beruf aus. Die Fragen stellte Heinz-Wilhelm Bertram.

PAZ: *Herr Hörold, wie viele Tonnen Wildbret haben die deutschen Jäger im Jahr 2011 auf die Verkaufstheken gebracht?*

Hörold: Rund 25 000 Tonnen. Hinzu kommen 15 000 Tonnen Einfuhrwild, hauptsächlich aus Argentinien und Neuseeland, was mehr oder weniger Farmwild war und zu unserem Leid die Preise drückt. Insgesamt steht Wild bei den Konsumenten sehr hoch im Kurs.

PAZ: *Wie viele registrierte Jagdscheininhaber befriedigen diesen Kaufwunsch?*

Hörold: Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland 350 000 Jagdscheininhaber. Das scheint eine hohe Zahl zu sein, es sind jedoch nur 0,43 Prozent vom Bevölkerungsanteil. 240 000 Scheininhaber sind im Deutschen Jagdschutzverband (DJV) organisiert. Leider ist der Bayerische Jagdschutzverband zum Jahreswechsel 2009/10 aus der Dachorganisation ausgetreten, was sie 50 000 Mitglieder gekostet hat. Leider – denn Einigkeit macht stark.

PAZ: *Wieviele Frauen gehen denn auf die Jagd?*

Hörold: Der Frauenanteil liegt bei knapp zehn Prozent. Der Umgang zwischen Jägerinnen und Jägern verläuft nach meinem Überblick völlig reibungslos und entkrampft.

PAZ: *Wie hoch ist der Anteil der Jäger und Jägerinnen unter 35 Jahren?*

Hörold: Er liegt bei lediglich zehn bis 15 Prozent. Das Durchschnittsalter des Jägers beträgt gut 60 Jahre. Keine Frage: Wir Jäger sind überaltert.

PAZ: *Warum so wenig Nachwuchs?*

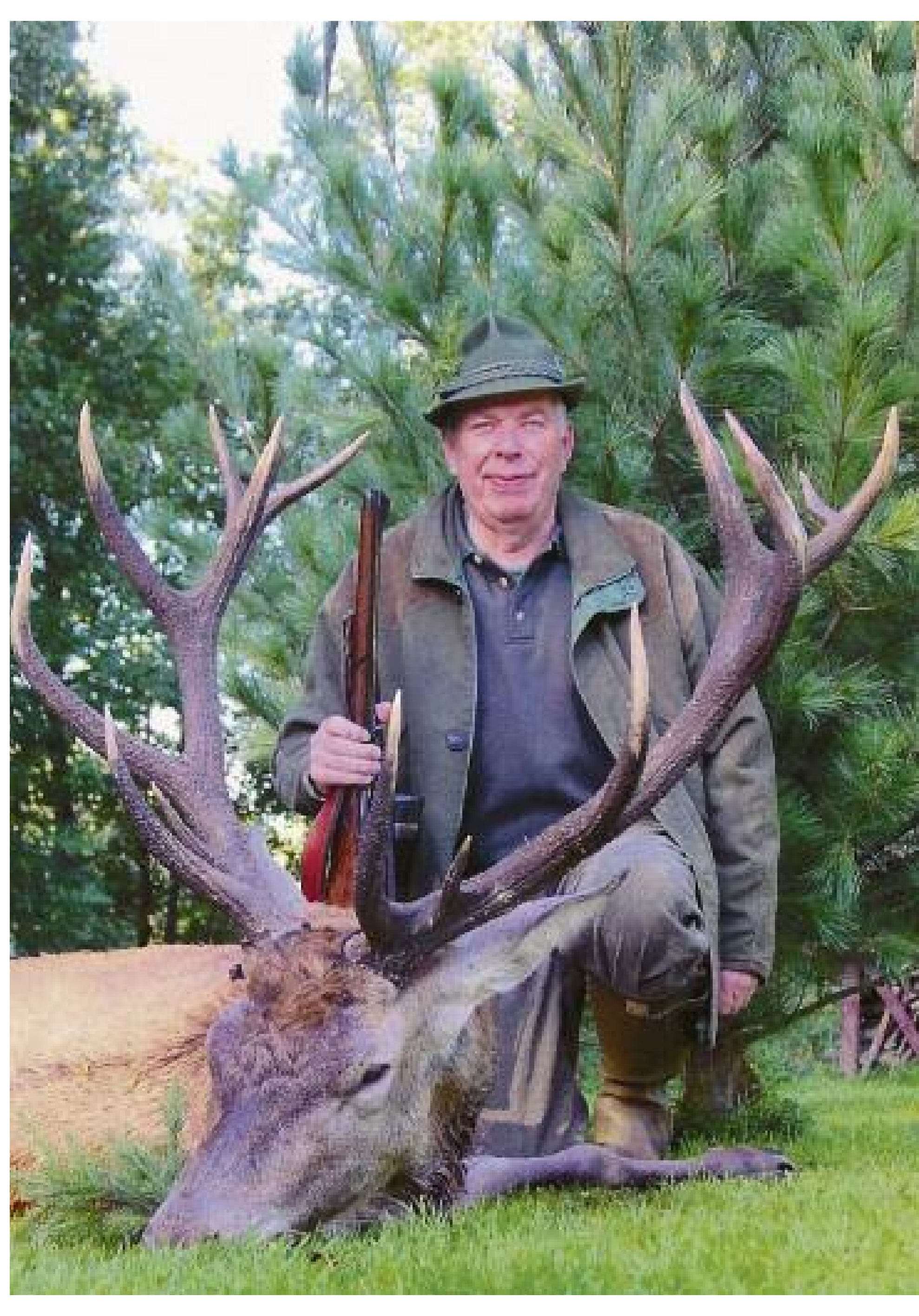
Hörold: Einerseits spiegelt das den demografischen Trend wider. Andererseits: Wir wären mehr Jäger, wenn die Hürden für den Einstieg nicht so hoch wären.

PAZ: *Was schreckt mögliche Interessenten ab?*

Hörold: Die Ausbildung ist sehr kompakt und komplex und dauert bis zu einem halben Jahr. Sie umfasst den schriftlichen und mündlichen Prüfanteil sowie die Schießprüfung. Dass 25 Prozent der Kandidaten nicht bestehen, ist fast normal; in manchen Jahren beträgt der Anteil der Durchgefallenen bis zu 40 Prozent. Nicht umsonst wird die Jagdscheinprüfung gerne „Grünes Abitur“ genannt. Da kommt es uns nicht gerade entgegen, dass die Jugend etwas bequemer geworden ist. Außerdem bläst uns der Zeitgeist ziemlich frisch ins Gesicht.

PAZ: *Wie meinen Sie das?*

Hörold: Da steht plötzlich eine Frau mit einem Rehkitz im Arm in der Tür, den Tränen nahe, und klagt, das arme Tier habe einsam und verlassen im Gras gelegen. Sie hat natürlich nichts weiter getan, als das Kitz ihrer in der Nähe stehenden Ricke wegzunehmen. Das ist ein völlig absurder, ein katastrophaler Beschützer- und Kuschelwunsch, hervorgerufen durch die Winde des Zeitgeistes. Kuscheln ist schließlich „in“. Es ist auch häufig schwierig für uns, wenn wir zu einem angefahrenen, schwer verletzten Tier gerufen werden. Wo nur noch die Erlösung durch einen Schuss hilft. Da entsteht dann nicht selten Protest und Aufruhr, der sich in einem verqueren Tierschutz begründet. Das ist völlig haltlos. Die Zahl der Wildunfälle ist immens. In der Praxis aber ist häufig der Jäger, der ein schwer verletztes Tier erlöst, Ziel von Anfeindungen.



Jagdschein seit 1958: Rüdiger Hörold nach dem Abschuss eines kapitalen Hirsches in der Johannisburger Heide/Ostpreußen Bild: Jörg Eberitzsch

PAZ: *Was ist, trotz alledem, die Hauptmotivation, Jäger werden zu wollen?*

Hörold: Erstens die Familientradition, zweitens die Herausforderung, das immer intelligentere Wild im Rahmen christlich-ethischer Gebote überlisten zu wollen, drittens kulinarische Freuden und viertens das Gemeinschaftserlebnis und Geselligkeit.

PAZ: *Streben nach Status spielt keine Rolle?*

Hörold: Nein! Die Jagd als Statussymbol hat ausgedient. Jedenfalls kann ich das mit Fug und Recht für den Landesverband Brandenburg sagen. Bei uns gehen Menschen aller Berufe auf die Jagd, die Zeiten, da sie allein an den Geldbeutel gebunden war und fast nur Ärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Großgrundbesitzer oder Politiker auf die Jagd gingen, ist vorbei. Wir sind keine elitäre Gruppe. Wobei es natürlich nicht so ist, dass die Jagd umsonst ist. Ein Jahresbegehungsschein kostet einen Jagdpächter grob gerechnet 500 Euro, und wenn er kostengünstig jagen will, hat er jährlich noch einmal mit gut 2000 Euro für Waffe, Munition, Kleidung und Hund zu rechnen. Das wird aber für andere Hobbies auch schnell ausgegeben.

PAZ: *Wie würden Sie das Selbstverständnis des heutigen Jägers umschreiben?*

Hörold: Er möchte mit sauberem Schuss ein gutes Bret gewinnen, wobei er stets sehr bewusst im Blick hat, dass er mit seiner Art zu jagen einen gesunden, starken Wildbestand für einen gesunden, starken Wald erhält. Ein guter Jäger wird sehr bedacht abwägen, ob er ein weibliches oder männliches Tier, ein junges oder ein altes schießt. Er ist sich seiner Kraft als Regulator sehr bewusst. Einen Wald ohne Wild aufziehen kann jeder Dumme, Wald und Wild aufziehen ist schwer. Das Schwarzwild muss unbedingt reduziert werden, wir werden sonst richtig staunen, welch schwere Schäden es in der Landwirtschaft noch anrichten wird. Vor diesem Hintergrund erklärt sich von allein, dass es totaler Quatsch ist, wenn behauptet wird, wir Jäger seien das größte Großraubwild.

PAZ: *Vor einigen Jahren gab es spektakuläre Angriffe von Tierschützern auf Jäger, deren Hochsitze, zum Beispiel, Ziel von Brandanschlägen waren.*

Hörold: Wildtiere sind gewiss keine seelenlose Sache. Wir stellen sie aber dem Menschen nicht gleich, sondern gehen von seinem Recht aus, dass er das Wild zu seiner Existenzsicherung nutzen darf. Nicht wenige von denen, die unseren Schuss verurteilen, fahren nachts mit 120 Kilometern die Stunde auf der Landstraße das Wild zu Tode oder lassen es schwer verletzt zurück. 15 Prozent aller Rehe kommen alljährlich durch Autounfälle ums Leben. Das ist immens. Ich habe einen Riesenrespekt und Hochachtung vor Fledermauspflegern, da darf ich aber auch Respekt vor meinem hoch verantwortungsbewussten Waidwerk erwarten.

PAZ: *Was zeichnet, darüber hinaus, den reifen, erfahrenen Jäger aus?*

Hörold: Der ältere druckst viel mehr herum, ehe er den Finger krumm macht. Er ist das Gegenteil von ungestüm: ruhig, gelassen, abgeklärt. Waffe, Fernglas, Messer, alles ist ein Teil von ihm, alles liegt nach hundertfacher Erprobung unübertrefflich perfekt in der Hand. In meinem 54. Jahr als Jagdscheininhaber ertappe ich mich zunehmend bei dem Gedanken: Mensch, Fotografieren wäre besser als Schießen. Das wäre noch vor zehn, 15 Jahren undenkbar gewesen. Aber so ist die persönliche Entwicklung. Der reife Jäger sitzt bei Wind und Wetter und Schnee lieber am warmen Ofen und wartet auf eine Neue.

PAZ: *Sie geben das Stichwort: Eine „Neue“, das ist gewiss Jägersprache. Was bedeutet das Wort und woher stammt die originelle Jägersprache?*

Hörold (lachend): Eine Neue ist frisch gefallener Schnee. Die Jägersprache, die ich sehr liebe, stammt aus der Blütezeit der Jagd, als sie an den Fürstenhöfen angesiedelt war. Damals gab es Spezialisten höchsten Grades als Jäger. Sie kannten das Wild und sein Verhalten exzellent. Um sich erstens abzuheben und sich zweitens zu erkennen, haben sie die wunderschöne Jägersprache geschaffen. Die Ohren etwa sind beim Fuchs das „Gehöre“, beim Reh die „Lauscher“, beim Wildschwein aber die „Teller“; die Augen bei Fuchs und Hase sind „die Seher“, bei Hirsch und Reh aber die „Lichter“; der „Windfang“ ist die Nase des Schalenwildes mit Ausnahme des Schwarzwildes. Diesen Begriffen liegen unübertrefflich scharfe Beobachtungen und denkbar schöne Wortschöpfungen zugrunde. Ihnen haben wir auch Redensarten wie „Auf den Busch klopfen“ oder „Ins Garn gegangen“ zu verdanken.

PAZ: *Welche Jagd ist für Sie persönlich die Krönung?*

Hörold: Ohne Zweifel die Pirschjagd. Sie ist die anspruchsvollste, egal ob im Neuschnee oder ohne. Zehn Meter lautlos zu pirschen und ein, zwei Minuten reglos ganz still zu verharren und dabei dem Ziel näherkommen – das ist eine Kunst.

Der neue Abzock-Dschungel

Televoting heißt der Trend im TV – Geld fließt in Mitmachfernsehen mit Bloßstellungsfaktor

Im Fernsehen feierte das „Dschungelcamp“ bis vor wenigen Tagen hohe Einschaltquoten trotz allseits beklagten schlechten Niveaus. Viele Medien sprangen auf den Zug Richtung werberelevanter Zielgruppe auf, denn bei den Formaten des interaktiven Fernsehens verdienen Sender und Kommunikationskonzerne – auf Kosten der Zuschauer.

Ob Deutschland den Superstar sucht, oder von der Moderatorin Sonja Zietlow launig als „F-Klasse-Promis“ angekündigte Kandidaten im Dschungelcamp Australiens Ekliges essen müssen – Mitmach-Fernsehen ist angesagt. „Rufen Sie an für Ihren Star“ lautet auch das Konzept von "Unser Star für Baku“. Die Sendung ermittelt, wer für Deutschland zum europäischen Gesangswettbewerb (Eurovision Song Contest) antritt. Neu ist hier eine Art Dauereinblendung eingehender Anrufe, um den Zuschauer zum Mehrfachanrufen anzustacheln. Dabei geht es vordergründig stets um große Emotionen, um Wettbewerb, um neue Idole. Der Zuschauer entscheidet über Telefon und Kurznachrichtendienst SMS, wer zum neuen Helden gekürt wird und damit auch zur Identifikationsfigur der Werbebranche. Die lässt die Glaubwürdigkeit der Kandidaten in Umfragen ermitteln und vergibt dann entsprechend Verträge an sie.

Für die Sender ist der Austausch mit dem Zuschauer in Zeiten des Internet nicht nur lebenswichtiger Beweis, am Puls der Zeit zu sein, es geht ums Geschäft. Privatsender und öffentlich-rechtliche Anstalten erschließen sich mit Televoting neue Geldquellen. Gut 50 Cent kostet ein Anruf. Sender und Telefonanbieter teilen sich den Betrag. Die großen Verlage mischen im Televoting-Geschäft mit eigenen Firmen mit. Allen gemeinsam ist die Suche nach den jungen Zuschauern. So verlangte RTL 2011 bereits wegen hoher Einschaltquoten den Höchstpreis von 55 000 Euro für einen 30-Sekunden-Werbespot im Werbeblock des „Dschungelcamps“. Dieses Jahr sahen durchschnittlich 3,97 Millionen der 14- bis 49-jährigen Zuschauer (35,1 Prozent Marktanteil) zu.

„Unser Star für Baku“: Geldmaschine für die TV-Sender und Identifikationsfiguren der Werbebranche Bild: ProSieben

Bedingt durch die Übersättigung mit TV-Gesangswettbewerben erklomm das Camp dieses Jahr rasch die Spitzenposition, an der andere Medien scheinbar nicht mehr vorbeikommen: „Kam man als Gutmensch anfangs mit deren zynisch-verachtender Bissigkeit so gar nicht zurecht“, kommentierte der „Tagesspiegel“ die Moderation im „Dschungelcamp“, so waren doch alle Teilnehmer freiwillig da, wie Moderatorin Zietlow sagte.

Damit erfüllt das Lager eine Ventilfunktion im sonst politisch korrekten Fernsehen: Wer sich erniedrigen lässt, dem darf man die Kakerlaken in den Ausschnitt schütten. *SV*

Karneval II. Klasse

Berlin: Steuergeld nur für Randgruppen

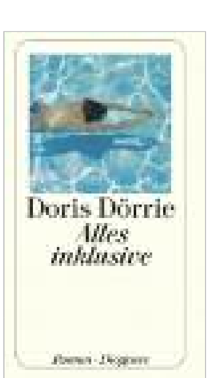
Berlin erklärt den traditionellen Karneval an der Spree zur „als störend einzustufenden Veranstaltung“. Die Stadt verordnet dem Festumzug am 12. Februar über den Kurfürstendamm eine Lautstärke unter 70 Dezibel. Alternative Karnevalsfeiern hingegen erhalten Zuschüsse von der Politik und einen politischen Sonderstatus.

Für Berlins Verwaltung fällt die Schwulenparade „Christopher Street Day“ als Demonstration unter das Versammlungsrecht, dabei ist sie längst öffentliche Party. Der „Karneval der Kulturen“ ist als Werbung für Mulitkulti demnach sogar „eine Veranstaltung von herausragender Bedeutung“. Die Parade zum klassischen Karneval darf dieses Jahr indes nicht einmal mehr laut sein. Das ärgert die Jecken: Während sie ihre Feier selbst zahlen und jetzt noch die Lautstärkeregler verblomben müssen, damit ihre Sause nicht unterbunden wird, feiern im Mai die Multikulti-Karnevalisten mit Steuergeldern und in voller Lautstärke. Die Stadt förderte den Karneval der Kulturen zuletzt mit 275 000 Euro, die großteils für die Organisation verbraucht wurden. „Eine Affirmation der Vielfalt unserer Stadt“, kündigt der Veranstalter des Kulturen-Karnevals, die Werkstatt der Kulturen in Berlin-Neukölln, an.

Traditions-Karneval mit Auflagen gängeln

Doch jammerten letztes Jahr viele Teilnehmer, sie erhielten kein Geld für ihren Auftritt.

Teilnehmer der herkömmlichen Karnevalsparade kommen gar nicht auf so eine Förderung durch die Politik. Nun legt die Verwaltung die Umweltrichtlinien gegen sie aus. Dem „Christopher Street Day“ am 23. Juni droht ein solches Schicksal nicht. Er steht als offiziell angemeldete Demonstration unter dem Motto: „Wissen schafft Akzeptanz“. *SV*



Erholung geht anders

Urlaubsroman von Doris Dörrie

Spanien ist das beliebteste Reiseziel der Deutschen. Fuerteventura, Ibiza, Teneriffa und Mallorca machen Lust auf Sonne, Strand und Meer. Doris Dörries Roman „Alles inklusive“ wirft jedoch lange Schatten auf die vermeintliche Urlaubsidylle. Von leerstehenden Sommerfincas, Baupfusch, trostlosen Bettenburgen, Prostituierten und illegalen Einwanderern ist hier die Rede. In einem Interview sagte die 56-jährige Regisseurin und Autorin: „Das Wahrzeichen von Spanien sollte eigentlich der Betonmischer sein.“ Als Dörrie an der Costa del Sol entlangfuhr, war sie „geplättet von der Verwüstung, die da angerichtet wurde“. Nach einer geplatzten Immobilien-Blase stehen dort heute überall leere „Bauruinen, die selbst der dümmste Deutsche nicht mehr kauft. Und auch nicht der dümmste Engländer.“ Vor dieser Kulisse erzählt die Autorin in ihrem neuen Buch.

Die zwölfjährige Apple verbringt den Sommer 1976 mit ihrer Hippiemutter Ingrid im spanischen Fischerdorf Torremelinos. Da das Geld nicht für ein Hotelzimmer reicht, schlagen die beiden ihr Zelt am Strand auf. Das Lebensnotwendige – Wein, Zigaretten, Hasch und Weißbrot mit Billigwurst – verdient die Mutter mit dem Verkauf von selbstgebasteltem Schmuck. Dörries filmische Erzählkunst zeigt sich nicht zuletzt in ihrer plastischen Beschreibung des Campingabenteuers: „Wir wohnten im Zelt, was ich gehasst habe. Morgens hatten wir im Schlafsack Sand zwischen den Zehen, in der Pofalte, zwischen den Zähnen, und es herrschte eine Hitze im Zelt, als läge man in einer Plastiktüte und müsste ersticken.“ Die Tochter findet ihre chaotische und freizügige Mutter genauso peinlich wie ihren bescheuerten Vornamen. Missbilligend beobachtet sie den Urlaubsflirt zwischen Ingrid und dem verheirateten Bankangestellten Karl Birker, der mit seiner Familie ebenfalls Ferien im Dorf macht – allerdings in einer Villa mit Pool. Die Affäre endet tragisch.

30 Jahre später schenkt Apple ihrer Mutter zur Erholung nach einer Hüftoperation einen All-inclusive-Urlaub in Torremolinos. Entsetzt stellen beide fest, dass der Ort zu einer Betonwüste für Pauschaltouristen verkommen ist. Ausgerechnet hier begegnen alle einander wieder: Karl, sein Sohn Tim, der jetzt Tina heißt, die immer noch rebellische Ingrid und Apple, in deren Leben zwar Ordnung und Sauberkeit herrschen, die aber kein Glück mit den Männern hat.

> Betonmischer als Wahrzeichen Spaniens

Dörrie beweist ein Gespür für bizarre Situationskomik und skurrile Charaktere. Die deutsche Urlauberin, die einen afrikanischen Bootsflüchtling heimlich in ihrem Hotelzimmer aufpäppelt und die Wiederbelebung eines ertrunkenen Mopses sind nur einige Beispiele. Die wechselnden Erzählperspektiven geben dem Leser einen Einblick in die Gedanken- und Gefühlswelt der verschiedenen Figuren. Ein rührender und zugleich urkomischer Roman über Eltern-Kind-Beziehungen voller Missverständnisse, über Liebe und Freundschaft und über die ewige Sehnsucht nach dem Süden.

Sophia E. Gerber

***Doris Dörrie: „Alles inklusive“**, Diogenes, Zürich 2011, gebunden, 256 Seiten, 21,90 Euro*



Schützt Europa vor der EU

Und noch andere Bereiche wollen Baring, Kraus, Löhr und Schönbohm retten

Eigentlich sollte dieses Buch den prägnanten Titel „Es reicht!“ haben. Das hätte gut gepasst, war aber aus urheberrechtlichen Gründen ebenso wenig möglich wie die Alternativen „Wehrt Euch!“ und „Empört Euch!“. Kürzer hätte man nicht zusammenfassen können, worum es darin geht. Nun lautet der Titel also „Schluss mit dem Ausverkauf!“, was, wie der Herausgeber Alexander Kissler in seiner Einleitung ausführt, durchaus eine doppelte Bedeutung hat. Denn in dem Buch geht es um das Verramschen unserer materiellen und immateriellen Werte, den Niedergang der Union, ihre Kapitulation vor dem Zeitgeist, Vertrauensverlust und den allgemeinen Verfall unserer Demokratie.

Dieses Buch ist eine Streitschrift wider den Zeitgeist, wider den Linkstrend und wider den Weg in den Untergang mit offenen Augen. Es enthält die Äußerungen von vier engagierten und auf unterschiedlichen Gebieten profilierten Konservativen, die sich mit den Gegebenheiten nicht abfinden wollen und um Lösungen ringen.

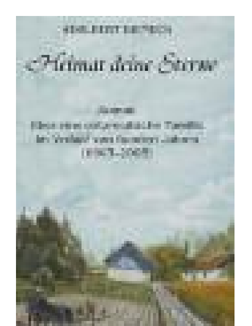
Da ist zunächst der Historiker und Politologe Arnulf Baring, streitbarer Gast mancher Talkrunde im Fernsehen. Der Bildungspolitiker Josef Kraus ist Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und war 1995 als CDU-Kandidat für das Amt des hessischen Kultusministers im Gespräch. Jörg Schönbohm, Generalleutnant a. D. und Staatssekretär a. D., kennt man vor allem als unbeugsamen und zupackenden Berliner Innensenator und langjährigen Innenminister Brandenburgs. Mechthild Löhr ist Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“ und zugleich Vorstandsmitglied des „Bundesverbandes Lebensrecht“. Was sie zu sagen haben, haben sie nicht einfach aufgeschrieben und aneinandergereiht, sondern präsentieren es in Form einer Gesprächsrunde. Das macht das Buch besonders interessant und vor allem gut lesbar. Schonungslos und klar in Argumentation und Sprache sezieren die vier alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche, sei es Bildungs- und Familienpolitik, Innenpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik, EU und Euro, Sozialstaat, Ausländerintegration, Wehrpflicht, Nationalbewusstsein und Meinungsfreiheit. Alle Äußerungen sind ein Plädoyer „für eine schöpferische Besinnung auf Bestände, Wurzeln, Traditionen“, eine Forderung nach Umkehr. Denn so wie bisher, so ein Fazit, mit Schuldenkrise, Parteienkrise und Vertrauenskrise, dürfe es nicht weitergehen. Die Schlussfolgerungen: Schützt Europa vor der EU und dem Euro, schützt die Familie vor dem Staat, schützt die Bundeswehr, die uns schützt, schützt das Parlament vor der autoritären Regierung, schützt die Schwachen und schützt die CDU, die ihr christlich-konservatives Fundament verloren hat, vor der Selbstvernichtung.

> Auch die Familie, die Bundeswehr und die CDU sind Thema

„Ja, so steht es um uns und unser Land“, nickt der Leser nach der Lektüre uneingeschränkt zustimmend. Doch was jetzt? Es reicht, man ist empört und will sich wehren. Aber wie? Nun zeigt sich, dass die Stärke der Autoren in erster Linie in der Problemanalyse liegt, denn bei der Beantwortung der drängenden Frage, was zur Beseitigung der Missstände ganz konkret getan werden kann oder wenigstens, was die Mitglieder der Runde selbst zu tun gedenken, bleiben sie mehr oder minder an der Oberfläche. So legt der Leser das Buch, auch wenn es uneingeschränkt zu empfehlen ist, am Ende doch etwas ratlos aus der Hand.

Jan Heitmann

***Alexander Kissler (Hrsg.): „Schluss mit dem Ausverkauf!“**, Landt Verlag, Berlin 2011, 126 Seiten, 8,50 Euro*



Schwer und trotzdem schön

Ostpreuße erinnert sich an seine Kindheit

Hundert Jahre sind zweifelsohne eine lange Zeitspanne. In dem Roman „Heimat deine Sterne“ berichtet der 1939 in Gansen in Ostpreußen geborene Adalbert Bieneck von seiner Familie. Angefangen im Jahr 1903, als seine Großeltern gerade frisch verheiratet waren, bis hin zum Jahr 2003, als er seinem sechsjährigen Enkel von seiner Heimat in Ostpreußen berichtete, erstreckt sich die Erzählung des Autors.

Frei von jeglicher Gefühlsduselei und dennoch sehr gefühlvoll berichtet Adalbert Bieneck von dem schweren, aber zufriedenen, bescheidenen Leben seiner Eltern und Großeltern. Der Zweite Weltkrieg setzte dem friedlichen Familienleben jedoch ein jähes Ende, als der Vater des Autors, Franz Bieneck, seine Familie und sein Zuhause verlassen musste, um in den Krieg zu ziehen.

Als der Vater Franz einige Tage Heimaturlaub erhält, schüttet er seiner Frau Hedi gegenüber sein Herz aus. Üble Befürchtungen über mögliche Schandtaten der deutschen Armee in Russland lasten ihm schwer auf der Seele. Doch allen Befürchtungen zum Trotz musste Franz Bieneck nach nur wenigen Tagen, in denen er seiner Familie bei den nötigsten Arbeiten auf dem heimatlichen Hof unter die Arme greifen konnte, zurück an die Front. Der Abschied fiel schwer. „In der Hoffnung, die vertraute Familie in Gansen bald wieder in die Arme schließen zu können, sitzt Franz ohne Bart und glatt rasiert in dem Zug, der ihn an die Front zurückbringt. Pflichtgemäß meldet er sich bei seiner Einheit.“ Danach war es Adalbert Bieneck und seiner Familie über lange Jahre nicht vergönnt, den Vater wiederzusehen. Und auch das schöne Zuhause durften sie nicht mehr lange ihre Heimat nennen.

Mit allerlei Fotos und Erinnerungsstücken aus der Vergangenheit seiner Familie hat der Autor das Buch angereichert. Das Foto, auf dem sein Onkel Richard mit seiner Verlobten auf einem Ausflug am Rhein zu sehen ist, stimmt traurig in Anbetracht der Tatsache, dass dieser Onkel im Kriege sterben musste und eine unglückliche schwangere Verlobte zurückließ.

Hinter dem recht schnulzig klingenden Buchtitel „Himmel deine Sterne“ versteckt sich eine recht beeindruckende Familiengeschichte. Diese enthält jedoch keinen mahnenden Zeigefinger, sondern die Botschaft, sich auf das zu besinnen, was man hat und schätzen darf, statt immer nur darüber nachzugrübeln, wann wohl die nächsten Wünsche erfüllbar sein werden.

Vanessa Ney

***Adalbert Bieneck: „Heimat deine Sterne“**, Laumann Druck & Verlag GmbH & Co. KG, Dülmen 2011, gebunden, 454 Seiten, 24,80 Euro*





Mit Agenten gegen das Ende

Neueste Forschungsergebnisse über die DDR-Staatssicherheit

Die Stütze der SED-Diktatur in der DDR war von 1950 bis 1989 das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), die Stasi. Zugleich Geheimpolizei und Spionagedienst, agierte der weit verzweigte Apparat jenseits rechtsstaatlicher Legitimation unter eklatanter Missachtung der Menschen- und Bürgerrechte, stets auf der Suche nach potenziellen „politischen Straftätern“. Bereits 2001 und 2006 veröffentlichte der frühere Mitarbeiter in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde Jens Gieseke unter dem Titel „Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 bis 1990“ eine Abhandlung über die Stasi, ihre Entwicklung und Tätigkeit. Inzwischen ist Gieseke Leiter der Abteilung „Kommunismus und Gesellschaft“ im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. In einer nochmals erweiterten Fassung seiner kompakten, übersichtlichen Studie, betitelt „Die Stasi 1945 bis 1990“, hat er neueste Forschungsergebnisse zur Rolle der Staatssicherheit in der DDR mit berücksichtigt. Zusätzlich zieht er darin Bilanz über, wie er es nennt, „das zweite Leben“ der Mielke-Behörde als Anlassfelle für Aufarbeitung und Erinnerungskultur.

Auch im Ausland wird der deutsche Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit mit Interesse verfolgt, nicht zuletzt aufgrund des erfolgreichen Films „Das Leben der anderen“. Längst ist die Flut wissenschaftlicher und publizistischer Beiträge zum Thema MfS kaum noch überschaubar. Insofern kann ein einzelnes Werk mit dem Anspruch eines strukturierten Überblicks unter Einbeziehung aller Aspekte zwangsläufig „nur“ eine zusammenfassende Aufarbeitung bieten, einschließlich knapper Analysen von Auswirkungen der Stasi-Tätigkeit, vor allem in sozialer Hinsicht, auf die Gesellschaft der DDR. Gieseke bezeichnet es als höchst erstaunlich, dass die rund 91 000 MfS-Mitarbeiter sich nach dem Umsturz von 1989 schnell und klaglos in die neue Situation fügten, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass der Glaube der deutschen Tschekisten an die eigene Legitimation längst verkümmert war. Als bewaffnetes Sicherungsorgan der herrschenden kommunistischen Partei, ihr „Schild und Schwert“, agierte die Stasi ab Januar 1950. Per Beschluss des SED-Politbüros war ihre Gründung durch Umwandlung der „Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft“ des Innenministeriums in ein eigenes Kabinettsressort erfolgt. Der Aufbau erfolgte nach sowjetischen Vorgaben. Unter dem Vorwand, dem unablässigen Störfeuer der amerikanischen und englischen „Imperialiste entgegen zu treten, leitete die DDR-Regierung „die Transformation zur ‚Volksdemokratie‘ nach stalinistischem Muster und die Angleichung des politischen Systems der DDR an den Herrschaftsapparat der Sowjetunion“ ein. Bis 1956/58 lag die Kontrolle der Stasi vollständig in sowjetischer Hand, und bekanntlich behielten die „Berater“ aus der UdSSR bis zuletzt entscheidenden Einfluss. 1957 stieg Erich Mielke an die Spitze des MfS auf und behielt diesen Posten bis zu seinem Auftritt in der Volkskammer am 13. November 1989. Was den Gegenpart betrifft, die westdeutsche Spionageabwehr, so ist hierzu wenig zu berichten, da den Forschern bis heute der Zugang zur Überlieferung verweigert wird.

> Berater aus Moskau behielten stets Einfluss

Fortlaufend wurde die Staatssicherheit erweitert, auch wurden immer mehr Informanten angeworben. Am Ende waren es rund 173 000 Inoffizielle Mitarbeiter. Das MfS verlor dennoch zuletzt an Durchschlagskraft. Gieseke bezeichnet dessen weiteres Agieren als „Ersatzhandlung für den versandeten totalitären Gestaltungsanspruch aus der Mobilisierungsphase des kommunistischen Regimes“. Weiterhin geht er auf die verschiedenen oppositionellen Gruppen in der DDR ein, von den wenig ernst genommenen Meckerern bis hin zu den Abweichlern aller Couleur. Bekanntlich entschied „am Ende nicht militärische Macht über den Ausgang des Kalten Krieges, sondern die Modernisierungsfähigkeit der konkurrierenden Systeme auf ökonomischem, technischem und gesellschaftlichem Gebiet“. Es war eine kleine Gruppe von Oppositionellen, die zum Sprachrohr der Massenbewegung wurde, welche den maroden Staat zu Fall brachte.

Dagmar Jestrzemski

***Jens Gieseke: „Die Stasi 1945 bis 1990“**, Pantheon Verlag, München 2011, geb., 361 Seiten, 14,99 Euro*



Unnötig

Gespräch mit Schwarzenberg

Eine „Botschaft“ hat das Buch „Unterschätzen Sie nicht meine Boshaftigkeit. Ein Gespräch“ nicht. Aus der medialen Allgegenwart, die Tschechiens Außenminister Fürst Schwarzenberg – Graf, Herzog etcetera, allein seine gewichtigeren Titel beanspruchen drei Zeilen – derzeit genießt, weiß man, dass er klug gefragt werden will, um geistvoll zu antworten. Bei diesem „Gespräch“ ist die Journalistin Barbara Toth Partnerin oder anbetende Stichwortgeberin, die ganz hingerissen ist, wenn Schwarzenberg das Pfauenrad persönlicher Eitelkeit schlägt – und wenig „sagt“.

Das ist über weite Passagen vergnüglich, wenn er meint, Politik sei eine Sucht für eitle Leute mit „gut entwickeltem Hintern“ (für endlose Sitzungen), die gehetzte Routine über solide Sachkenntnis stellen. Deswegen „musste ich mir selbst eine gründen“, die liberal-konservative „TOP 09“, was tschechisch für Tradition, Verantwortung, Prosperität steht. Mit ihr will Schwarzenberg, Jahrgang 1937, 2013 Staatspräsident Tschechiens werden. Chancenlos ist er nicht, obwohl er den Tschechen vieles zumutet, was ihr Deutschlandbild („eingefroren“), die Benesch-Dekrete („für mich kein emotionales Thema“) und anderes betrifft. Sein bester Atout ist sein Riesen-Grundbesitz, den er zwar für überbewertet hält („Besitz von 10 000 Hektar bringt weniger ein als eine Volkswagenwerkstatt“), der ihn aber bei Tschechen absichert: „Der ist reich, der wird sich wenigstens nicht bereichern.“

So heiteres Polit-Parlando kippt ab Seite 85 ins Peinliche um. Da will Schwarzenberg vor dem Europaparlament in Straßburg „zwei große Denkmäler für die Väter Europas“ aufstellen: Stalin und Hitler. Politische Statements sind unoriginell („Parteien werden zu inhaltsleeren Wählervereinen“), selten originell aufgefrischt („Unterprivilegiert, was ist das für ein blöder Ausdruck); dann erneut Gemeinplätze („Kleine Staaten schätzen es nicht, unter deutsches Kuratel gestellt zu werden“). Unterblieben wären besser familiäre Details. Wen geht das etwas an?

W.O.

***Karl Schwarzenberg (mit Barbara Tóth): „Unterschätzen Sie nicht meine Boshaftigkeit. Ein Gespräch“**, Residenz-Verlag, St. Pölten 2011, 218 Seiten, 21,90 Euro*

MELDUNGEN

FDP wie Splitterpartei

Berlin – Den Satz „x Prozent der FDP-Anhänger sind der Meinung, dass ...“ wird es bei Meinungsumfragen von Forsa und Infratest Dimap kaum noch geben. Grund hierfür sei der Umstand, dass sich zu wenige der Befragten als Anhänger der FDP bekennen und somit keine seriösen Zahlen erhoben werden können. „Die FDP hat mittlerweile das Niveau einer Splitterpartei erreicht“, beschreibt Forsa-Chef Manfred Güllner das Problem. Bei Infratest Dimap kann man sich nicht erinnern, dass jemals zuvor eine Bundestagspartei aus den Umfragen geflogen sei. *Bel*

Bibelschmuggel elektronisch

Chicago – Das digitale Zeitalter hilft, die Einfuhrverbote für Bibeln in muslimischen Ländern zu umgehen, etwa in Saudi-Arabien. Die Bibelliga in Chicago entwickelte Microchips-Karten mit 32 Gigabyte, auf denen die komplette Bibel enthalten ist. Sie können über das Handy gelesen werden und hinterlassen keine Spuren im Internet oder auf dem Computer. *J.F.*

ZUR PERSON

Jung, couragiert, konservativ

Der Argwohn der Altvorderen aus der Merkel-Union ist ihm schon sicher: „Dass du mir da nicht hingehst“, pflaumte Unionsfraktionschef Volker Kauder (62) den jungen Bundestagsabgeordneten **Thomas Bareiß** bei einer Zufallsbegegnung auf dem Stuttgarter Flughafen an. Um die Polemik der Links-Medien gegen das, wo er nicht hingehen solle, braucht der 36-Jährige auch nicht zu buhlen: „Staubig, rückwärtsgewandt und muffig“ ätzte der „Spiegel“ gegen den „Berliner Kreis“, in dem sich der junge zweimalige Wahlkreisgewinner von der Schwäbischen Alb mit anderen Unzufriedenen um ein konservatives Profil der gemerkelten CDU bemühen will.

Zusammen mit anderen jüngeren Unionspolitikern und dem Sprecher der neuen konservativen Gesprächsrunde, Hessens CDU-Fraktionschef Christean Wagner, traf sich der Schwabe am Dienstagabend in der Parteizentrale mit CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Der studierte Betriebswirt,



der vor seinem Direkteinzug in den Bundestag 2005 bereits auf vielfältigen Tätigkeitsfeldern in der freien Wirtschaft arbeitete und seinen Wehrdienst bei der Luftwaffe leistete, trat 1990 noch als Schüler der Jungen Union bei, begeistert von der Wendezeit. Vier Jahre später ging er in die CDU und stieg dort rasch auf: Landesvorsitzender der JU Baden-Württemberg, Kreisvorsitzender der CDU Zollernalb, schließlich Vorsitzender des einflussreichen CDU-Bezirksverbands Württemberg-Hohenzollern. Als Koordinator für Energiepolitik seiner Fraktion hatte der verheiratete evangelische Christ mit der oktroyierten Energiewende eine schwere Nuss zu knacken. Bareiß („Ich bin konservativ“) ist lange genug beim schwarzen Kanzlerinwahlverein, um zu wissen, dass seine Positionierung seinen Stern bald sinken lassen könnte. *CR*



Zeichnung: Mohr

Katastrophe. Versprochen!

Wie der deutsche Stromkunde zum Mobbing-Opfer wurde, was Fritz Vahrenholt beim IPCC erfuhr, und warum trotzdem alles gut wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Manche Probleme werden erst groß, wenn wir ein englisches Wort dafür finden. Früher haben wir es zähneknirschend hingenommen, dass Leute an ihrem Arbeitsplatz von Kollegen „gehänselt“ werden. Den Medien war das keine Zeile wert. Erst seitdem wir dieses Ärgernis als „Mobbing“ bezeichnen, ist es zur nationalen Herausforderung geworden, die es in nachrichtenarmer Zeit glatt auf die Titelseiten großer Magazine schafft.

In den Artikeln werden Tipps gegeben, wie man es vermeidet, zum „Mobbing-Opfer“ zu werden. Regel eins: Lass nicht zu, dass du der arme Trottel, das „Opfer“ schlechthin wirst, mit dem jeder ungestraft Schlitten fahren kann. Denn dann wirst du dauernd aufgezogen und es hilft eigentlich nur noch, den Arbeitgeber zu wechseln.

So gesehen müssten wir dem deutschen Stromkunden raten, auf den Mond zu ziehen. Denn der hat sich schon vor Jahren zum Deppen des ganzen Planeten stempeln lassen. Nun muss er machtlos mit ansehen, wie sich immer neue Zumutungen auf seinem Rücken stapeln.

Erst waren da die deutschen Windrad- und Solarzellenhersteller, die ihn veräppelt und schamlos abkassiert haben mit ihren Versprechungen. Dann kamen die chinesischen Solarpanelenbauer, die ihre deutschen Konkurrenten vom Markt scheuchten. Mittlerweile subventionieren die deutschen Haushalte mit Milliarden die Industriegiganten in Fernost.

Der deutsche Stromkunde verhält sich dabei wie die Mobbing-Opfer in den Magazin-Titeln: Er leidet, ohne zu murren oder redet sich seine verlauste Lage sogar noch schön: „Ich rette den Planeten vor der Klimakatastrophe mit meinem chinesischen Solardach!“

Es kommt, wie es nach Auffassung der Psychologen kommen muss: Je kleiner sich das Opfer macht, desto dreister wird es über den Tisch gezogen. Nun soll der deutsche Stromkunde auch noch Griechenland retten. Der „Spiegel“ meldet: „Die Bundesregierung prüft Pläne, die schrumpfende griechische Wirtschaft mit Hilfe der deutschen Stromkunden anzukurbeln. Um Investitionen in griechische Solarparks oder Windkraftanlagen anzureizen, soll die gesetzliche Förderung erneuerbarer Energien (durch Aufschläge auf die Stromrechnungen der Deutschen, H.H.) auch für griechische Unternehmen geöffnet werden ...“

Diese „Pläne“, die Berlin da gerade „prüft“, stammen übrigens von der EU-Kommission in Brüssel. Und sie kommen kaum überraschend: Seit zwei Jahren grämen sich Politiker der EU wie Herman van Rompuy oder José Manuel Barroso über das „wirtschaftliche Ungleichgewicht“ in Europa, das für die Krise verantwortlich sei. Das komme daher, dass die Deutschen viel wettbewerbsfähiger seien als andere.

Eine europäische Sonderabgabe nur für Deutsche soll das Ungleichgewicht in der EU lindern

Angesichts der Herausforderungen aus China oder Indien müsste man meinen, dass sie nun fordern, die anderen müssten stärker werden, um zu den Deutschen aufzuschließen. So denken Planungsbürokraten aber nicht: Bei denen heißt es, wenn einer stärker ist als der andere, müssen wir den Starken eben schwach machen.

Nun werden die Pläne zur Schwächung Deutschlands erstmals konkret: eine europäische Sonderabgabe nur für Deutsche. Und damit man die auch durchbekommt, hat man sich als Schröpf-Opfer den Deutschen in seiner blödesten Erscheinungsform ausgeguckt: den Stromkunden! Mit dem kann man bekanntlich alles machen.

Allerdings ist Gefahr im Verzuge. Gerade jetzt biegt ein Unhold um die Ecke, der die Axt an die Zahlungsfreudigkeit der Trottel vom Dienst legt. Bislang galt: Sollen sie uns doch ruhig die Hosen runterziehen, immerhin retten wir, wie gesagt, mit unserer Selbstveräppelung den Planeten vor der Klimakatastrophe. Das heißt, nicht ganz: Allen ist natürlich klar, dass der winzige Anteil Deutschlands an den weltweiten Emissionen auch auf null sinken kann, ohne dass „der Planet“ davon auch nur das Geringste mitkriegt.

Der Untergang kommt also so oder so. Das macht uns aber nichts, denn wir Deutsche verrekken dann wenigstens mit gutem Gewissen in der Klimahölle! Zumal wir ja „vor dem Hintergrund unserer dunklen Vergangenheit auch eine ganz besondere Verantwortung ...“ und so weiter, blabla. Da ist es für uns eine unwiderstehliche Verlockung, am Tage des jüngsten Klimagerichts als grüne Märtyrer am Kreuz der ökologischen Apokalypse zu hängen und der panischen Menschheit die Leviten zu lesen, kurz bevor das globale Hitze-Inferno alles verschlingt.

Nun aber kreuzt besagter Unhold auf und lässt die deutschen Märtyrer aussehen wie eine jener Weltuntergangssekten, die regelmäßig zu erklären haben, warum das von ihnen prophezeite Armageddon nun doch wieder nicht eingetreten ist. Jedes Mal eine ziemlich peinliche Angelegenheit. Der Mann heißt Fritz Vahrenholt und hat sich als engagierter Ökologe, Hamburger SPD-Umweltsenator und Manager für erneuerbare Energien einen Namen gemacht.

Vahrenholts Damaskus-Erlebnis war ein Besuch beim Weltklimagipfel des Weltklimarates IPCC Anfang 2010. Er hatte erwartet, dass dort lauter honorige, unbestechliche Wissenschaftler von Weltrang das Zepter führen. Stattdessen habe der Kreis der wirklich Mächtigen beim IPCC aus ganz anderen Gruppen bestanden: Zum einen hätten die Lobbyisten jener konzernartigen „Nichtregierungs-Organisationen“ wie Greenpeace oder WWF das große Wort geführt (die sich durch keine wissenschaftliche Erkenntnis abbringen ließen von ihrem Dogma, dass der „Klimawandel menschengemacht ist“ und fast ausschließlich von unserer CO_2-Prasserei komme) und zum anderen Regierungsvertreter von Schwellen- und Entwicklungsländern, die den „Hauptklimasündern“ (also uns) nur möglichst viel Geld abpressen wollten.

Ja, und was ist mit den vielen tausend Wissenschaftlern? Hören wir nicht täglich, dass es „keinen ernstzunehmenden Wissenschaftler mehr gibt, der die Schuld des Menschen am Klimawandel noch bestreitet“? Stimmt, zumindest keinen, dem sein gutdotierter Posten und die schick bezahlten Forschungsaufträge lieb sind. Denn, so hat Vahrenholt auch erfahren: Ein Forscher, der dem IPCC widerspricht, der ist schneller weg vom Fenster als er „Wetter“ sagen kann. Mit anderen Worten: Beim IPCC kann in Sachen Zucht und (Unter-)Ordnung sogar die Kommunistische Partei Weißrusslands noch etwas lernen.

Allerdings wird die Herrschaft der Klimapriester nicht nur von Fritz Vahrenholt und seinen trüben Komplizen angenagt. Die lassen sich noch in Schach halten, seitdem man ihnen erfolgreich das Kainsmal „Klimaleugner“ aufgebrannt hat. Das hört sich an wie „Holocaustleugner“ und wirkt auch fast schon so.

Nein, es ist ausgerechnet das Wetter selbst, das sich zum Widerstandsnest der Ungläubigen mausert. Fühlt sich kalt an, was? So gar nicht wie Erwärmung. Und das ist leider mehr als ein Gefühl: Seit bald 14 Jahren verweigert das Wetter die Befehle des IPCC, es will und will nicht mehr wärmer werden. Was nicht an „CO_2-Einsparungen“ liegen kann, denn die hat es – global gesehen – gar nicht gegeben, ganz im Gegenteil. Es sind Veränderungen auf der Sonne, die es kälter werden lassen. Veränderungen, die immer wieder mal auftreten und für die der Mensch nun gar nichts kann. Macht unser Zentralgestirn also das schmutzige Geschäft der Klimaleugner?

Nein, nein, so einfach lassen sich die IPCC-Mächtigen nicht von der unfolgsamen Wirklichkeit vorführen: Wenn es nicht wärmer wird, dann ist das nur eine Galgenfrist, nach der es dann erst recht losgeht. Die Katastrophe kommt trotzdem, versprechen sie hoch und heilig, also tut Buße und zahlt, ihr Glaubensschwachen! So etwas hören wir Deutsche viel lieber als die liederlichen Querschüsse eines Herrn Vahrenholt. Es wird noch alles gut, sprich: katastrophal.

MEINUNGEN

***Michael Klonovsky** erklärt im „Focus“ (25. Januar), was die **Einwanderungspolitik Preußens** von der heutigen unterscheidet:*

„Liederliche oder gar kriminelle Leute wollte Preußen nicht, und da dieser Staat seiner nicht spotten ließ, kamen auch keine. Jedenfalls haben keine Hugenotten-Clans in Berlin mit Drogen und Prostituierten gehandelt und, wenn schon mal gegen sie ermittelt wurde, Justizbeamte bedroht. Keine Jugendgangs aus den Vierteln der Salzburger Protestanten machten nachts die Straßen unsicher und stürzten sich mit ‚Scheiß Preußen!‘-Rufen auf Einheimische.“

*Im „Spiegel“ (6. Februar) macht **Brigitte Pöpel**, bis zu ihrem Rücktritt von allen Ämtern dieser Tage **FDP**-Kommunalpolitikerin in Wiesbaden, ihrem **Ärger** über die Bundesführung ihrer Partei Luft:*

„Die Haltung ist: Die Leute, die an der Basis die Arbeit machen, sollen die Klappe halten. Das hat mir irgendwann gereicht.“

*Der frühere Hamburger Umweltsenator und spätere Manager für erneuerbare Energien, **Fritz Vahrenholt** (SPD), erklärt in der „Welt“ (7. Februar), warum kaum ein **Wissenschaftler** von der herrschenden **„Klima“-Lehre** abzuweichen wagt:*

„Es gibt einen unglaublichen Druck auf diese Forscher, sich dem Mainstream anzupassen. Wer das nicht tut, erhält keine Fördermittel oder wird von Vorträgen ausgeschlossen. So ist es mir selbst ergangen. Die Universität Osnabrück hat mich ausgeladen, weil ich dieses Buch geschrieben habe. Abweichende Meinungen sind nicht mehr zugelassen.“

Flessibilità

Der Silvio, oft wild verdammt
von Neiderschaft, gemeiner,
war immerhin so lang im Amt
wie dort vor ihm noch keiner.

Und auch sein Unterhaltungswert
beginnt uns abzugehen –
besonders wenn jetzt umgekehrt
wir diesen Monti sehen:

Als Kommissar von Goldman Sachs
und Bilderberger-Runde
ist der zwar Meister seines Fachs
und quasi Mann der Stunde.

Doch als Regierungschef in Rom
ein Intellektueller
und noch dazu ein Ökonom?
Der lacht wohl bloß im Keller!

Trotz allem hat er, wie es scheint,
nun mal probiert zu spaßen –
indes, es war ganz ernst gemeint,
zum Trost gewissermaßen:

Ein Lebens-Job sei
monoton,
und statt darauf zu hoffen,
sei Wechseln – na, ihr ahnt
es schon –
was Schönes, sagt er offen.

Flexibel sein, das pries der Mann
– und prompt ging's in die Hosen –
als Tugend just der Jugend an,
der massenarbeitslosen!

Er selbst bleibt auch nur auf ein
Jahr,
wie locker er vermerkte –
mit garantiertem Job, na
klar,
dort wo er früher werkte ...

Pannonicus